

DIE GRÜNE STADT

Kommunalwahlprogramm der Kölner Grünen 2014–2020

DIE GRÜNE STADT.....	4
I. STADT DER ÖKOLOGIE UND DES NACHHALTIGEN WIRTSCHAFTENS	6
1. Klimaschutz und Energie.....	6
2. Umwelt- und Naturschutz.....	10
3. Urbanität und öffentlicher Raum.....	15
4. Verkehr.....	18
5. Grüne Finanzpolitik.....	22
6. Nachhaltiges Wirtschaften.....	25
7. Grüne Perspektiven nachhaltiger Flächenpolitik.....	29
II. STADT DER BÜRGERINNEN	31
8. Die Kölner Stadtverwaltung.....	31
9. Beteiligung, Mitbestimmung und Engagement der BürgerInnen.....	34
10. Köln in Europa und der Welt.....	37
11. Weltoffenes Köln.....	38
12. Eindeutig gegen Rechts.....	41
13. Frauenrechte in Köln.....	42
14. Wir wollen es gleichgerecht – für LSBTTI.....	44

III. STADT DER VERANTWORTUNG UND SOLIDARITÄT	46
15. Gute Arbeit in Köln	46
16. Köln als soziale Stadt	47
17. Grüne Wohnungspolitik für Köln	49
18. Kinder, Jugend, Familie und Bildung	53
19. Es lebe der Sport	58
20. Inklusion – eine Stadt für alle	59
21. Gesundes Leben in Köln	61
22. Gutes Leben auch im Alter	63
IV. STADT DER WISSENSCHAFT UND KÜNSTE	64
23. Kultur in Köln	64
24. Bildung ab 18	68

DIE GRÜNE STADT

Kommunalwahlprogramm der Kölner Grünen 2014–2020

DIE GRÜNE STADT

Köln – das sind die Menschen, die hier leben. Mit ihnen und für sie machen wir grüne Politik. Es sind die hier lebenden Menschen, die in all ihrer Verschiedenheit Köln ausmachen. Ihr Wohlergehen ist der Maßstab für unser politisches Handeln. Uns kommt es auf alle an, wenn es um die Entwicklung unserer Stadt geht. Wir Grüne wollen alle Interessierten und alle Betroffenen an wichtigen politischen Entscheidungen beteiligen, und wir wollen, dass sich möglichst viele persönlich in der Stadtgesellschaft engagieren. Wir wollen uns stark machen für eine starke Bürgerbeteiligung.

Großstädte wie Köln sind zentrale Akteure, wenn es darum geht, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Sei es im Klimaschutz, beim fairen Handel oder der Stärkung von BürgerInnen- und Menschenrechten – lokale grüne Politik stellt sich den Zukunftsaufgaben und geht voran.

Köln ist ein wichtiges Zentrum der europäischen Bürgergesellschaft. Nicht zuletzt durch unsere zahlreichen Städtepartnerschaften zählt Köln zu den europapolitisch aktivsten Kommunen Deutschlands. Menschen aus aller Welt sind in Köln willkommen, ob als ZuwandererInnen oder Flüchtlinge, als Kulturschaffende, UnternehmerInnen oder HandelspartnerInnen. Wir verstehen die immer stärker zusammenwachsende globale Gemeinschaft als Verpflichtung, uns auch mit den Problemen anderer Staaten, Regionen und Bevölkerungsgruppen zu befassen. Wir Grüne sehen, dass die Stadt Köln verstärkt globale Verantwortung übernehmen muss. Die Eine-Welt-Arbeit ist für uns gelebte internationale Solidarität.

Köln ist die viertgrößte Stadt Deutschlands und die größte in NRW. Kölns Potenzial aber kann sich nur im Zusammenwirken und gemeinsam mit unseren Nachbarn im Rheinland voll entfalten. Viele Probleme und Handlungsnotwendigkeiten auf lokaler Ebene lassen sich nur in Kooperation mit den Städten und Gemeinden in der Region sachgerecht lösen.

Unsere grüne Vision von einem Köln der Zukunft ist eine ökologische, sozial gerechte und weitgehend regional versorgte Stadt. Zum Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir den Energieverbrauch durch Energieeinsparung und Energieeffizienz deutlich reduzieren. Außerdem wollen wir die Energieerzeugung schrittweise zu 100 Prozent auf erneuerbare Quellen umstellen. Klimaschutz ist für uns Grüne jedoch nicht nur Verantwortung für künftige Generationen, sondern auch eine Chance. Klimaschutz bedeutet, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft für ein nachhaltigeres, verantwortungsvolleres Handeln zu gewinnen, das nicht länger unsere Lebensgrundlagen zerstört. Wir fördern nachhaltiges und energieeffizientes Wirtschaften und sichern damit zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Kölner Wirtschaftsstandorts.

Für ein gutes Leben in Köln sind saubere Luft, sauberes Wasser, sauberer Boden und die Verringerung von Lärm essentiell. Nur so können in einer verdichteten Großstadt alle Menschen gesund leben. Wir wollen nicht weniger als die ökologische Wende in der Verkehrspolitik. Ein wirksamer Klimaschutz und ein wirksamer Gesundheitsschutz lassen sich in Köln nur verwirklichen, wenn motorisierte Verkehre vermieden werden und deutlich mehr Menschen das Fahrrad und die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Durch unsere grüne Stadtentwicklungspolitik werden wir am Erhalt und der Steigerung der

Lebensqualität Kölns arbeiten. Wir wollen eine ökologisch verdichtete Stadt. Der öffentliche Raum in Köln muss allen Menschen zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch eine attraktive Gestaltung von Plätzen und Parks ebenso wie die Reduzierung der kommerziellen Nutzung öffentlicher Plätze. Der öffentliche Raum gehört uns allen, egal welchen Alters oder wie die Geldbörse gefüllt ist. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Räume nutzbar sind für kulturelle und kreative Aktivitäten. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen mehr Platz im öffentlichen Raum, jeder Stadtteil braucht ausreichende Spielmöglichkeiten für Kinder und Freizeitflächen für Jugendliche.

Köln ist eine wachsende Stadt. Das ist ein gutes Zeichen für die Attraktivität unserer Stadt und eine große Chance. Es ist allerdings auch eine große Herausforderung. Denn viele Wohnungssuchende haben es schon heute schwer, etwas Passendes zu finden. Kernziel grüner Politik für Köln ist es, gutes und bezahlbares Wohnen in einer lebenswerten Stadt für alle zu ermöglichen. Mit dem drohenden Verlust an sozialer Balance in vielen Vierteln finden wir uns nicht ab. Denn Wohnen ist für uns keine Ware, auf die man verzichten kann. Der Anspruch auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht.

Gut funktionierende Veedel sind die, in denen Menschen in aller Vielfalt, unabhängig von Alter, Herkunft oder Geldbeutel zusammen leben. Uns Grünen ist daran gelegen, dass alle Generationen im engagierten Miteinander ihr Lebensumfeld gestalten können. Wir unterstützen die Entwicklung neuer Wohnformen und das generationenübergreifende Zusammenleben. Wir setzen auf eine inklusive Politik, die die Bedürfnisse aller BürgerInnen berücksichtigt.

Die Zukunft der Kinder in Köln ist unser zentrales Anliegen. Wir wollen die Bedingungen für ein gelingendes und chancengerechtes Aufwachsen aller in Köln lebenden Kinder und Jugendlichen schaffen. Wir setzen uns für eine konsequente und vielschichtige Unterstützung von Familien mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen ein. Familie ist dort, wo Kinder heranwachsen: in klassischen Familien ebenso wie in Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien oder Ein-Eltern-Familien. Wir wollen schon bei den Kleinsten beginnen. Alle Kinder ab einem Jahr haben einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit gleichberechtigten Bildungschancen für alle Kinder verbinden.

Bildung ist der Schlüssel zur Verwirklichung der persönlichen Lebenschancen, der gesellschaftlichen Teilhabe, zur individuellen Entfaltung und zu beruflichen Perspektiven. Bildung schafft Zukunft. Sie ist die zentrale Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb schaffen wir zukunftsfähige Bildungsorte und Bildungsinstitutionen, die wirklich allen offen stehen, und arbeiten für ein inklusives und durchlässiges Bildungssystem, an dem alle teilhaben können. Köln ist eine Stadt, die von der Universität und den Fachhochschulen und den dort Arbeitenden und Studierenden geprägt wird. Das studentische Leben und die studentische Kultur bereichern den Charakter der Stadt. Die Attraktivität der Fachhochschule und der Universität und ihre ausgewiesene Exzellenz wollen wir Grüne unterstützen und Köln als führenden Hochschulstandort stärken.

Kulturelle Teilhabe ist ein Menschenrecht. Wir wollen diese Teilhabe ermöglichen durch Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt. Wir setzen uns auch für spartenübergreifende kulturelle Projekte ein. Für uns gilt der Grundsatz, dass kulturelle Institutionen und Freie Szene zwei gleichberechtigte Säulen

des kulturellen Lebens in der Stadt sind. Unser Ziel ist es deshalb, nicht nur den Institutionen, sondern auch der freien Szene möglichst stabile Rahmenbedingungen für die künstlerische Produktion zu geben.

In Köln hat Diskriminierung keinen Platz. Wir Grüne machen uns schon immer für die Rechte von EinwandererInnen stark. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen halten wir an unserer Politik des Flüchtlingsschutzes und der Wahrung der Menschenrechte fest. Wir Grüne bekämpfen jeglichen Rassismus und Antisemitismus. Wir setzen uns konsequent für den Abbau jeglicher rechtlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung lesbischer, schwuler, bi-, trans- oder intersexueller Menschen in Köln und der Welt, auch in unseren Partnerstädten, ein. Wir wollen Köln zur Hauptstadt in Sachen Gleichstellung und Akzeptanz für unterschiedliche Lebensstile innerhalb der gesellschaftlichen Mitte machen.

Eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik ist das Fundament unseres Handelns. Ziel grüner Haushaltspolitik ist es, die Haushaltssanierung nachhaltig und gerecht zu gestalten, um die wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen und die Infrastruktur für die hier lebenden Menschen auch künftig bereitstellen zu können. Trotz aller Konsolidierungserfordernisse haben wir Grüne im Haushalt Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt: für die Wohnungsbauförderung, für den Ausbau des Offenen Ganztags und für mehr Kita-Plätze. Wir wirken darauf hin, dass in den Bereichen Soziales, Integration, Bildung und Kultur vorhandene Strukturen nicht zerstört werden, die Stadt ihre Kernaufgaben erfüllen kann und Gestaltungsspielräume erhalten bleiben.

Starke Grüne für Köln! Für diese Politik braucht es starke Grüne im nächsten Kölner Stadtrat. Wir stehen für eine menschliche und nachhaltige Stadtentwicklung, für ökologische Wirtschaftsimpulse, für eine offene und sozial gerechte Stadtpolitik, für eine effiziente und effektive Arbeit der Stadtverwaltung und die Entwicklung von Kunst und Kultur in ihrer Vielfalt. Wir sind der Garant gegen eine große Koalition auch in Köln, die ökologischen Rückschritt und demokratischen Stillstand bedeuten würde. Wir sind der Garant für eine weltoffene und europäische Stadt aller Einwohnerinnen und Einwohner, deren Einmischung und Mitgestaltung erwünscht und erforderlich ist.

I. STADT DER ÖKOLOGIE UND DES NACHHALTIGEN WIRTSCHAFTENS

1. Klimaschutz und Energie

Der Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen dieses Planeten ist eine Jahrhundertaufgabe, der wir uns auf allen Ebenen widmen müssen – global, europaweit, national und auch lokal hier in Köln. Sollte es uns nicht gelingen, die Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber dem Niveau zu Beginn der Industrialisierung zu begrenzen, müssen wir mit drastischen Auswirkungen für die Natur und für künftige Generationen rechnen. Der Anstieg des Meeresspiegels, die Zunahme von Wetterkatastrophen, die Ausbreitung von Dürren und Lebensmittel- und Trinkwasserknappheit sind nur einige Beispiele der möglichen Folgen.

Klimaschutz ist für uns Grüne nicht nur Verantwortung für künftige Generationen sondern auch eine Chance. Klimaschutz bedeutet, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft auf ein nachhaltiges, verantwortungsvolles Modell umzustellen, das unsere Lebensgrundlage

nicht mehr zerstört. Wir kämpfen für nicht weniger, als für eine „grüne Revolution“ im Sinne einer neuen Wirtschaftsform für Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, einem neuen Konzept für den Verkehr und den Städtebau, einer anderen Form der Energieerzeugung, aber auch im Sinne einer neuen Form des Konsums. Wir kämpfen für ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das das Klima und natürliche Ressourcen schützt und gleichzeitig große Potenziale für neue Arbeitsplätze und den Wohlstand unserer Stadt beinhaltet.

Zum Schutz des Klimas setzen wir uns deshalb ambitionierte Ziele: Bereits im Jahr 1992 hat die Stadt Köln sich im Rahmen des „Klima-Bündnisses der europäischen Städte“ verpflichtet, die Kölner CO₂-Emissionen alle fünf Jahre um 10 Prozent (gegenüber dem Jahr 1990) zu senken. Von diesen Zielwerten sind wir aktuell noch zu weit entfernt, bisher sind die Emissionen nur um knapp 15 Prozent gesunken. Wir Kölner Grüne werden uns auch in der nächsten Wahlperiode dafür einsetzen, dass die Stadt Köln ihre Anstrengungen weiter verstärkt durch einen Mix unterschiedlichster Maßnahmen.

Ein wichtiges Instrument, um all diese Aktivitäten zu koordinieren und zu verbinden, ist die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes. Auf grüne Initiative hin hat die Stadt Köln seit 2007 den Auftrag, ein solches zu erarbeiten. Es soll den strategischen und instrumentellen Rahmen für alle Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen bieten. Dieses Konzept soll insbesondere in den Bereichen Wohnen und Verkehr Vorschläge und Handlungsempfehlungen machen. Da das Konzept 2011 immer noch nicht vorlag, hat der Rat die Verwaltung mit der Umsetzung eines vorläufigen Sofortprogramms beauftragt. Es sieht vor allem den Aufbau eines Energieeffizienz-Zentrums (ZEFF) vor, das eine wichtige Rolle bei der Nutzung der verschiedenen Effizienzpotenziale spielt: mit Stromsparkampagnen für Haushalte, Beratungen und Schulungen für das Gewerbe, Vermitteln von Fördermitteln und so weiter. Ein wesentlicher Inhalt wird die Wissensvermittlung für Haushalte und Unternehmen sein. So können neben dem Klimaeffekt auch Kosten gesenkt und die lokale Wirtschaft gefördert werden. Dazu wollen wir auch das Projekt „Ökoprofit“, ein Umweltberatungsprogramm für Betriebe, um Abfall, Energie, Rohstoffe und damit auch Kosten einzusparen, weiterführen.

Die Stadt Köln muss Vorreiterin und Vorbild für die BürgerInnen sein. Bei Schulgebäuden, Schwimmbädern oder Verwaltungsgebäuden, bei der Straßenbeleuchtung, dem Bus- und Bahnfuhrpark der Kölner Verkehrsbetriebe sowie bei dem Energiekonzern „RheinEnergie“ hat die Stadt Köln viele wichtige Stellschrauben zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Hand.

Einer der wichtigen Schlüssel zur Erreichung unserer Klimaziele liegt in der Energiepolitik. Durch Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Bis 2030 wollen wir den Strombedarf in Köln zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien decken, bis 2040 den kompletten Wärmebedarf. Dadurch können in erheblichem Umfang Treibhausgasemissionen reduziert werden. Gleichzeitig liegt in der grünen Energiewende ein großes wirtschaftliches Potenzial, zum Beispiel für das Handwerk im Bereich der Gebäudesanierung, für BürgerInnen bei der Stromerzeugung, oder für Unternehmen und Haushalte, die durch Energieeffizienz und Energieeinsparung ihre Kosten reduzieren können.

Energieeinsparung und Energieeffizienz

Die beste Energie ist die, die gar nicht gebraucht wird. Vorrang haben deshalb für uns Maßnahmen, welche den Verbrauch reduzieren bzw. die benötigten Energiedienstleistungen effizienter bereitstellen. Ein wesentlicher Schwerpunkt muss dabei die energetische Sanierung des Kölner Gebäudebestandes sein. Denn über 80 Prozent der Energie verwendet ein Durchschnittshaushalt für Heizung und Warmwasserbereitung. Der Baustein „Förderprogramm für die private Altbaumodernisierung“ des städtischen Klimaschutzprogramms ist daher für uns von besonderer Bedeutung. Auch bei den stadteigenen Gebäuden werden wir mehr Geld zur energetischen Sanierung des Altbestands zur Verfügung stellen. Das wird mittelfristig durch geringere Energiekosten den Haushalt entlasten.

Bei allen Neubauten der Stadt und ihrer Tochterunternehmen darf nur noch der Passivhausstandard gelten. Dabei spielt die kontrollierte Be- und Entlüftung von Räumen verbunden mit Wärmerückgewinnung eine entscheidende Rolle. In Schulgebäuden wird das nebenbei zu einem wesentlich besseren Lernklima durch eine Verbesserung der Raumluft führen.

Wir wollen das Fernwärmenetz in Köln weiter ausbauen, zum Beispiel durch Verbindung des Netzes in der Innenstadt mit dem in Merheim. Bereits jetzt werden mit dem in Köln bestehenden Fernwärmenetz und den hoch effizienten Gas- und Dampfkraftwerken (GUD) der RheinEnergie jährlich 750 000 Tonnen Kohlendioxid vermieden. Denn in den GUD-Kraftwerken wird neben Strom auch gleichzeitig Wärme bereitgestellt (Kraft-Wärme-Kopplung) die durch das Fernwärmenetz in Köln genutzt werden kann. Der Neubau des GUD-Kraftwerkes „Niehl 3“ wird diese Ersparnis noch einmal steigern. Mittelfristig kann das Kraftwerk auf Biogas oder auf aus Windstromüberschüssen hergestelltem Methan umgestellt werden. Damit passt es gut zu unserem grünen Ziel „100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien“. Denn es bietet ideale Möglichkeiten die stark schwankende Einspeisung von Wind- und Solarstrom auszugleichen. Diesem Ziel kann auch der verstärkte Einsatz von mit Biogas betriebenen kleineren dezentralen Blockheizkraftwerks zusammen mit neuer intelligenter Netzsteuerung dienen.

Unser Ziel: Köln wird zu 100 Prozent erneuerbar

Langfristig haben wir das Ziel, den Energieverbrauch in Köln zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu decken. Der neue NRW-Windatlas zeigt, dass es in der Region, aber auch auf dem Stadtgebiet noch erhebliche Potenziale für den Ausbau der Windenergie gibt – auch bei ausreichendem Abstand zu Wohnsiedlungen. Die Stadt hat mit dem Planungsinstrument der Vorranggebietsausweisung die Möglichkeit, die Ansiedlung von Windanlagen in Köln zu fördern. Hierfür werden wir Grüne uns einsetzen.

In Stadtgebiet Köln besteht das größte Potenzial zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in der Nutzung der Dachflächen für Strom aus Fotovoltaik und Wärme aus thermischen Solaranlagen. Köln hat laut Studie des Landes NRW hier sogar das größte Potenzial landesweit. Dies gilt es zu nutzen. Dabei ist hervorzuheben, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG bereits heute fast alle Dächer mit Fotovoltaikanlagen ausgestattet hat, bei denen dies möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Biogasanlagen zur Vergärung von Energiepflanzen stehen in Konkurrenz zur

Nahrungsmittelproduktion und sind in Köln auch mit dem Landschaftsschutz (Monokultur) nur noch begrenzt vereinbar. Neue Biogasanlagen sollten deshalb auf die Nutzung von Grünabfällen (z. B. aus der Biotonne) beschränkt bleiben.

Energiewende in Bürgerhand

Wir Grüne wollen die BürgerInnen zu Energiewirten machen. Denn am Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung kann sich im Gegensatz zum alten Energiesystem die gesamte Bürgerschaft aktiv beteiligen. Hausgemeinschaften können Solaranlagen finanzieren, Solar- und Windanlagen können von Energiegenossenschaften getragen werden. Neben dem Nutzen für die Umwelt hat die Energiewende somit auch finanzielle Vorteile für die Menschen in Köln. Die Energiewende in Bürgerhand ist für uns eine gute Ergänzung. Sie muss Hand in Hand gehen mit der intelligenten Steuerung der Netze durch die RheinEnergie, um die schwankenden Angebote auszugleichen.

Erfolge grüner Klima- und Energiepolitik

- Wir Grüne konnten den Aufbau eines Energie-Effizienzentrums initiieren.
- Der Energieverbrauch städtischer Gebäude sinkt kontinuierlich als Folge unseres grünen Antrags zum Aufbau eines Energiemanagements bei der Gebäudewirtschaft.
- Die städtische RheinEnergie hat mit ihren neuen Töchtern RheinEnergie Biokraft, RheinEnergie Windkraft und RheinEnergie Solar sowie einem Beteiligungsfond für Solaranlagen endlich ernsthafte Schritte zum Ausbau der erneuerbaren Energien getan.
- Der Bau des hoch flexiblen Gaskraftwerkes Niehl 3 wurde eingeleitet und neue Fernwärmeleitungen nach Zollstock, Sülz und Ehrenfeld wurden errichtet.
- Die städtische Gebäudewirtschaft hat die ersten Schulen in Passivhausbauweise errichtet.
- Dank eines Antrags von uns Grünen gibt es auf mehr als 35 Schulen Fotovoltaikanlagen.
- Mit dem Projekt „Ökoprofit“ können Klein- und Mittelbetriebe ihren Energieverbrauch und damit auch die Produktionskosten senken.
- Die GAG-Siedlung in Stammheim wird jetzt mit Wärme aus der Biogasproduktion im Klärwerk Stammheim versorgt.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir werden das kommunale Klimaschutzkonzept umsetzen – prioritär die Maßnahmen mit dem höchsten Einsparpotenzial.
- Wir werden ein Programm zur energetischen Altbausanierung auflegen.
- Wir streiten für die Ausweisung neuer Vorranggebiete für die Windenergieerzeugung sowie für die Errichtung mindestens eines Windparks in Köln.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass es neue Investitionen der RheinEnergie in Stromerzeugungskapazitäten nur noch für Erneuerbare-Energien-Anlagen geben wird.
- Wir stehen für die Förderung neuer Formen von Bürgerbeteiligung zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Hebung von Energieeinsparpotenzialen.

- Wir werden dafür sorgen, dass zur Nutzung der Abwärme aus dem neuen Niehler Gaskraftwerk das Fernwärmenetz erheblich ausgebaut wird.
- Wir setzen uns für eine bessere Steuerung des Energieverbrauchs in öffentlichen Gebäuden ein.
- Wir werden uns für die Einrichtung eines webbasierten Solarpotenzialkatasters für die Stadt Köln einsetzen.

2. Umwelt- und Naturschutz

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz von Luft, Wasser und Boden, von Tieren und Pflanzen ist grünes Grundverständnis und eine wichtige Zukunftsherausforderung zugleich. Es gibt hier für uns Grüne in Köln in diesen Bereichen trotz einiger Erfolge in der Vergangenheit immer noch viel zu tun.

Schutz von Luft, Boden und Wasser

Die Luftqualität in Köln hat sich zwar in den letzten Jahren leicht verbessert. Bei den Belastungen durch Feinstaub wurden an den Kölner Messstellen in den letzten drei Jahren keine Grenzwertüberschreitungen mehr festgestellt. Allerdings besteht hier weiterhin Verbesserungsbedarf. Auf einem bedenklich hohen Niveau sind außerdem die Emissionen von Stickoxiden. Verantwortlich hierfür ist vor allen Dingen der Kraftfahrzeugverkehr. Das heißt, die Luftqualität in Köln entspricht noch immer nicht den EU-weit geltenden Anforderungen. Auch dann nicht, wenn ab Mitte 2014 nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in der Umweltzone in Köln erlaubt sind. Aus diesem Grund werden in dem Luftreinhalteplan der Bezirksregierung Köln aus dem Jahr 2012 eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen vorgeschlagen, zum Beispiel die Förderung des Radverkehrs in Köln, ein Lkw-Führungskonzept oder ein Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass diese weitergehenden Maßnahmen umgesetzt werden.

Neben der Reduzierung der Verkehrsemissionen werden wir uns aber auch für Maßnahmen einsetzen, die den Schadstoffausstoß aus Privathaushalten, Industrie und Gewerbe weiter verringern. Außerdem halten wir es für dringend erforderlich, die Emissionen aus dem Schiffsverkehr zu reduzieren. Denn viele Schiffe fahren immer noch mit völlig veralteten Verbrennungsmotoren. Um zumindest die direkte Belastung der Kölner BürgerInnen zu reduzieren, fordern wir Grüne, dass alle Schiffe, die in Köln ankern, von Land mit Strom versorgt werden und nicht ihre Motoren laufen lassen. Hierfür muss die Bundesregierung entsprechende Vorgaben treffen. Außerdem soll das bereits bestehende Landstromangebot der Rheinenergie besser bekannt gemacht werden.

Für den Schutz des Bodens und des Grundwassers ist eine konsequente Fortführung des Bodenschutz- und Altlastenkatasters von besonderer Bedeutung. Dies ist ein Instrument um etwaige Konflikte mit geplanten Nutzungen frühzeitig erkennen zu können. Der vorsorgende Bodenschutz spielt bisher bei der Ausweisung neuer Baugebiete oder bei der Umnutzung von Flächen eine nur untergeordnete Rolle. Vor allem wertvolle, häufig landwirtschaftlich genutzte Böden in den Randbereichen des Stadtgebiets sollen konsequenter geschützt werden.

Städtische Weiher, Bäche und Kanäle sind wichtig für das ökologische Klima der Stadt. Sie steigern außerdem den Erholungswert der Kölner Grünanlagen. In den letzten Jahren ist es gelungen, eine Vielzahl an städtischen Weihern und Kanälen zu sanieren und damit eine verbesserte ökologische Qualität zu erzeugen. Im rechtsrheinischen Köln konnte

außerdem eine Sanierung bzw. Renaturierung von Bächen erreicht werden. Diese positive Entwicklung in Köln wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen. Auch der Rhein soll noch sauberer werden, damit hier alle ursprünglich vorkommenden Fische und Kleintiere wieder leben können.

Für einen nachhaltigen Hochwasserschutz wollen wir Fluss- und Bachläufe so weit wie möglich renaturieren und Auenlandschaften als Überschwemmungsflächen erhalten. Falls bauliche Eingriffe in Überschwemmungsbereichen gesetzlich zulässig sind, sollen deren Ausweitungen überkompensiert werden.

Wir setzen uns außerdem für eine angemessen ausgestattete Umweltbehörde ein. Denn nur wenn das Kölner Umweltamt über genügend Personal und Sachmittel verfügt, kann es seiner Aufgabe zur Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben, kann es dem Kampf gegen Umweltverschmutzung gemeinsam mit der Bezirksregierung nachkommen. Zwei Umweltskandale der jüngsten Vergangenheit – der Kerosinaustritt aus einer Shell-Pipeline in Wesseling und die massive PFT-Belastung des Grundwassers im Bereich Immendorf/Meschenich – haben noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig diese Überwachungstätigkeiten der öffentlichen Hand sind.

Biologische Vielfalt in der Stadt schützen

Immer mehr Wildtiere wandern vom Land in die Stadt ein. Dies liegt zum einen am wärmeren Klima der Städte, aber auch daran, dass eine tierfeindliche Landwirtschaft (Monokulturen, Umwandlung von Wiesen in Felder) den Tieren auf dem Land ihren Lebensraum nimmt. Wir Kölner Grüne wollen die Vielfalt der Pflanzen- und Tierwelt in unserer Stadt erhalten und fördern. Daher setzen wir uns gegen Monokulturen, für vielseitige Grünflächen und für eine artenreiche Großstadtflora und -fauna ein.

Die Wahner Heide

Mit der Wahner Heide in Köln-Porz liegt eines der bedeutendsten Naturschutzgebiete Deutschlands auch auf Kölner Stadtgebiet. Die Wahner Heide hat bereits seit 2006 den Status des Nationalen Naturerbes, hier leben rund 700 Tier- und Pflanzenarten die auf der Roten Liste stehen und damit als gefährdet eingestuft werden. Gleichzeitig bietet sie eine großartige Möglichkeit für die KölnerInnen, Natur zu erleben und zu erlernen.

Köln hat im Jahr 2010 die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterzeichnet. Damit haben wir uns verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in verschiedenen Bereichen zu ergreifen.

Um mit langfristigen Schutzkonzepten die Artenvielfalt zu erhalten, werden Kartierungen besonders geschützter Arten vorgenommen, wie zum Beispiel der Zauneidechse oder der Kreuz- und Wechselkröte. Aus den erhobenen Daten können langfristige Schutzkonzepte abgeleitet werden. Ein Thema, das darüber hinaus besonderes Augenmerk erfordert, ist die Gefährdung der Bienen. 80 Prozent aller Kulturpflanzen werden von Bienen bestäubt. Die Lebensmittelproduktion der Menschen ist von den Bienen abhängig. Es ist deshalb enorm wichtig, den Lebensraum der Bienen zu verbessern. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, dass Schnittrasen durch weitere Langgraswiesen ersetzt wird und insbesondere auf dem Straßenbegleitgrün Blühpflanzen gesetzt werden.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist das Thema Umweltbildung. Der Rat der Stadt Köln hat ein Umweltbildungskonzept beschlossen, das den Menschen die Bedeutung des Themas Artenvielfalt in der Stadt näher bringen soll. Für eine weitergehende Konzeption möglicher Maßnahmen ist neben dem Landschaftsplan und seiner Umsetzung zunächst die Erstellung einer Biodiversitätsstrategie für Köln sinnvoll. Diese liegt bislang nicht vor. Wir Kölner Grüne werden dieses Ziel auch in der nächsten Ratsperiode verfolgen.

Tierschutz

Der Tierschutz war von Anfang an eine der tragenden Gründungssäulen der GRÜNEN. Die Sanierung von Tierheimen und die Unterstützung von Tierschutzvereinen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit wurde auf Landesebene vorangetrieben und durch uns Kölner Grüne unterstützt. Doch auch im Rahmen der Kölner Stadtgesellschaft setzen wir uns bereits seit Jahren konsequent und nachhaltig für die Belange der Tiere ein. So vergibt die Stadt Köln im Rahmen des Wildtierverbots grundsätzlich keine Flächen mehr an Zirkusse und vergleichbare Einrichtungen, sofern diese Wildtiere mit sich führen oder einsetzen.

Köln soll grüner werden

Die Kölner Parks, Bäume und Alleen sind die grüne Lunge unserer Stadt. Spielflächen, Grünflächen zum Ausspannen, naturbelassene Landschaft, Frischluftschneisen und Wasserflächen führen dazu, dass die Menschen sich in einer Millionenstadt wie Köln wohlfühlen. Gut gepflegte Freiräume und Parks gelten inzwischen als wichtiger Indikator für die Attraktivität einer Stadt. All diese Grünanlagen sind außerdem enorm wichtig für das ökologische Klima und die Tier- und Pflanzenvielfalt in der Stadt. Der Schutz und die Erweiterung unserer städtischen Ökosysteme steht für uns im Mittelpunkt der Politik der kommenden Jahre. Hierzu gehören der Schutz des Inneren und Äußeren Grüngürtels und die Fortführung des Inneren Grüngürtels über das Großmarktareal und die angrenzende Brachfläche der ehemaligen Dombrauerei bis zum Rhein. Diese Grünflächen für Köln zu sichern, ist eine Jahrhundertchance. Auch der Äußere Grüngürtel hat eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität in Köln. Daher wollen wir einige Vorschläge aus dem „Masterplan Impuls 2012“ in den kommenden Jahren umsetzen. Die Bebauung von Grünanlagen in dicht besiedelten Stadtteilen lehnen wir ab.

Eine weitere wichtige Maßnahme, um Köln grüner zu machen, ist die Anpflanzung neuer Bäume in der Stadt und der wirksame Schutz vorhandener Bäume. Dies betrifft einerseits die Bäume auf privaten Flächen, die durch die Baumschutzsatzung auch zukünftig geschützt bleiben sollen. Bei der Durchführung von Baumaßnahmen und Baustelleneinrichtungen soll der Baumbestand besser geschützt werden.

Verbraucherschutz und gesunde Ernährung

Für eine gesunde und umweltbewusste Ernährung wollen wir in Köln vor allem das Angebot an ökologischem Obst und Gemüse aus regionaler Produktion verbessern. Dazu sollen in Kooperation mit regionalen Produzenten mehr Ökomärkte eingerichtet werden. In Kantinen aller städtischen Einrichtungen soll es an allen Wochentagen auch ein breites Angebot aus vorzugsweise regionaler und ökologischer Produktion geben.

Die Verbraucherzentrale bietet für eine breite Palette von Themen eine unabhängige Beratung an. Wir möchten dieses wertvolle Angebot der Verbraucherzentrale deshalb auch in Köln erhalten und weiterentwickeln.

Grüne Abfallpolitik

Abfallvermeidung und Schonung der natürlichen Ressourcen stehen für uns an erster Stelle. Wir werben in der Bevölkerung für einen Lebensstil der Nachhaltigkeit und freuen uns über die vielfältigen neuen Projekte zur Wiederverwertung von Gebrauchsgegenständen. Das reicht von den „fairstores“ der Diakonie, über Bücherschränke, den neuen Gabenschrank in Ehrenfeld bis hin zu Bürgern, die sich zu Reparaturtreffen zusammenfinden.

Auf Bundesebene streiten wir für eine Wertstoffabgabe als Anreiz für eine ressourcenschonende Produktionsweise. Wir wollen ein neues Wertstoffgesetz mit klarer kommunaler Organisationshoheit. Denn nur die Kommunen können garantieren, dass Wertstoffe immer, unabhängig von jeweiligen Marktpreisen, getrennt gesammelt werden. In Köln haben wir dafür mit den kostenlosen Bio- und Papiertonnen, den Wertstoff-Centern, Schadstoffmobilen sowie der kostenlosen Abfuhr von Elektroschrott die nötige Infrastruktur aufgebaut. Trotzdem besteht der durchschnittliche Inhalt der grauen Tonne immer noch zu mehr als Dreivierteln aus wiederverwertbaren Stoffen wie Papier, Glas und vor allem kompostierbarem Material. Hier ist weitere Aufklärung, vor allem auch in Kindergärten und Schulen notwendig.

Seit Anfang 2014 gibt es in Köln die Wertstofftonne, obwohl dazu noch ein Bundesgesetz fehlt. Köln hat hier eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Stadt und den Betreibern der Dualen Systeme treffen können. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die im Kreislaufwirtschaftsgesetz geforderten 65 Prozent Recyclingquote bei Siedlungsabfällen bis 2020 zu erreichen (Stand 2010 in Köln 47 Prozent). Diesem Ziel dienen auch die neuen AWB-Altkleidercontainer, um Altkleider in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Trägern sinnvoll weiterzunutzen oder zu recyceln.

Die an die Kölner Müllverbrennungsanlage gelieferten Müllmengen werden durch Müllvermeidung und Recycling weiter sinken. Damit dies nicht zu deren Minderauslastung und dadurch höheren Verbrennungskosten für die Kölner Bevölkerung führt, begrüßen wir die Aktivitäten der rot-grünen Landesregierung: Die Mitverbrennung von Müll in dafür nicht geeigneten Industriekraftwerken soll zurückgefahren werden. Im Rahmen des neuen Landesabfallwirtschaftsplans sollen zukünftig unnötige Mülltransporte durch die Einrichtung von Entsorgungszonen von Hausmüll verhindert werden. Die Verbrennungskapazitäten müssen durch die Stilllegung der schlechtesten Anlagen reduziert werden.

Erfolge grüner Umwelt- und Naturschutzpolitik

- Wir Grüne haben uns für eine abnehmende Luftbelastung durch Feinstaub eingesetzt; es gibt keine Grenzwertüberschreitungen mehr an den Messstellen.
- Für Teiche wird jetzt Grundwasser statt teures Leitungswasser verwendet. Die Sanierung von städtischen Teichen und Kanälen hat zur Verbesserung der Wasserqualität geführt.
- Wir haben uns für die Unterschutzstellung der Rheinterrassen-Kante in Müngersdorf als Geotop eingesetzt.
- Um innerstädtische Inseln der Artenvielfalt und ökologische Lernort zu erhalten, haben wir uns für „Finkens Garten“, die Waldschule und die Errichtung einer Naturschutzstation für das Kölner Stadtgebiet starkgemacht.
- Auf rot-grünen Beschluss hin werden 1000 neue Bäume in Köln angepflanzt.

- Fehlende Bäume konnten ersetzt werden und in Einzelfällen konnten wir unnötige Baumfällungen verhindern (z. B. Rheinuferstraße, Rochuspark).
- Bestehende Grünzüge werden saniert, neue Grünverbindungen sind in der Planung. Einige Freiflächen (Beispiel Landschaftspark Belvedere) wurden im Rahmen der Regionale 2010 erheblich aufgewertet. Brachflächen können zeitlich befristet zum Urban Gardening genutzt werden (z. B. NeuLand an der Koblenzer Str. in Bayenthal)
 - Wir haben für einen Ausbau des Beratungsangebots der Verbraucherzentrale Köln (Energieberatung) und für eine Aufstockung des Fachpersonals in der Lebensmittelüberwachung gesorgt.
 - Die Restmüllmengen, die noch verbrannt werden, konnten kontinuierlich weiter gesenkt werden. Die getrennt erfassten Wertstoffmengen wurden erneut gesteigert und die Gelbe Tonne konnte in eine Wertstofftonne umgewandelt werden.
 - Wir konnten erreichen, das illegalen Kleidercontainer durch ein neues Sammelsystem der AWB in Kooperation mit karitativen Organisationen ersetzt wurden.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir werden uns für die konsequente Umsetzung und Kontrolle der Umweltzone einsetzen. Wo weiterhin Emissionsgrenzwerte überschritten werden, müssen zusätzliche örtliche Verkehrsbeschränkungen realisiert werden, z. B. LKW-Durchfahrtsverbote.
- Zur Verbesserung der Luftqualität kämpfen wir für eine Verringerung des KFZ-Verkehrs durch Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und Öffentlichen Nahverkehr.
- Wir fordern die Umrüstung des städtischen Fuhrparks auf besonders emissionsarme Fahrzeuge und Kooperation mit dem Taxigewerbe für saubere Taxis.
- Wir werden uns für den Ausbau der Landstromversorgung für ruhende Rheinschiffe einsetzen.
- Wir kämpfen dafür, dass der vorsorgende Bodenschutz in der Bauleitplanung stärker berücksichtigt wird.
- Das Umweltamt, insbesondere die Untere Landschaftsbehörde, muss personell so gestärkt werden, dass sowohl gesetzlichen Aufgaben als auch die Aufgabenstellungen des Rates vollständig erfüllt werden können.
- Wir wehren uns gegen Eingriffe in geschützte Freiflächen, insbesondere der Erhalt der Sürther Aue ist uns wichtig.
- Wir wollen mehr Aufmerksamkeit und Pflege für das „Straßenbegleitgrün“ erreichen: Dazu gehören etwa Rasengleise, Baumscheiben und begrünte Straßenränder, die sich für Wildblumensaat eignen.
- Bei der Pflege städtischer Grünflächen soll die Artenvielfalt stärker berücksichtigt werden. Ziel sind möglichst vielfältige Lebensräume für viele unterschiedliche Pflanzen- und Tierarten.
- In Zusammenarbeit mit der Biostation Leverkusen-Köln soll die kontinuierliche Erfassung und Überwachung der Tier- und Pflanzenarten und deren Berücksichtigung bei Planungsprozessen intensiviert werden. Zum Wildtierverbot in Zirkussen werden wir unsere Aufklärungsarbeit intensivieren

und deutlich machen, dass das Halten von Wildtieren im Rahmen der Wirkungsmöglichkeiten eines Zirkus immer tierschutzrelevant und damit inakzeptabel ist.

- Wir fordern die Abschaffung von Qualzuchten: Die Liste der Tiere, die schon mit schweren genetischen Defekten zur Welt kommen und deren Lebensqualität und -erwartung dadurch abnimmt, wird immer länger. Wir fordern, dass die sogenannten Standards sich nicht mehr fast ausschließlich an der Optik und der diesbezüglichen Käufermentalität orientieren, sondern einzig an der Gesundheit der Tiere. Entsprechend werden wir uns dafür einsetzen, dass auf städtischem Boden keine Ausstellungen mit Tieren aus Qualzuchten mehr genehmigt werden.
- Wir wollen den Baumbestand in Köln vergrößern und fordern die Neupflanzung von Bäumen in allen Fehlstellen an Straßen und in öffentlichen Parks
- Wir wollen die Erweiterung des Inneren Grüngürtels von der Luxemburger Str. bis zum Rhein umsetzen und die Attraktivierung des Äußeren Grüngürtels durch Maßnahmen aus dem Programm „Impuls 2012“ voranbringen, zum Beispiel durchgehende Wegebeziehung, Beschilderung einer Grüngürtelroute oder Sicherung der Freiflächen rund um das Rheinenergiestadion.
- Die Aufwertung und Pflege von öffentlichen Grünflächen und Parks ist uns kölnweit ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns außerdem ein für mehr Kleingärten und alternative Möglichkeiten der Gartennutzung und des Gemüseanbaus in der Stadt („Urban Gardening“), fördern die verstärkte Einrichtung von Patenschaften für Bäume und Grünflächen und setzen uns dafür ein, dass Entsiegelungsprogramme in erster Linie in stark verdichteten Stadtteilen für mehr Grün sorgen, beispielsweise auf Schulhöfen oder zwischen Baumalleen.
- Das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale in Köln soll in voller Breite erhalten und dem wachsenden Bedarf gemäß weiter ausgebaut werden.
- Wir Grüne wollen in den von der Stadt oder in Unternehmen betriebenen Kantinen, an denen die Stadt beteiligt ist, einen Schwerpunkt auf gesunde, regionale und saisonale Ernährung legen. Öffentliche Kantinen wollen wir außerhalb der Stoßzeiten für die Bevölkerung öffnen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Infrastruktur für Recycling und Wiederverwertung weiter verbessert wird, zum Beispiel durch mehr Wertstoffhöfe.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen und im Stadion durch Mehrweggeschirr ersetzt wird.
- Gegen die Wegwerfkultur wollen wir Aktivitäten im Bereich Wiederverwertung fördern, zum Beispiel durch Gebrauchtwarenkaufhäuser, Tauschbörsen, Verschenkmärkte und Reparaturwerkstätten.

3. Urbanität und öffentlicher Raum

Grüne Stadtpolitik in Köln heißt schonend mit den Ressourcen umzugehen und Energie zu sparen, Innenstadt und Veedel zu beleben und Wohnen bezahlbar zu halten, gute öffentliche Institutionen und grüne Räume für alle zu schaffen, Flächen zu schützen und nachhaltige Mobilität zu gestalten – das begreifen wir als politische Kernaufgaben. Urbanität heißt für uns dabei mehr als vernetzte Infrastrukturen auf dichtem Raum, Urbanität ist für uns ein Bekenntnis zu einem offenen Geist. Eine Stadt wie Köln ist auf diese Offenheit angewiesen.

Grün in der Stadt

Grünanlagen und Parks sind wichtig für Umwelt und Klima in der Stadt. Sie erhöhen aber auch die Lebensqualität und damit das Wohlbefinden der StadtbewohnerInnen. Bewegung, Stressabbau und Erholung sind zentrale Motive für ihre Nutzung. Es bleibt für uns Grüne daher sehr wichtig, möglichst viele städtische Grünflächen auch zukünftig zu erhalten und zu pflegen. Zusätzlich müssen auch neue Grünzüge entwickelt und regional vernetzt werden. Wir unterstützen die Sanierung von künstlichen Wasserflächen wie zum Beispiel am Kalscheurer Weiher. Die vorhandenen 60 Zierbrunnen sollen sprudeln, und wir wollen auch möglichst viele Spielplätze mit Wasser ausstatten.

Die Masterpläne

Der Masterplan Innenstadt wurde von Albert Speer vor fünf Jahren im Auftrag zahlreicher Kölner Unternehmer vorgelegt und vom Rat als Geschenk im Herbst 2008 angenommen. In erster Linie ist es ein städtebaulicher Masterplan, der allerdings auch den Inneren Grüngürtel umfasst. Der Masterplan Grüngürtel Impuls 2012 wurde initiiert von der Kölner Grünstiftung und mit Kölner BürgerInnen sowie renommierten Landschaftsplanern von 2009 bis 2012 erarbeitet. Beide Masterpläne beinhalten viele gute Vorschläge für den Umgang mit Grün- und Wasserflächen, die wir möglichst zeitnah umsetzen wollen.

Wir wollen auch neue Freizeitaktivitäten unterstützen, wie das Slacklining an den von der Stadt dafür ausgewiesenen Plätzen oder gemeinsames Gärtnern (siehe Kasten). Die Umsetzung des neuen Skate-Parks südlich des Rheinauhafens ist einer unserer großen Erfolge, da er ein Positivbeispiel dafür ist, wie die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt an den öffentlichen Raum in Einklang gebracht werden konnten. Wir wollen uns auch in der kommenden Ratsperiode verstärkt für mehr Angebote für ältere Kinder und Jugendliche einsetzen.

Urban Gardening und Urban Farming

Unter Urban Gardening oder Urban Farming versteht man den Anbau von Nutzpflanzen oder auch die Haltung von Honigbienen in der Stadt. Dabei spielen die Rekultivierung von Brachflächen, geeignete Dachflächen oder Fabrikgebäude, aber auch Schrebergärten eine Rolle. Diese Formen der Landwirtschaft können das Lebensmittelangebot in der Stadt unter oftmals reduziertem Bodenverbrauch bereichern. Natürlich stellt dies keinen Ersatz der traditionellen, ländlichen Landwirtschaft dar, doch es kann eine gute, ökologisch und pädagogisch sinnvolle Ergänzung sein, die sich bei vielen KölnerInnen immer größerer Beliebtheit erfreut.

Nutzung und Gestaltung von Plätzen und Wegen

Wir Grüne wollen die Aufenthaltsqualität in der gesamten Stadt steigern – zum Beispiel durch eine bessere Gestaltung bei der „Möblierung“ mit Bänken, Schildern, Straßenlaternen und so weiter sowie durch städtebauliche Wettbewerbe bei größeren Bauvorhaben unter Einbeziehung der Wünsche der Anlieger.

Eine große Chance sehen wir in der Umsetzung der Vorschläge des „Masterplans Innenstadt“. Besonders wichtig sind uns dabei die Umgestaltung des Ebertplatzes, die sukzessive Umgestaltung der Ringe mit zum Beispiel mehr Platz für Radfahrer, einer besseren Aufenthaltsqualität oder weniger oberirdischen Kfz-Stellplätzen sowie eine

stadtverträgliche Führung der Ost-West-Achse vom Inneren Grüngürtel bis nach Deutz. Entsprechende Gestaltungsrichtlinien sind auch für die anderen Stadtbezirke notwendig.

Nicht alles Wünschenswerte, das den öffentlichen Raum in Köln aufwertet, wird in den nächsten Jahren in Köln finanzierbar sein. Deshalb wollen wir auch neue Wege ausprobieren, um unsere Stadt lebenswerter und attraktiver zu machen. Es soll geprüft werden, ob die Umgestaltung von Plätze und Wegen durch einen Pakt der Stadtverwaltung mit der Stadtgesellschaft und der Kölner Wirtschaft vorangetrieben werden kann, bei der durch freiwillige Selbstverpflichtungen aus Wirtschaft und Stadtgesellschaft die Finanzierung sicher gestellt ist.

Der öffentliche Raum gehört uns allen – egal welchen Alters oder wie die Geldbörse gefüllt ist. Wir begrüßen es, wenn der attraktive öffentliche Raum von allen KölnerInnen genutzt werden kann, ohne unter Konsumzwang zu stehen. Hierzu gehören sowohl die Innenstadtplätze als auch das Rheinufer oder die Parks. Bei Konflikten, die aus dem unterschiedlichen Nutzungsverhalten entstehen, setzen wir auf Dialog und für alle tragbare Kompromisse anstelle von Verboten. Als gelungenes Beispiel der Partizipation sehen wir den neuen Skate-Park südlich des Rheinauhafens.

Planungskultur ist Teil der politischen Kultur

Das Lebensgefühl der Menschen in Köln hängt wesentlich von der Qualität der gebauten Umwelt ab: vom Städtebau, von der Freiraumplanung, vom Umgang mit dem gebauten historischen Erbe, von der Architektur, von der Kunst im öffentlichen Raum, aber auch von der Nachhaltigkeit der Planung.

In den vergangenen Jahren ist uns ein Paradigmenwechsel gelungen. Zunehmend wird in größeren Zusammenhängen geplant. Selbst private Bauvorhaben werden in einen größeren Kontext gestellt. Beispiele hierfür sind der städtebauliche Masterplan Innenstadt, der grüne Masterplan (siehe Kasten), aber auch integrierte Raumanalysen, um den Flächennutzungsplan weiterzuentwickeln. Für die bauliche Qualitätssicherung werden heute auch bei privaten Bauvorhaben Gutachterverfahren mit mehreren Planungsbüros und Wettbewerbe durchgeführt. Dies ist mittlerweile Standard.

Wir möchten bei wichtigen Planungen von Beginn des Prozesses an alle Akteure – BürgerInnen, Bauherren, Verwaltung und Politik – an einen Tisch holen. Diese Prozesse müssen bei den Zielen der Planung ansetzen, ergebnisoffen sein, transparente, verständliche Verfahren und Regeln haben. Alle Ergebnisse, auch in den Zwischenphasen, sollen dokumentiert werden und für alle über das Internet jederzeit verfügbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Prozesse evaluiert werden, um aus guten und weniger guten Beispielen zu lernen und zukünftige Verfahren zu verbessern. Beispiele hierfür sind die Planung des Heliosgeländes und die Planung des südlichen inneren Grüngürtels.

Erfolge grüner Politik

- Aufgrund grüner Initiative wurde in Zusammenarbeit mit dem Land ein Bericht zum Klimawandel mit umfassenden Handlungsempfehlungen erarbeitet (Dachbegrünung, Parkplatzbegrünung, Entsiegelungen).
- Freiflächen (Beispiel Landschaftspark Belvedere) wurden erheblich aufgewertet.

- Wir Grüne haben mit dafür gesorgt, dass Friedhofserweiterungsflächen zu 95 Prozent Grünflächen bleiben.
- Die Grünfläche zwischen Sachsenring und Kartäuserwall bleibt bestehen.
- Finkens Garten in Rodenkirchen wird von der Stadt gefördert.
- Auf Schienengleisen gibt es nun zum Teil Rasen statt Schotterpisten.
- Die Neugestaltung des Ebertplatzes und des Hansarings wurde beschlossen. Es gibt weniger kommerzielle Nutzungen zentraler Innenstadtplätze.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Die Maßnahmenvorschläge aus dem „Masterplan Innenstadt“ sowie dem Masterplan zum äußeren Grüngürtel (siehe Kasten) sollen zeitnah umgesetzt werden. Wir Grüne befürworten die Erweiterung des inneren Grüngürtels nach Süden in angemessener Breite und wollen grüne Verbindungen zwischen äußerem und innerem Grüngürtel.
- Das neue Justizzentrum darf nicht auf dem BLB-Gelände in der Altenburger Straße (auf dem ehemaligen Dom-Brauerei-Gebäude) gebaut werden. Für das neue Justizzentrum muss ein anderer verkehrsgünstiger Standort in Köln gefunden werden.
- Wir wünschen uns mehr Außengastronomie am Rhein in Deutz, Mülheim, Porz und Bayenthal und wollen Maßnahmen zur Attraktivierung der Rheinufer umsetzen.
- Die vermehrte Zwischennutzung von Brachen und auch Parkdecks zum Beispiel durch Urban Gardening (siehe Kasten) unterstützen wir.
- Unter Berücksichtigung von Aspekten des Naturschutzes und der Biodiversität soll eine Strategie für die Nutzung von Badeseen erarbeitet werden, um legale Bademöglichkeiten zu schaffen und bestehende Baggerseen zu rekultivieren und revitalisieren.
- Wir setzen uns für den Betrieb der Kölner Brunnen ein – auch mit Unterstützung der BürgerInnen.
- Wir Grüne fordern ein Investitionsprogramm für Plätze und Ortsmittelpunkte in den Stadtvierteln und wünschen uns mehr Bänke zum Verweilen auch auf zentralen Plätzen wie Breslauer Platz, Neumarkt, Domvorplatz.
- Wir unterstützen die Erprobung bedarfsgerechter, kostengünstiger und energiesparender Beleuchtungskonzepte für viel genutzte Park- und Wanderwege.

4. Verkehr

Saubere Luft, weniger Lärm, mehr Sicherheit, urbane Mobilität und hohe Aufenthaltsqualität ist das, was wir durch grüne Verkehrspolitik in der Stadt erreichen wollen. Wegen des historisch gewachsenen Stadtgrundrisses von Köln sind die Verkehrsflächen besonders knapp. Lange Zeit wurden sie in der Regel zugunsten des Autoverkehrs verteilt. Die Folge sind viel zu schmale Bürgersteige und Radwege und nur wenige Plätze oder Boulevards mit guter Aufenthaltsqualität. Dies gilt es zu ändern.

Wir Grüne befürworten ein Shared-Space-Projekt und wollen, dass in jedem Stadtbezirk mindestens eines davon verwirklicht wird (siehe Kasten).

Shared Space

Shared Space ist ein Verkehrskonzept, das vorsieht, dass sich alle Verkehrsteilnehmenden – ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto – gleichberechtigt den

Straßenraum teilen. Verkehrsschilder und Ampeln sind auf ein Minimum reduziert, die Wege ohne Bordsteine gebaut. Weniger Regeln führen zu einer erhöhten Aufmerksamkeit und zu mehr gegenseitiger Rücksichtnahme. Shared Space funktioniert, wie in europäischen Pilotprojekten bewiesen wurde, und bedeutet ein Mehr an Sicherheit und Lebensqualität – für alle!

Zu Fuß

Alle Menschen in der Stadt bewegen sich auch zu Fuß, egal mit welchem Verkehrsmittel sie sonst unterwegs sind. Deshalb fängt Verkehrspolitik für uns beim Fußgängerverkehr an. Um das Zufußgehen in der Stadt zu erleichtern, ist unbedingt mehr Raum dafür erforderlich. Dazu gehören breitere Gehwege und größere Aufstellflächen. Kurze direkte Wege statt Umwege sind das Ziel. Ampeln mit kurzen Wartezeiten, die Möglichkeit, Kreuzungen auch diagonal zu queren, sowie der Ersatz von unnötigen Ampeln durch Zebrastreifen und Kreisverkehre sind für uns wichtige Maßnahmen. Ein Fußgängerstadtplan soll es KölnerInnen und TouristInnen künftig erleichtern, die Stadt zu Fuß zu erleben.

Mit dem Fahrrad

Köln ist aufgrund seiner Topographie eine ideale Radfahrstadt. Immer mehr Menschen fahren Rad, in manchen Stadtteilen (z. B. Ehrenfeld) gibt es mittlerweile mehr Rad- als Autoverkehr. Die vorhandenen Radverkehrsanlagen wie etwa Radwege und Aufstellflächen sind aber völlig unzureichend, um sicher und bequem fahren zu können. Hier müssen dringend Verkehrsflächen zugunsten des Radverkehrs neu aufgeteilt werden. Deshalb brauchen wir professionelle Radverkehrskonzepte für alle Stadtbezirke, für schnelles und sicheres Fahren ein durchgängiges Radverkehrsnetz auf der Fahrbahn, auch an Hauptverkehrsstraßen, sowie insgesamt die Beschleunigung der Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen. Mittel für Straßenneuinvestitionen sollen zugunsten des Ausbaus der Fahrradinfrastruktur umgeschichtet werden. Bei Straßensanierungen sollen auch neue Flächen für den Radverkehr geschaffen werden.

Fahrradstraße

Nicht zu verwechseln mit Radwegen sind sogenannte Fahrradstraßen, bei denen die Fahrbahn vorrangig dem Radverkehr zur Verfügung steht. Andere Fahrzeuge als Fahrräder dürfen Fahrradstraßen nur benutzen, wenn dies durch ein Zusatzschild zugelassen ist. Alle Fahrzeuge dürfen hier nur mit mäßiger Geschwindigkeit fahren; für Kfz gilt Tempo 30. Radfahrer dürfen auch nebeneinander fahren. Fahrradstraßen dienen der Förderung des Radverkehrs, sind aber vor allem bei Autofahrern wenig bekannt, was ein gewisses Konfliktpotenzial birgt. Durch eine Ausweisung weiterer Fahrradstraßen und eine verständliche Beschilderung wird sich die Akzeptanz von Fahrradstraßen erhöhen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Umweltfreundliche Mobilität braucht einen leistungsstarken Öffentlichen Personennahverkehr. Immer mehr Menschen nutzen täglich Bahnen und Busse, doch die Infrastruktur hält mit der Zunahme der Fahrgäste nicht Schritt. Wir brauchen dringend Investitionen in Haltestellen, Schienen und Fahrzeuge, um den Bedarf von heute und

morgen zu decken und allen Menschen einen barrierefreien Zugang möglich zu machen. Dazu muss es als ersten Schritt mehr Kapazitäten auf allen Linien durch einen dichteren Takt und größere Bahnen geben.

Damit sich die Stadtbahn besser in das Stadtbild einfügt und leichter gequert werden kann, setzen wir verstärkt auf Rasengleise und Aufpflasterungen statt auf Schotterbetten.

Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn

Nach dem tragischen Einsturz des Stadtarchivs bei den Bauarbeiten der Nord-Süd-U-Bahn am Waidmarkt verzögert sich die Fertigstellung der neuen U-Bahnstrecke um viele Jahre. Um den Menschen insbesondere in der Südstadt etwas für ihre immensen Belastungen während der Bauzeit zurückzugeben, haben wir Grüne gegen die SPD durchgesetzt, dass der südliche Abschnitt der Bahn von Sürth bis zur Severinsbrücke vorzeitig in Betrieb genommen wird. Eine neue Linie wird ab 2016 die Fahrt aufnehmen und damit eine wichtige zusätzliche Verbindung zwischen dem Kölner Süden, den Ringen und der Ost-West-Strecke an der Severinsbrücke schaffen. Wir erhoffen uns dadurch auch eine Entlastung der ständig überfüllten Linie 16 in der Hauptverkehrszeit.

Der Bahnverkehr ist ein zentraler Baustein im ÖPNV. Während dem Güter- und Nahverkehr im Rheinland hohe Wachstumsraten vorhergesagt werden, ist das bestehende Schienennetz gleichzeitig schon jetzt überlastet. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des Bahnknotens Köln ein. Dieses Konzept beinhaltet 15 Einzelmaßnahmen in und um Köln. Neben den geplanten zwei neuen S-Bahn-Gleisen am Hauptbahnhof und in Deutz, müssen endlich die Planungen für den Neubau des S-Bahn-Westrings, die Verlängerung der elektrifizierten S-Bahnen-Linien ins Kölner Umland und der Ausbau des Bahnhofs Köln-Bonntor zum Personenbahnhof angegangen werden. Diese Maßnahmen würden den ÖPNV in Köln massiv entlasten und zu einer weiteren Verlagerung vom Auto auf die Schiene führen. Der Bahnhof Deutz muss von der Deutschen Bahn zum zweiten Kölner Terminal aufgewertet werden.

Wir Grüne begrüßen die Marktöffnung für innerdeutsche Fernbuslinien, weil sie eine umweltverträgliche und preiswerte Verkehrsverbindung zwischen den Städten ist. Es ist kommunale Aufgabe, Plätze für Fernbusbahnhöfe vorzuhalten und Halteplätze an Busunternehmen zu vergeben. Der derzeitige Bushaltepunkt am Breslauer Platz hat längst keine genügend großen Kapazitäten mehr, sodass ein provisorischer Haltepunkt an der Gummersbacher Straße eingerichtet werden musste. Zudem wird das Grundstück am Breslauer Platz nach dem Abbau des Musical Dome bebaut. Wir Grüne setzen uns deshalb für einen modernen ausreichend großen Fernbusbahnhof am Flughafen Köln/Bonn ein.

Autoverkehr

Bei grüner Mobilität steht der Mensch im Mittelpunkt – nicht im Weg. Die Einrichtung der Umweltzone war nur ein erster Schritt zur Verringerung der Schadstoffbelastung in der Luft. Nur durch eine deutliche Verringerung des motorisierten Verkehrs bekommen wir eine bessere Luftqualität. Deshalb müssen insbesondere der schnelle Durchgangsverkehr mitten durch die Stadt verhindert, weitere Messstationen errichtet und die Schadstoffhöchstgrenzen notfalls durch Fahrverbote eingehalten sowie die Umweltzone auf die gesamte Stadt ausgeweitet werden.

Der Verkehr – vor allem der Lkw-Verkehr – ist ein Hauptverursacher des städtischen Lärms. Dabei wächst der LKW-Verkehr im Stadtgebiet leider, auch, weil durch die rasante Entwicklung des Onlinehandels der kleinteiligere Stückguttransport zunimmt. Citylogistikkonzepte sind eine Möglichkeit zur Verringerung des städtischen Güterverkehrs. Wir wollen den LKW-Durchgangsverkehr durch ein Durchfahrtsverbot unterbinden. Nur wer liefert oder abholt soll die städtischen Straßen nutzen dürfen. Alle anderen gehören auf den Autobahnring. Um die Lebensqualität in der Stadt mit guter Luft und weniger Lärm zu steigern, müssen außerdem Anreize zum Umstieg vom Auto auf andere Verkehrsmittel gesetzt werden. Dazu gehört eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen etwa durch den Rückbau großer Durchfahrts- und Einfallstraßen (z. B. die Nord-Süd-Fahrt sowie der Bereich an Cäcilienstraße, Neumarkt und Hahnenstraße).

Tempo 30 soll im Stadtgebiet weiter ausgeweitet werden, denn es erhöht die Verkehrssicherheit, verkürzt Bremswege und rettet Leben. Die Einhaltung muss kontrolliert und Verstöße müssen konsequent geahndet werden. In den Einkaufszonen sollen oberirdische Parkplätze dort sinnvoll umgewidmet werden, wo genug Tiefgaragenplätze vorhanden sind. Die hässlichen Parkhäuser sollen durch Wohn- und Geschäftshäuser ersetzt werden, und in geeigneten Gebieten soll Bewohnerparken eingeführt werden.

Luftverkehr und Flughafen

Der Köln-Bonner Flughafen ist eine zentrale Verkehrsdrehscheibe im Rheinland und hat als Frachtumschlagplatz eine wichtige Bedeutung für die regionale Wirtschaft. Dennoch ist für uns Grüne eine weitere Ausweitung der nächtlichen Flugbewegungen nicht akzeptabel. Nach wie vor wollen die wir Grüne ein vollständiges Nachtflugverbot im Rahmen einer EU-weiten Regelung erreichen. Wir fordern ein Passagiernachtflugverbot. Die rot-grüne Landesregierung hat das beantragt, aber es wurde bislang nicht genehmigt. Wir drängen auf die Umsetzung durch die Bundesregierung. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, den Lärm durch den nächtlichen Frachtflugverkehr zu reduzieren. Ein wichtiges Instrument dafür ist die Festlegung von Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr mittels Lärm- und Bewegungskontingentierungen. Der Flughafen Köln/Bonn soll als Teil der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur weiterhin in öffentlichem Eigentum mit städtischer Beteiligung bleiben. Wir unterstützen die AnwohnerInnen im Kampf für mehr Lärmschutz. Wir Grüne lehnen eine öffentliche Subvention des Flughafens im Falle wirtschaftlicher Defizite ab.

Erfolge grüner Verkehrspolitik

- Radwege werden dank grüner Verkehrspolitik überwiegend auf der Fahrbahn angelegt, Tausende von Fahrradabstellmöglichkeiten wurden geschaffen, und der Radschnellweg nach Frechen ist in Planung.
- Wir Grüne haben uns dafür eingesetzt, dass es einen durchgängigen KVB-Nachtverkehr am Wochenende und einen dichteren Takt in den Abendstunden gibt.
- Die Tunisstraße (Nord-Süd-Fahrt) bekommt dank unseres Engagements demnächst weniger Autospuren und endlich Radstreifen. Die Cäcilienstraße wird durch Rasengleise und mehr Flächen für Rad- und Fußverkehr aufgewertet werden. Und die Aachener Straße kann demnächst im Inneren Grüngürtel bequem überquert werden.
- In fast allen Wohngebieten sind Tempo-30-Zonen mit für gegenläufigen Radverkehr freigegebenen Einbahnstraßen eingerichtet. Auf der Riehler Straße, Teilen der Inneren Kanalstraße und der Rheinuferstraße ist die Höchstgeschwindigkeit von 70

- auf 50 Stundenkilometer gesenkt worden.
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Planung einer Stadtautobahn auf der Gürteltrasse durch Bilderstöckchen, Mauenheim und Nippes aufgegeben wurden.
- Auf grüne Initiative hin wurde die Verwaltung beauftragt, einen Fernbusbahnhof am Flughafen einzurichten.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Ampelschaltungen sollen nicht allein auf die Bedürfnisse des Autoverkehrs zugeschnitten werden.
- Im ganzen Stadtgebiet müssen dringend mehr bedarfsgerechte und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden, ohne dass der Fußverkehr beeinträchtigt wird. An den großen Bahnhöfen müssen endlich Radstationen eingerichtet werden. Außerdem soll es öffentliche Ladestationen für Elektrofahrräder geben.
- Um den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern, sollen ein flächendeckendes Fahrradverleihsystem aufgebaut, Fahrradschnellwege durch die Stadt bis ins Umland geschaffen und mehr Fahrradstraßen (siehe Kasten) ausgewiesen werden.
- Die Kapazitäten der Stadtbahn sollen generell durch größere oder mehr Wagons ausgeweitet werden. Außerdem sollen die Planung und der Bau weiterer Stadtbahnstrecken (Bonner Str., Verlängerung Linie 13 bis ans Rheinufer, Anbindung von Widdersdorf, Zündorf, Langel, Esch und Pesch) endlich vorangetrieben und die vorhandene Schieneninfrastruktur optimiert und barrierefrei werden.
- Der Stadtbahntakt soll auch in der Nacht dichter werden.
- Die Planungen für den Bau des S-Bahn-Weststrings, der auf der Bahntrasse zwischen Hansaring, Köln-West, Köln-Süd und Bonner Straße realisiert werden soll, sollen endlich angegangen werden.
- Konsequente Verhinderung von Durchgangsverkehren und Abbau von oberirdischen Stellplätzen in der Innenstadt und den Bezirkszentren, wo genug Tiefgaragenplätze vorhanden sind.
- Wir wollen, dass in jedem Stadtbezirk mindestens ein „Shared-Space“-Projekt verwirklicht wird (siehe Kasten).

5. Grüne Finanzpolitik

Die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden in Deutschland ist sehr angespannt. Wir Grüne haben maßgeblich dazu beigetragen, dass der Kölner Stadthaushalt handlungsfähig bleibt und nicht in den Nothaushalt abrutscht. Ziel grüner Haushaltspolitik ist es, die weiterhin notwendige Haushaltssanierung nachhaltig und gerecht zu gestalten. Dabei gilt es große Zukunftsherausforderungen zu schultern. Die Anforderungen an die Leistungen der Daseinsvorsorge in einer Großstadt wie Köln wachsen: Kinderbetreuung, Eingliederung behinderter Menschen, Kosten für die Unterkunft für Bedürftige in den Städten einerseits, riesiger Investitionsbedarf in Verkehr und Bildung andererseits gilt es für ein zukunftsfähiges Köln zu schultern. Diesen wachsenden Anforderungen stehen jedoch keine entsprechenden Zuwächse bei den finanziellen Mitteln entgegen.

Wir wollen die Daseinsvorsorge für die hier lebenden Menschen sichern. Dazu muss auch in der kommunale Infrastruktur investiert werden, um einerseits ihren Verfall zu stoppen und andererseits um als Stadt für die Menschen, die hier leben und die nach Köln ziehen, attraktiv zu bleiben. Das betrifft vor allem Schulen, Kindertagesstätten,

Jugendeinrichtungen, Brücken, Tunnel, Straßen, Fahrradwege, Plätze und Kultureinrichtungen.

Städtische Ausgaben, die sich lohnen

In den Jahren 2008 bis 2011 investierten wir:
425 Millionen Euro für städtische Baumaßnahmen.

Im Jahre 2013 investierten wir:
380 Millionen in die Kindertages- und U3 Betreuung
24 Millionen in die Ausstattung der Schulen.

In Zukunft investieren wir:
94 Millionen Euro für Sanierungen, Erweiterungen und Neubauten,
12 Millionen Euro in den Bau von Kitas,
176 Millionen für Brücken, Tunnel,
133 Millionen Euro für Stadtbahn und ÖPNV.

Trotz dieser finanziellen Anstrengungen konnte die Verschuldung der Stadt von 2008 bis 2011 um 265 Millionen Euro verringert werden.

Die Spätfolgen des städtischen Engagements bei Messenfonds und Sparkassenbeihilfen generieren Lasten, die auch jetzt noch vom städtischen Haushalt abgetragen werden müssen, um den Anforderungen der beihilferechtlichen Entscheidungen der EU-Kommission an die Stadt gerecht zu werden. Die internationale Finanz- und Bankenkrise hat die finanzielle Lage der Stadt Köln infolge sinkender Steuereinnahmen noch verschärft.

Die Haushaltssanierung ist deshalb auch in den nächsten Jahren eine große Herausforderung. Ziel muss es sein, den Vermögensverzehr in den nächsten Jahren zu stoppen und Vermögen aufzubauen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die finanziellen Probleme nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt sind. Eine wesentliche Ursache liegt in den immer neuen Aufgabenübertragungen durch Bund und Land an die Kommunen ohne entsprechende Finanzierung und in den wachsenden Ausgaben vor allem bei den sozialen Leistungen. Eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Ländern und Bund ist deshalb unumgänglich. So fordern wir die Aufhebung des Verbotes der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen im Bildungsbereich. Wir halten es für außerdem für wichtig, dass der Bund seine Verantwortung im Bereich der Eingliederung behinderter Menschen durch ein finanzielles Engagement übernimmt und dass der Bund einen höheren Anteil bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für Erwerbslose übernimmt (siehe Kasten). Wichtig sind auch Entlastungen im Bereich der Verkehrsinvestitionen. Der Grundsatz „Wer bestellt, muss auch zahlen“ (Konnextitätsprinzip) muss auf Bundes- und Landesebene politisch durchgesetzt werden.

Extra Kosten

Auch in Köln ist eine wesentlichen Ursache des Haushaltsdefizits die Aufgabenübertragungen durch Land und Bund ohne die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. In 2009 betrug die Belastung 92 Millionen Euro. In 2010 stieg sie auf 160 Millionen Euro durch Bürokratieabbaugesetze und die „Wachstumsbeschleunigungsgesetze“ der Bundesregierung. Außerdem lasten die

einheitsbedingten Zahlungen in den „Fonds Deutsche Einheit“ von durchschnittlich 75 Millionen Euro jährlich auf dem Stadthaushalt. Nach Schätzungen von Fachleuten kommen auf die Stadt Köln Aufwendungen von rund 50 Millionen jährlich für die Finanzierung der Eingliederung behinderter Menschen zu. Der auf die schulische Inklusion entfallende Mehraufwand wird nach Prognosen auf etwa 8 Millionen Euro jährlich beziffert. Die Kosten der Unterkunft für arme Menschen sind in der Mittelfristplanung des Haushalts mit etwa 300 Millionen Euro vorgesehen.

Wir Grüne werden unsere nachhaltige und gerechte Finanzpolitik fortsetzen. Aber: Vollständig aus eigener Kraft wird auch die Stadt Köln ihre Haushaltskrise nicht überwinden können. Ohne Gemeindefinanzreform wird eine nachhaltige Haushaltssanierung mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs (Einnahmen=Ausgaben) nicht möglich sein.

Wir Grüne unterstützen eine Haushaltspolitik über strategische Zielsetzungen, klar definierte Budgets und Leistungsvereinbarungen. Zukünftig sollen die Wirkungen, die durch den Einsatz von Finanzmitteln real erzielt werden, für die BürgerInnen erkennbar und messbar sein. Eine nachhaltige Finanzpolitik setzt zudem eine mittel- und eine langfristige Finanzplanung voraus, die den finanziellen Rahmen aufzeigt und auch die möglichen Folgen des Handelns darstellt. Für die Bürgerschaft müssen die relevanten Haushaltsinformationen im städtischen Internetauftritt in verständlicher Form abrufbar sein. Haushaltssanierung ist ein konfliktreicher Prozess. Deshalb wollen wir Grüne das Bürgerhaushaltsverfahren verbessern und fortführen.

Erfolge grüner Finanzpolitik

- Wir Grüne haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt handlungsfähig bleibt und nicht in den Nothaushalt abrutscht. Es konnte vermieden werden, dass Köln ein von der Regierungspräsidentin verordnetes Haushaltssicherungskonzept übergestülpt bekommt, womit Rat und Verwaltung ihre eigenständige Handlungsfähigkeit verloren hätten.
- Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass der Rat mit dem Haushalt 2012 in eine mittelfristige Sanierungsplanung eingestiegen ist.
- In der nun endenden Wahlperiode wurde die Einnahmeseite durch eine maßvolle Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer, die Einführung der Kulturförderabgabe und nicht zuletzt durch die erhöhten jährlichen Gewinnausschüttungen des Stadtwerke-Konzerns gestärkt.
- Uns Grünen ist es gelungen, den von vielen befürchteten Kahlschlag im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Jugendhilfe- und Kultursektor zu vermeiden. Trotz aller Konsolidierungserfordernisse haben wir im Haushalt Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt: für die Wohnungsbauförderung, für den Ausbau des Offenen Ganztags und für mehr Kita-Plätze.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen den städtischen Vermögensverzehr zurückführen und mittelfristig einen Vermögensaufbau erreichen. Das setzt eine planvolle Reduzierung des Defizits voraus. Hierzu muss sowohl der Aufwand (Ausgabenseite) reduziert als auch der Ertrag (Einnahmeseite) verbessert werden.

- Wir Grüne wollen die Finanzierung der Daseinsvorsorge in den nächsten Wahlperiode weiterhin zuverlässig und seriös gestalten. Die Sanierung der Stadtfinanzen zwingen allerdings dazu, politische Prioritäten zu setzen. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch machbar. Prioritäten setzen wir Grüne bei der stabilen Finanzierung von Sozialem, Bildung, Kultur sowie Mobilität, Klimaschutz der Energiewende und bezahlbarem Wohnraum.
- Köln muss gegenüber anderen Städten und Regionen wettbewerbsfähig bleiben. Daher wollen wir Grüne die Gewerbesteuer stabil halten.
- Bei Abwasser, Straßenreinigungs- und Müllgebühren gilt der Grundsatz der Kostendeckung. Sie sollen möglichst nicht aus dem Stadthaushalt subventioniert werden.
- Die jährliche Bezuschussung von defizitären städtischen Betrieben und Beteiligungen aus dem Stadthaushalt, die der Daseinsvorsorge dienen, wollen wir Grüne regelmäßig auf Effizienz und Zielerreichung prüfen.
- Wir wollen Prioritäten bei den Investitionen setzen. Erhalt und Sanierung der kommunalen Infrastruktur haben Vorrang. Bei jeder Investition sind die Folgekosten zu beachten.
- Auch wenn die Stadt Köln nicht bedrohlich verschuldet ist – der „Gesamtkonzern Stadt“ einschließlich der Stadtwerke und GAG ist in solider Verfassung – verfolgen wir Grüne weiterhin das Ziel des Schuldenabbaus.

6. Nachhaltiges Wirtschaften

Kölns Stärke ist eine Wirtschaftsstruktur mit einem breit gefächerten Branchenmix. Dominierte in den 1980er-Jahren noch die industrielle Groß- und Massenproduktion, so entwickelte sich Köln infolge des Strukturwandels zu einem Wirtschaftsstandort mit modernen Dienstleistungen. Finanzdienstleistungen, Einzelhandel, Medien- und Kulturwirtschaft, Kommunikationstechnologie, Groß- und Außenhandel, Hotels, Messen und Kongresse und Städtetourismus prägen inzwischen Kölns Wirtschaft und tragen maßgeblich zum Gewerbesteueraufkommen bei. Köln hat aber auch weiterhin eine Zukunft als Industriestandort. Ein entscheidender Faktor für den Bestand und die Ansiedlung von Industrieunternehmen ist, dass sich in Köln eine Forschungs- und Hochschullandschaft etabliert hat, die europäische Spitzenpositionen einnimmt und zu der auch eine Universität mit Exzellenzstatus gehört. Köln war immer schon Handelszentrum. Durch seine verkehrsgünstige Lage ist Köln auch zukünftig für die Logistikbranche bedeutend.

Grüne Wirtschaftspolitik fördert nachhaltiges und energieeffizientes Wirtschaften und damit zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Im Wettbewerb der Städte wächst die Bedeutung „weicher Faktoren“: Weltoffenheit, soziale Integrationsfähigkeit, ein breites Kulturangebot, gute Bildungsangebote und Kinderbetreuung, urbane Lebensqualität und nicht zuletzt gute Umweltbedingungen sind diese Faktoren, die darüber mitentscheiden, ob Köln für kreative und innovative Menschen und Unternehmen attraktiv bleibt.

Handel stärken

Köln bietet nicht nur eine attraktive City als Oberzentrum sondern auch über insgesamt 80 Versorgungsbereiche in den jeweiligen Stadtteilen. Die Attraktivität der Kölner City gilt es zu fördern, aber nicht zulasten der Stadtviertel. Für ein nachhaltiges und vielfältiges Leben in Köln sind der Erhalt und die Stärkung des Einzelhandels vor allem in den Ortsmittelpunkten der Stadtviertel von großer Bedeutung. Wir Grüne wollen eine fußläufige und wohnortnahe Versorgung in den Vierteln erhalten und wiederherstellen sowie dem

Trend der Filialisierung, Uniformität der Angebote und Verödung von Einkaufsstraßen entgegenwirken. So ist der inhabergeführte Einzelhandel eine wesentliche Säule für Angebotsvielfalt und Lebendigkeit und soll daher gestärkt werden. Wir Grüne wollen die Etablierung weiterer Wochenmärkte fördern. Sie stärken nicht nur den Vertrieb regionaler Produkte, sondern steigern auch den Erlebniswert und die Aufenthaltsqualität in den Ortszentren. Die Ansiedlung von Discountern in Gewerbegebieten oder auf der grünen Wiese schadet diesen Zielen. Wir Grüne sehen solche Ansiedlungen deshalb sehr kritisch. Mit den genannten Zielsetzungen wollen wir das Einzelhandels- und Zentrenkonzept als Grundlage für Stadtplanung und Steuerung von Ansiedlungen weiterentwickeln. Für die Angebotsvielfalt im Einzelhandel, auf Wochenmärkten und in der Gastronomie ist die Existenz eines gut funktionierenden, modernen Großmarkts von elementarer Bedeutung. Wir Grüne werden die vom Rat beschlossene Verlagerung des bisherigen Großmarkts und den Aufbau eines Frischelogistikzentrums im Gewerbegebiet Marsdorf weiter vorantreiben.

Kleine und mittelständische Unternehmen

Wir Grüne werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) sowie das Handwerk in Köln gute Rahmenbedingungen vorfinden. Eine der Stärken dieser Betriebe ist, dass sie die meisten Ausbildungsplätze schaffen und sich durch eine hohe Standortbindung auszeichnen. Der Mittelstand ist im Gegensatz zu Großunternehmen besser in der Lage, sich schnell und flexibel auf neue Herausforderungen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen einzustellen und so auch neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir Grüne wollen das Sonderstandortprogramm zur Bereitstellung städtischer Gewerbegrundstücke für KMU fortsetzen und optimieren.

Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist eine notwendige Ergänzung der Globalisierung, da sie die Stabilität von Wirtschaft und Beschäftigung erhöht. Daher wollen wir Grüne die städtischen Vergabegrundsätze und die Vergabepaxis im Rahmen der Gesetzgebung so ändern, dass eine stärkere Berücksichtigung der regionalen klein- und mittelständischen Unternehmen möglich wird.

Die kommunalen Beratungs- und Serviceprogramme zur Förderung von Existenzgründungen wollen wir Grüne in Kooperation mit den Kammern stärker bündeln. Eine weitere Aufgabe städtischer Wirtschaftsförderung besteht darin, Kölner Unternehmen bei der Nachwuchsförderung zur Verhinderung des Fachkräftemangels zu unterstützen und dazu die bestehenden Netzwerke, wie zum Beispiel das Branchenforum Industrie, zu nutzen.

Vorreiter für den industriellen Wandel werden

Ein immer größerer Teil der Wertschöpfung basiert auf Forschung, Entwicklung und Kommunikationstechnologie. Die Innovationszyklen verkürzen sich rapide. Der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg der hiesigen Industrie liegt in der Ressourceneffizienz. Sie ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den Bedarf an Rohstoffimporten senkt und durch Kostensenkung bei Material statt bei Löhnen die Wettbewerbsfähigkeit sichert. Ressourcenschutz und Ökoeffizienz wird durch neue Produktions- und Managementverfahren möglich. Weniger Energie, Rohstoff- und Materialverbrauch, weniger Rückstände bedeuten weniger Kosten und mehr betriebswirtschaftliche Vorteile. Ein hohes Qualifikationsniveau bei den Beschäftigten und eine enge Verbindung zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind daher wesentliche Voraussetzung für die

Weiterentwicklung des Kölner Industriestandorts. Köln bietet mit 13 Hochschulen und mehreren öffentlichen Forschungseinrichtungen gute Bedingungen für die Bestandspflege und die Neuansiedlung innovativer Industrieproduktion.

Diese Entwicklung zu wissensintensiven Industrieunternehmen und produktionsnahen Dienstleistungen hat bereits begonnen, und wir Grüne setzen uns dafür ein, dass sich die städtische Wirtschaftsförderung darauf ausrichtet:

Umweltverträglichere und ressourceneffiziente Produktionsprozesse können als „urbane Industrien“ in gemischte Stadträume integriert werden. Die Nachfrage von urbanen Standortqualitäten steigt vor allem bei wissensintensiven Unternehmen. Dies erfordert eine veränderte städtische Grundstücksbereitstellung und Flächenplanung. Für uns Grüne hat die Entwicklung von Gewerbebrachen und mindergenutzten Grundstücken daher beim strategischen Flächenmanagement Priorität.

Wir Grüne wollen die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Industrie und Mittelstand stärker fördern. Dazu soll ein Netzwerk aus Stadt, Hochschulen und Industrie gegründet werden, das sich handlungsorientiert mit Wissenschaftstransfer, Standortsicherung und Ansiedlung von urbanen Wissensquartieren sowie einem offensiven Marketing widmen soll.

Der von und Grünen forcierte Neubau des ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule am bisherigen Standort in Deutz war ein wichtiger Erfolg und Baustein für eine Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Stadt, Hochschulen, Berufskollegs und innovativen Unternehmen. Der Ausbau und die Ansiedlung von Hochschul- und Forschungseinrichtungen wollen wir Grüne forcieren. Das alte Großmarktareal bietet dafür gute Chancen.

Neue Impulse für die Medien- und Kreativwirtschaft

Köln hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren zu einem der wichtigsten europäischen Standorte für TV- und Online-Sender und Produktionsfirmen entwickelt. Der WDR, größter öffentlich-rechtlicher Sender in Europa, und die Mediengruppe RTL Deutschland haben ihren Sitz in Köln. Die Verleihung renommierter Branchenpreise, Festivals und Konferenzen findet in Köln statt. Auch die Games- und Kommunikationstechnologie-Branche ist in Köln inzwischen prominent etabliert. In der städtischen Wirtschaftspolitik sind neue Impulse wichtig, um vor allem kreative Köpfe an Köln zu binden.

Städtische Wirtschaftspolitik darf sich nicht auf Erfolge ausruhen und sich nicht auf die durchaus notwendige Bestandspflege beschränken. Vielmehr sind neue Impulse wichtig, um vor allem kreative Köpfe an Köln zu binden.

Wir Grüne wollen folgende Aktivitäten befördern:

- die Etablierung von Coworking-Arbeitsplätzen zum Beispiel durch Zwischennutzungen fördern, die vor allem von Start-ups und Selbstständigen der Kreativbranchen nachgefragt werden
- für die Ansiedlung von Selbstständigen und Firmen aus der Kreativbranche „kreative Räume“ im Rahmen der Stadtplanungsprozesse schaffen; das gilt etwa für die Entwicklung Mülheim Süd und Hafen, Güterbahnhof Ehrenfeld und den Deutzer Hafen

- den Ausbau des Glasfasernetzes für die Internetinfrastruktur in den neu entstehenden Stadtquartieren vorantreiben
- die Internetwirtschaft, eine der am stärksten wachsenden Branchen in Deutschland, als weiteres Handlungsfeld der städtischen Wirtschaftsförderung berücksichtigen

Kongress- und Messestandort stärken

Köln ist für Kongresse und Messen sehr attraktiv. Diese Entwicklung wollen wir Grüne weiterhin fördern. Daher werden wir die Geschäftsstrategie für die inzwischen wieder erfolgreich agierende Kölnmesse GmbH weiter unterstützen. Köln verfügt über eine gute Kongress- und Tagungsinfrastruktur im unteren und mittleren Größensegment – nicht zuletzt auch durch die Angebote der städtischen Kölnkongress GmbH. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kölnmesse kann es in Zukunft erforderlich machen, ein modernes Kongresszentrum am Messestandort zusätzlich zu entwickeln. Diese mögliche Investition kann aber keinesfalls durch den Stadthaushalt finanziert werden, deshalb müssen dafür ggf. andere Mittel und Möglichkeiten gefunden werden.

Wir Grüne werden Investition und Betrieb einer neuen Mehrzweckhalle unter Beteiligung eines städtischen Unternehmens als unververtretbaren Markteingriff nicht unterstützen.

Tourismus fördern

Wir Grüne wollen Kölns Spitzenplatz im Städtetourismus mit gezieltem Marketing fördern und dazu die Kooperation der städtischen Akteure vorantreiben. Dabei sollen Kölns kulturelle Stärken deutlicher in den Vordergrund rücken.

Güterverkehr umweltverträglicher organisieren

Die Zunahme von Güterverkehr und Logistik ist eine Folge der arbeitsteiligen, globalisierten Wirtschaftsweise und der veränderten Konsumgewohnheiten. Importe und Exporte erzeugen Verkehr. Grüne Politik hat zum Ziel, Güterverkehr energetisch effizient und möglichst klima- und umweltfreundlich zu gestalten und weitmöglichst zu reduzieren. Durch seine verkehrsgünstige Lage ist Köln für die Logistikbranche interessant. Allerdings sind allein schon aufgrund der Flächenknappheit im Stadtgebiet der Erweiterung von Logistikinfrastruktur enge Grenzen gesetzt. Eine regionale Perspektive eröffnet hingegen Entwicklungschancen.

Dies gilt vor allem für die Hafenlogistik. Der seit fast 30 Jahren geplante Ausbau des Godorfer Hafens hätte nicht nur die Zerstörung des Naturschutzgebietes Sürther Aue zur Folge, er wäre auch eine enorme kommunale Fehlinvestition. Wir Grüne wollen auf diesen Ausbau verzichten. Mit dem erweiterten Bonner Hafen ist längst eine Alternative für den Kölner Süden entstanden. Im Norden ist die Gründung der RheinCargo als gemeinsame Logistikgesellschaft der Städte Düsseldorf, Neuss und Köln außerdem ein wichtiger Schritt. In Köln verfügt der Niehler Hafen über Entwicklungspotenzial, das ausgeschöpft werden soll. Mit dem kombinierten Ladeverkehr (KLV) wird die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf Eisenbahn und Schiff gefördert. Daher unterstützen wir den Ausbau des Güterverkehrszentrums Eifeltor und des KLV-Terminals im Industriepark Nord sowie die Planung eines weiteren KLV-Terminals im Rechtsrheinischen.

Regionale Zusammenarbeit

In allen Bereichen der Strukturförderung – von der Stadtentwicklung über Klimaschutz bis zur Kreativwirtschaft – muss die Stadt Köln viel stärker ihre Möglichkeiten nutzen, vorwiegend in regionaler Kooperation für Köln und die rheinische Region Fördermittel bei

Land, Bund und EU einzuwerben und gezielt einzusetzen. Wir Grüne wollen dafür beim städtischen Finanzdezernat ein systematisches Fördermonitoring und Akquisemanagement einrichten. Zugleich soll die regionale Kooperation mit den Nachbarkommunen und -kreisen verstärkt werden.

Grüne für starke Stadtwerke

In Köln leisten wirtschaftlich starke städtische Unternehmen täglich ihren Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge und stellen damit die Grundversorgung aller BürgerInnen und der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands und des Handwerks, sicher. Dazu gehören der öffentliche Nahverkehr, die Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, die Telekommunikation sowie die Wohnungswirtschaft. Sie sind große Arbeitgeber, arbeiten nach hohen ökologischen Standards und sichern Arbeitsplätze. Eine wesentliche Stellung im Netzwerk einer kostengünstigen, qualitativen und ökologisch orientierten Daseinsvorsorge soll der Stadtwerkekonzern einnehmen. Wir Grüne werden weiterhin eine Politik unterstützen, die die Leistungs- und effiziente Handlungsfähigkeit des Stadtwerkekonzerns und der weiteren städtischen Unternehmen als wirtschaftliches Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung stärkt. So wird auch der städtische Haushalt entlastet.

Wir Grüne wirken weiterhin auf Transparenz und Kontrolle der städtischen Unternehmen und ihres Geschäftsgebarens hin. So hat der Stadtrat in der nun endenden Wahlperiode einen „Public Corporate Governance Kodex“ beschlossen, der strengere Regeln als in der Privatwirtschaft setzt.

7. Grüne Perspektiven nachhaltiger Flächenpolitik

Ein wichtiger Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung Kölns ist die kommunale Flächenpolitik. Denn in einer Großstadt wie Köln ist Fläche ein knappes, wertvolles und endliches Gut. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt weiter. Wohnen muss dabei auch stärker die Erfordernisse des demographische Wandels und des Klimaschutzes erfüllen. Das bedeutet Barrierefreiheit, altersgerechten Umbau und energetische Sanierung. Auch die städtische Infrastruktur muss dieser Entwicklung gerecht werden. Vorrangig sind die Mobilitätsbedürfnisse der Stadtgesellschaft umweltschonend zu bewältigen. Zudem sind attraktive Flächenangebote für Gewerbe- und Büronutzungen für Kölns wirtschaftliche Entwicklung wichtig.

Grüne Leitziele einer ökologisch nachhaltigen Planungs- und Flächenpolitik für Köln sind:

- Realisierung eines strategischen Flächenmanagements
- Eindämmung von Zersiedelung und Flächenverbrauch
- Entwicklung kompakter, flächensparender und gemischter Nutzungen
- Zusammenführen von verschiedenen Funktionen wie Wohnen und Arbeiten, Kultur, Bildung, Freizeit und Einkaufen
- Erhalt und Schaffung öffentlicher Freiräume, attraktiver Plätze und Grünzonen
- Sicherung von Gewerbe- und Industriestandorten in Gemengelage
- Bessere Ausnutzung von Gewerbe- und Industrieflächen durch verdichtete Bebauung
- Schaffung kurzer Wege, um Verkehrsaufkommen und damit Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Emissionen zu vermindern

In der Standort- und Ansiedlungspolitik setzen wir Grüne in der Perspektive bis 2020 folgende Prioritäten:

- Mehr kleinteilige Flächenangebote für kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und Betriebe der lokalen Ökonomie
- Flächenangebote für neue Industrie- und Gewerbeunternehmen mit engem Bezug zur ansässigen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Köln und der Region mit Schwerpunkt auf wissensbasierten Zukunftstechnologien und Berücksichtigung von Hochschulausgründungen und Gründerinitiativen
- Flächenbereitstellung für Verlagerung von Produktionsbetrieben
- Bestandspflege und Standortsicherung für ansässige Gewerbe- und Industriebetriebe bei besonderer Berücksichtigung hochwertiger unternehmensbezogener Dienstleistungen, wie etwa IT, Engineering, Design, Facilitymanagement

Köln verfügt noch über ausreichende Flächenreserven für den wirtschaftlichen Bedarf. Diese Reserven sind ungenutzte Flächen von bestehenden Unternehmen sowie Altgewerbe- und Industriebrachen. Hinzukommen ungenutzte Bahnflächen. Vorrangige Aufgabe bis 2020 wird es sein, diese nicht städtischen Flächen zu reaktivieren. Sie machen etwa 50 Prozent der Kölner Gewerbeflächenreserve aus.

Wir Grüne wollen vorrangig folgende Vorhaben vorantreiben:

- Ein Schwerpunkt liegt weiterhin auf der Förderung kleiner und mittelständischer Betriebe und des Handwerks. Das Sonderstandortprogramm Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden wir fortführen und ausbauen. Es beinhaltet unter anderem Angebote von erschlossenen städtischen Grundstücken bis 3000 Quadratmeter zum Komplettpreis.
- Wir wollen die Einrichtung einer Anlaufstelle beim Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften zur Vermittlung und Vermietung von in der Regel nicht mehr marktgängigen Gewerbe- und Bürobauten sowie Brachflächen für zeitlich befristete Zwischennutzungen. Diese richten sich an Freiberufler, Gründer, Kleinbetriebe und die Kultur- und Kreativwirtschaft, aber auch an nicht gewerbliche Projekte, wie Urban Gardening, Pflanzstellen, interkulturelle Gärten, autonome Zentren.
- Förderung von Coworking-Angeboten als innovative Arbeitsform für Freiberufler, Start-ups, zum Beispiel in ehemaligen Industriebauten.
- Der Industriepark Nord in Köln-Niehl bietet 43 Hektar städtische Ansiedlungsfläche für Industrie. Seine Bereitstellung wollen wir Grüne forcieren. Verfügbare Flächen für Industrienutzung sind im Kölner Stadtgebiet begrenzt.
- Der 25 Hektar große städtische „BioCampus Cologne“ in Bocklemünd hält hochwertige Flächen für die „Biotec- und Life-Science-Branche“ vor. Er vermietet hoch moderne Büros und Labore. Die zukünftige Ausrichtung des städtisch subventionierten Technologieparks soll alle wissensbasierte Industriebranchen umfassen und unbedingt auch die Vermarktung von Flächen mit einschließen.
- Angesichts knapper Flächenressourcen – nicht nur für Industrienutzungen – liegt die mittelfristige Perspektive für Flächenentwicklungen in der regionalen Kooperation. Wir Grüne wollen Initiativen für eine interkommunale Zusammenarbeit fördern.
- Der Deutzer Hafen hat als Umschlags- und Logistikstandort aufgrund seiner

innerstädtischen Lage keine Zukunft. Zunehmendes Lärm- und Verkehrsaufkommen wären in dieser Lage weder wünschenswert noch genehmigungsfähig. Daher liegt die Perspektive dieses attraktiven Areals in der schrittweisen Umnutzung. Dabei sollen wenige Industrienutzungen mit Hafenbezug fortbestehen. Das gilt insbesondere für die Ellmühle, die dort seit über 100 Jahren produziert. Ideal wäre eine Mischung aus Industrie und Logistik, neuem Gewerbe, Büros, Forschung, Bildung, Wohnen und Kultur. Ein solch mischgenutztes Stadtquartier wäre der Gegenentwurf zum sterilen Rheinauhafen.

- In Mülheim Süd soll auf einem Areal von 47 Hektar ein urbanes, gemischtes Quartier mit rund 1500 Wohnungen, Büro und Gewerbe, Kultur und neuen Freiflächen entstehen. Dazu gehört der Rheinboulevard und der Grünzug „Charlier“.

II. STADT DER BÜRGERINNEN

8. Die Kölner Stadtverwaltung

Wir Grüne wollen eine moderne Stadtverwaltung, die die ökologische, soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung von Köln voranbringt. Die Stadtverwaltung soll sowohl eine serviceorientierte und effiziente Dienstleisterin für alle BürgerInnen sein als auch eine Gestalterin und Umsetzerin der notwendigen Veränderungen in der Stadt. Dabei leistet die Stadtverwaltung Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Daseinsfürsorge.

Wir unterstützen bürgernahe Dienstleistungsangebote, zum Beispiel gute Erreichbarkeiten und bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Bürgerämter. Dies fördert den direkten Kontakt zwischen BürgerInnen und der Stadtverwaltung. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass das Angebot an Informationen und Dienstleistungen via Internet ausgebaut wird und die Informationen für alle einfach und verständlich und mehrsprachig dargestellt werden. Wir Grüne begreifen „OpenData“ und „OpenGovernment“ als große Entwicklungschance für die Stadt und als Ausdruck von Transparenz und aktiver Teilhabe.

Erfolgreiches Verwaltungshandeln basiert auf klaren Zielen, Transparenz, eindeutigen Verantwortlichkeiten sowie systematischer und regelmäßiger Überprüfung aller Prozesse, mit dem Ziel diese zu entbürokratisieren. Wir Grüne streben deshalb weiterhin die Einführung einer dezentralen Budget- und Ressourcenverantwortung auf der Ebene der Dezernate an und setzen uns für Controllingprozesse ein, die die politische Steuerung des Verwaltungshandelns unterstützen. Zur Bündelung von Dienstleistungen und zum Austausch von bewährten Lösungen wollen wir Grüne den interkommunalen Erfahrungsaustausch stärken und fördern.

Die Ausrichtung des Verwaltungshandels auf seine langfristigen Effekte für die Stadtgesellschaft ist uns ein besonderes Anliegen. Der Aufbau eines aussagekräftigen Finanzcontrollings und einer transparenten Vergabedatei sind für uns Grüne nächste wichtige Schritte in Köln. **Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Abläufe und Strukturen der Stadtverwaltung professionell untersucht und optimiert werden..**

Stadtverwaltung als Arbeitgeberin

Die Stadtverwaltung ist mit rund 16 000 MitarbeiterInnen die größte Arbeitgeberin in Köln.

Wir Grüne wollen, dass die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion für eine moderne und zukunftsweisende Personalpolitik einnimmt. Dabei unterstützen wir Führungsmodelle, welche auf Motivation, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen setzt. Die Fortführung und Umsetzung des Frauenförderplans, eine vorausschauende Personalentwicklung, ein konsequentes „Diversity Management“ und „Gender Mainstreaming“ sowie der Ausbau von familiengerechten Arbeitszeitmodellen sind für Grüne dabei maßgebliche Umsetzungsfelder. Wir unterstützen und begrüßen die stärkere interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung. Für eine zukunftssichere Personalstruktur wollen wir Grüne bei Stellenbesetzungen einen Mix von internen und externen Besetzungen durch qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Ebenso ist für eine zukunftssichere Personalstruktur ein besonderer Schwerpunkt auf die Gewinnung von Auszubildenden zu setzen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wollen wir nicht hinnehmen, sondern wir wollen bei Arbeitsverhältnissen und Ausschreibungen darauf hinwirken, dass soziale Mindeststandards gegeben sind.

Sicherheit und Ordnungsrecht

Grüne stehen für sichere öffentliche Räume, sichere Straßen, sichere Fahrradwege und sichere Haltestellen des ÖPNV mit einem sicheren Weg dahin. Sicherheit für alle, insbesondere für Frauen, für Kinder und für alte Menschen im öffentlichen Leben, in ihren Familien und in Institutionen sind wichtige Aufgaben, denen wir uns widmen und die wir zur Sprache bringen.

Unser grüner Grundsatz lautet: Prävention und Hilfe vor Repression. Wir wollen den Kurs der Verwaltung, in gut funktionierenden Ordnungspartnerschaften mit der Polizei, den BürgerInnen, aber auch mit den Kölner Verkehrsbetrieben (KVB) zu arbeiten, weiter fortsetzen. Bei Schwerpunktkontrollen (großangelegte, aber seltene Kontrollen) der KVB kam es allerdings immer wieder zu Beschwerden von Fahrgästen, die sich kriminalisiert und gemaßregelt fühlten. Dies soll in Zukunft nicht mehr vorkommen; wir wollen keine razzienartige Kontrollen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Besser als seltenere Schwerpunktkontrollen sind korrekte Routinekontrollen. Dies erhöht auch das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste im ÖPNV.

An Orten in der Stadt, an denen sich viele Menschen aufhalten, kann es insbesondere in den Abendstunden zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Interessen der BürgerInnen kommen. Vor allem die Quartiere in der Altstadt und um die Ringe sollen als Kneipen- und Wohnviertel attraktiv bleiben. Wir Grüne setzten deshalb auf einen Mix unterschiedlicher Maßnahmen: Die Stadtplanung muss langfristig dafür sorgen, dass es mehr Plätze in Köln mit hoher Aufenthaltsqualität gibt, sodass der Besucherandrang auf den wenigen, aktuell sehr beliebten Plätzen abnimmt. Um die Sauberkeit in den Kölner Parkanlagen zu verbessern, hat sich die erhöhte Präsenz von Reinigungskräften der AWB sowie das Aufstellen zusätzlicher Müllsammelstellen positiv ausgewirkt. Bei Bedarf werden wir unterstützen, dass am Brüsseler Platz oder an anderen Plätzen weitere Mediationsverfahren durchgeführt werden. Eine weitere Umsetzung des Toilettenkonzepts halten wir erforderlich und wollen die notwendigen Investitionsmittel dafür bereitstellen

Beim Datenschutz legen wir Wert darauf, die bestehenden Bundesgesetze stringent im Sinne des Datenschutzes der BürgerInnen und deren Recht auf Selbstbestimmung, wem persönliche Daten zur Verfügung gestellt werden, ausulegen.

Öffentliche Beschaffung und Vergabe

Am 1. Mai 2012 trat auf Initiative der rot-grünen Landesregierung das „Tariftreue- und Vergabegesetz NRW“ (TVgG-NRW) in Kraft. Dieses verankert Aspekte der Nachhaltigkeit

in der öffentlichen Auftragsvergabe in NRW. Dazu gehören Vorgaben zur verbindlichen Beachtung von Aspekten des Umweltschutzes, der Energieeffizienz, von sozialen Belangen, vergabespezifischen Mindestlöhnen oder der Frauenförderung. Wir wollen, dass die Möglichkeiten, welche dieses Gesetz dem Beschaffungswesen der Stadt Köln und der angeschlossenen städtischen Betriebe bietet, verbindlich in Köln ausgeschöpft und verankert und daraufhin die Beschaffungsvorgänge entsprechend angepasst werden.

Köln ist die viertgrößte Stadt Deutschlands und damit natürlich auch ein großer und wichtiger Einkäufer. Durch das große Beschaffungsvolumen der Stadt selbst und durch die ihr angeschlossenen städtischen Betriebe kann Köln durch die Anwendung ökologischer und sozialer Beschaffungskriterien maßgebliche Anreize setzen und zur Nachhaltigkeit in der Region beitragen. Öffentlichen Auftraggebern wie der Stadt Köln ist es möglich, Umwelt- und soziale Kriterien entsprechend der ILO-Konvention in ihren Vergabeverfahren stärker umzusetzen: Fair-Trade-Prinzipien und ökologische und soziale Mindeststandards gelten nicht nur für Kaffee und Tee, sondern auch für weitere Lebensmittel, Kleidung, Blumen, Green-IT, Baustoffe und Dienstleistungen. Auf grüne Initiative hin verabschiedete der Rat 2008 deshalb einen Antrag zur „Fairen und ökologischen Vergabe“. Seit dieser Zeit werden beim zentralen Einkauf von Sportartikeln und -geräten, Spielwaren und Berufskleidung die Kriterien der fairen Herstellung berücksichtigt.

Für Träger der Kirchen und anderer anerkannter Religionsgemeinschaften gelten die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und im Betriebsverfassungsgesetz gewährten ArbeitnehmerInnenrechte leider nicht. Wir wollen daher, dass die Stadt mit den von ihr finanzierten kirchlichen Einrichtungen Gespräche mit dem Ziel führt, dass diese auf die derzeit noch bestehenden Sonderrechte im Umgang mit den bei ihnen Beschäftigten verzichten. Bei künftigen Verträgen sollen mit allen Einrichtungen/externen Trägern Vereinbarungen mit dem Ziel getroffen werden, dass den dort Beschäftigten die vollen ArbeitnehmerInnenrechte gewährt werden.

Vergabe öffentlicher Plätze

Das Konzept zur Vergabe der zentralen Innenstadtplätze soll in seiner jetzigen Form weiter fortgeführt werden. Es hat zu Qualitätsverbesserungen geführt, da die Anzahl, Art und Dauer der Veranstaltungen begrenzt wurden. Wir wollen keine weiteren Veranstaltungen im Jahr auf diesen Plätzen und lehnen deshalb die Ausdehnung der Kontingente ab. Die Zahl der Werbe- und Verkaufsveranstaltungen wollen wir weiter reduzieren.

Durch die die Ausschreibung der zentralen Weihnachtsmärkte, konnten wir eine spürbare Qualitätsverbesserung erreichen. Die transparente Ausschreibungs- und Vergabepaxis bei den Weihnachtsmärkten soll auf andere Veranstaltungen ausgedehnt werden, um auch dort Qualitätskriterien zum festen Bestandteil der Ausschreibung zu machen und einen fairen Wettbewerb um die besten Konzepte weiter zu fördern. Der Fuß- und Radverkehr darf durch die Veranstaltungen nicht behindert werden.

Erfolge grüner Verwaltungspolitik

- Die Fortführung von Moderationsprozessen bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum (z. B. Brüsseler Platz).
- Die erfolgreiche Fortführung der transparenten Vergabeprozesse für öffentliche Plätze.

- Auf Grüne Initiative hin verabschiedete der Rat 2008 einen Antrag zur „Fairen und ökologischen Vergabe“.
- Vom Gesundheitsamt wird für den Kinder- und Jugendbereich eine Positivliste zum Thema „Weichmacher“ für Neuanschaffungen geführt – ein System, welches in ganz Deutschland als vorbildlich gilt.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen eine vielfältige Stadtverwaltung: Aus diesem Grund soll der Anteil an Frauen in Führungspositionen weiter erhöht werden, es sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden und die Anzahl an inklusionsgerechten Arbeitsplätzen soll erhöht werden.
- Der Aufbau eines wirkungsorientierten Finanz-, aber auch Projekt- und Vertragscontrollings in der Stadtverwaltung ist aus unserer Sicht unverzichtbar, und wir werden uns dafür einsetzen.
- Die Bezirksvertretungen wollen wir in ihren Kompetenzen deutlich stärken, indem sie mehr als bisher über bezirkliche Angelegenheiten selbstständig entscheiden können und indem sie weitaus mehr Haushaltsmittel zur eigenen Verfügung bekommen.
- Die Stadt Köln soll einen einheitlichen Lieferantenkodex, welcher Nachhaltigkeitskriterien beinhaltet, entwickeln.
- Mindestens ein relevantes Umweltkriterium, zum Beispiel CO₂-Fußabdruck, CO₂-Ausstoß, Wasserverbrauch, Energie- oder Benzinverbrauch oder der Verbrauch an nicht nachwachsenden Rohstoffen, soll zukünftig in die Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien der Stadt Köln aufgenommen werden.
- Einführung nachhaltiger Beschaffungskriterien in alle städtischen Betriebe bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung.
- Die Stadt Köln soll als „Fair-Trade-Stadt“ die Beschaffung von fair gehandelten Produkten – mit einschlägigen Siegeln – konsequent in allen städtischen Einrichtungen umsetzen. Wir setzen uns außerdem für die Entwicklung und verbindliche Einführung eines Monitoring- und Controllingsystems für nachhaltige und faire Beschaffungen bei der Stadt Köln ein.

9. Beteiligung, Mitbestimmung und Engagement der BürgerInnen

Köln als eine lebenswerte, offene, vielfältige, verbindende und nachhaltige Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln, daran sollen alle Menschen mitwirken können, die hier leben und arbeiten. Hierzu erwarten wir noch mehr Transparenz und BürgerInnenzugewandtheit von der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen. Wir wollen das gemeinwohlorientierte bürgerschaftliche Engagement und die Selbsthilfe der KölnerInnen fördern. Das Prinzip der „guten Stadtregierung“ gilt für uns dabei als grundlegend (siehe Kasten).

Gute Stadtregierung

Eine „gute Stadtregierung“ (in der Fachdiskussion „Good Urban Governance“) – das ist das Verständnis von wirksamem, transparentem und partnerschaftsorientiertem Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft zur innovativen Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und zur Schaffung von zukunftsweisenden und nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen für alle Beteiligten. Wesentliche Merkmale

dieses Ansatzes zur Steuerung der Stadtentwicklung sind der partnerschaftliche Einbezug von Bürgerschaft und Wirtschaft in die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben mit unterschiedlichen Kooperationsformen – unter anderem Bürgerorientierung und -partizipation, bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftliches Unternehmensengagement („Corporate Citizenship“), Unternehmensnetzwerke und stadregionale Partnerschaften aus Politik, Verwaltung, Unternehmen und Bürgerschaft.

Transparenz und BürgerInnen-Beteiligung

Der Stadtrat und die Stadtverwaltung müssen Zielfindungs- und Entscheidungsprozesse transparent gestalten und für eine frühest- und bestmögliche Beteiligung der Menschen in Köln öffnen – und zwar auch derjenigen, die sich nicht von selbst melden, jedoch von den Ergebnissen betroffen sind. Damit Bürgerinitiativen nicht „zu spät“ kommen oder gar ausbleiben, ist ein aktives Zugehen auf Betroffene nötig. Dies gilt auch für die städtischen Unternehmen – soweit dies die Einschränkungen des Unternehmensrechts zulassen.

Wir Grüne begrüßen das Interesse der KölnerInnen an der Gestaltung Kölns – ja, wir ermutigen diese zur Einmischung. Denn wir sind davon überzeugt, dass sich ein gegenseitig wertschätzendes Zusammenwirken von Rat, Bezirksvertretungen, Parteien, Bürgerinitiativen und spontan Engagierten positiv auf die Qualität der politischen Entscheidungen und damit der Stadtentwicklung auswirken. So haben uns die Erfahrungen der vergangenen Jahre gelehrt, dass sich einmischende BürgerInnen neue Perspektiven eröffnen und zu effizienten Lösungen beitragen können – Lösungen, die gar nicht, wie allzu oft unterstellt wird, hohe Ausgaben öffentlicher Gelder erfordern. Im Gegenteil: Das Bürgerbegehren für die Generalsanierung der Bühnen, das den Neubau des Schauspiels ablehnte, hat dazu geführt, dass die städtischen Investitionskosten deutlich reduziert wurden.

In der Vergangenheit wurde nicht immer darauf geachtet, dass Beteiligungsmöglichkeiten zielführend genutzt werden. So bleibt der Kölner Bürgerhaushalt bislang unter seinen Gestaltungsmöglichkeiten. Statt nur zu Vorschlägen für einzelne Projekte oder auch Einsparmöglichkeiten in jeweils ausgewählten Handlungsfeldern aufzurufen, sollte der Bürgerhaushalt dazu genutzt werden, mit der Stadtgesellschaft über strategische Ziele und Prioritäten des Gesamthaushalts zu beraten.

Für die Zukunft streben wir an, dass Rat und Verwaltung schon im frühestmöglichen Vorhabenstadium den aktiven und umfassenden Einbezug der Stadtgesellschaft bei der weiteren Planung, Zielentscheidung sowie bei der Umsetzung prüfen und entsprechend handeln. Zu diesem Zweck wollen wir den Ratsausschuss „Anregungen und Beschwerden“ zu einem Ausschuss „BürgerInnenstadt“ aufwerten. Mit seiner Zusammensetzung und seiner Ausstattung soll er in der Lage sein, frühzeitig den Dialog mit der Stadtgesellschaft anzustoßen und zu koordinieren. Unser Ziel ist es, dass die Stadt die formulierten Anliegen und Impulse im Interesse einer aktiven Stadtgesellschaft gemeinsam mit den Initiatoren prüft und bewertet.

Selbstverwaltete und nicht-kommerzielle Räume

Eine Stadt wie Köln, die weltoffene Metropole sein möchte, muss auch Freiräume für politische und kulturelle Entfaltung unterstützen, bürgerschaftliches Engagement fördern und behilflich sein, dafür einen geeigneten Ort zu finden. Wir Grüne positionieren uns klar zu einer vielfältigen und weltoffenen Stadtgesellschaft, zu der auch selbstverwaltete und

nicht kommerzielle Räume wie das „Autonome Zentrum“ (AZ) gehören.

Gemeinwohl stärken

Mit sozialen und kulturellen Nachbarschaftsangeboten, mit vielfältigen Sport- und Bildungsaktivitäten sowie mit gemeinnützigen Projekten und Organisationen tragen engagierte Menschen zum Zusammenhalt und zur Zukunftsfähigkeit Kölns bei. Sie leisten damit einen Beitrag zum Gemeinwohl. Viele engagieren sich schon in diesem Sinne – wir wünschen uns aber einen noch höheren ehrenamtlichen Einsatz der BürgerInnen und wollen dies fördern. Schon in jungen Jahren sollten daher alle die Gelegenheit erhalten, ein solches Engagement zu erlernen.

Selbsthilfe fördern

Neben dem Engagement für andere ist uns Grünen auch die Selbst- bzw. die gegenseitige Hilfe wichtig: Selbsthilfe in Mehrgenerationenwohnprojekten und in sozialen und Gesundheitsgruppen, bei denen etwa chronisch Kranke oder Süchtige sich selbst und anderen Betroffenen helfen. Dies wird in Köln – nicht zuletzt dank grüner Politik – bereits hoch geschätzt und kontinuierlich gefördert. Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfeprojekte sind für uns aber immer ergänzend zur staatlichen Verantwortung in der Sozialpolitik und dürfen nicht genutzt werden, um die Sozialstaatsverpflichtung auszuhebeln.

Erfolge grüner Politik

- Mit grüner Unterstützung wurden erstmals Bürgerbegehren in Köln vom Stadtrat nicht abgewürgt, sondern übernommen (Schauspielhaus) bzw. ein Bürgerentscheid beschlossen (Godorfer Hafem).
- Unter Rot-Grün wurde umgesetzt, dass die Ratssitzungen live im Internet übertragen werden und ein OpenData-Portal den uneingeschränkten und freien Zugang zu relevanten Verwaltungsinformationen bietet.
- Wir haben einen neuen Standort für das Autonome Zentrum (AZ) gefunden und den Konflikt zwischen der Stadtverwaltung und den VertreterInnen des AZ für beide Seiten entschärft.
- Die städtische Förderung der in der Kölner Arbeitsgemeinschaft Bürgerengagement (KABE) zusammengeschlossenen Vermittlungsorganisationen konnten von der allgemeinen Kürzung weitgehend verschont werden.
- Der „Freiwilligendienst aller Generationen e.V.“ wird in Köln weiterhin von der Stadt gefördert.
- Angeregt von uns Grünen hat die Stadt das Projekt „Engagementbrücken“ gefördert, mit dem zahlreiche Vereine in Köln dafür gewonnen werden konnten, sich für das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen zu öffnen.
- Die Sozialraumarbeit wurde für die Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements und der Partizipation geöffnet, da diese wichtige Bausteine für eine langfristig erfolgreiche Tätigkeit sind.
- Die Förderung der Selbsthilfe in Köln und der *Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe* (KISS) konnte leicht erhöht werden. Damit gibt es weiter eine stabile Unterstützung für die vielfältig wirksamen Selbsthilfegruppen.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen die Aufwertung des Ratsausschuss „Anregungen und Beschwerden“ zu einem Ausschuss „BürgerInnenstadt“ und Ausweitung seiner Befugnisse mit dem Ziel einer frühest- und bestmöglichen BürgerInnenbeteiligung.
- Zeitnah nach der Ratskonstituierung werden wir gemeinsam mit den KölnerInnen, der Wissenschaft, der Politik und der Verwaltung die Möglichkeiten erkunden, wie zukünftig ein strategisch ausgerichteter und in breiter repräsentativer Beteiligung erarbeiteter BürgerInnenhaushalt aussehen kann.
- Wir setzen uns dafür ein, die Existenz des Autonomen Zentrums (AZ) dauerhaft zu ermöglichen und unterstützen den Dialog von VertreterInnen des AZ mit Stadt und Verwaltung.
- Wir unterstützen die Arbeit der Vermittlungsorganisationen, die Interessierten die Möglichkeit sich zu engagieren bieten.
- Ebenso wollen wir Grüne die Bürgerzentren erhalten und fördern. Wo solche Begegnungsräume noch fehlen, wollen wir zu ihrer Entwicklung beitragen.
- Neue Initiativen der Selbsthilfe und Selbstorganisation – wie Interkulturelle Zentren, Initiativen gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Wohnens oder Gemeinschaftsgärten – wollen wir im Rahmen der städtischen Möglichkeiten fördern und die hierfür erforderlichen Infrastrukturen unterstützen.

10. Köln in Europa und der Welt

Köln ist eine Stadt im Herzen Europas. Städte sind Schrittmacher der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie müssen sich mit globalen Trends und schärfer werdendem Wettbewerb in Europa auseinandersetzen, die einerseits Handlungsräume verengen, aber auch neue Chancen eröffnen. Die europäische Integration macht es erforderlich, dass Stadtpolitik auch Europapolitik ist. Die großen Herausforderungen Klimaschutz, Migration, fairer Handel und die Stärkung der Bürger- und Menschenrechte lassen sich politisch nur grenzüberschreitend bewältigen. Durch die wachsende Globalisierung rücken wir näher zusammen. Neben vielen Annehmlichkeiten wächst aber auch die Verpflichtung, sich mit den Problemen anderer Staaten, Regionen und Bevölkerungsgruppen zu befassen.

Kommune und Europa

Europa zu gestalten, ist auch eine kommunale Aufgabe. Und umgekehrt setzt die Europäische Union (EU) den Handlungsrahmen für viele kommunale Angelegenheiten. Die Städte müssen sich in Europa einmischen. Ohne Städte gibt es keine Energiewende, keinen Klimaschutz, keine Daseinsvorsorge und Gemeinwohlökonomie und auch keinen sozialen Zusammenhalt. Es sind vor allem die Städte, in denen Europa scheitert oder gelingt. Kommunale Spielräume dürfen durch die EU nicht eingeengt, sondern müssen in deren Eigeninteresse erweitert werden. Die Stärkung der kommunalen Demokratie stärkt Europa. Dafür setzen wir Grüne uns ein.

Köln zählt zu den aktivsten Kommunen Deutschlands in der Europapolitik. Den Weg, die Europäische Union zu einem Europa der BürgerInnen auszubauen, wollen wir konsequent weiter gehen. Wir Grüne wollen das europäische und internationale Engagement der Stadt Köln stärken. Wir wollen europäische Fördermittel für wichtige städtische Projekte nach Köln holen.

Köln in globaler Partnerschaft

Die Städtepartnerschaften als Keimzelle des europäischen Gedankens wollen wir Grüne konsequent zu einem globalen Netzwerk weiter entwickeln. Gegenseitige Unterstützung und Austausch auf Ebene der BürgerInnen durch Schulen, Vereine und die Freiwilligendienste wollen wir intensivieren. Städtepartnerschaften haben auch die Aufgabe, kommunale Demokratie von unten zu fördern. Die Eine-Welt-Arbeit ist für uns Grüne gelebte internationale Solidarität.

Wir wollen einen aktiven Beitrag zum weltweiten Schutz der Bürger- und Menschenrechte leisten. Menschenrechte sind nicht voraussetzungslos. Sie wachsen da, wo Menschen zusammenleben – insbesondere in den Städten.

Grüne Erfolge in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit

- Die Gründung der Städtepartnerschaft mit Rio de Janeiro wurde erfolgreich vorangetrieben.
- Mit Rio de Janeiro und Corinto wurden Klimapartnerschaften geschlossen, um gemeinsame Handlungsprogramme zu Klimaschutz und Klimaanpassung zu entwickeln.
- Mit dem Chinajahr 2012 wurde die Städtepartnerschaft mit Peking über die wirtschaftlichen Beziehungen hinaus auf eine breitere thematische und bürgerschaftliche Grundlage gestellt.
- Die weitere Förderung für die Entwicklungszusammenarbeit wurde gesichert.
- Die Gründung eines Netzwerks kommunale Daseinsvorsorge wurde erfolgreich unterstützt.

„Lokal Handeln“ - die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen die kommunale Daseinsvorsorge sichern und die kommunale Demokratie in der Europäischen Union fördern.
- Fördermöglichkeiten durch EU-Mittel für kommunale Projekte müssen verstärkt genutzt werden.
- Den Dialog und den Austausch mit den Partnerstädten, mit deren BürgerInnen sowie mit kommunalen Demokratiebewegungen wollen wir weiter fördern.
- Wir werden uns für eine Stärkung der Menschenrechtsarbeit in den internationalen Städtebeziehungen einsetzen.
- Wir werden darauf achten, dass die Ratsbeschlüsse zur „Fairen Vergabe“ und zum „Fairen Handel“ konsequent umgesetzt werden.

11. Weltoffenes Köln

Ein Drittel der Kölner Bevölkerung hat Migrationshintergrund – das ist Spitze in ganz NRW. Wir Grüne machen uns schon seit vielen Jahrzehnten für die Rechte und Belange von EinwandererInnen stark. Wir haben stets die Chancen von Vielfalt und „Multi-Kulti“ hervorgehoben, wo andere gegen „Überfremdung“ gehetzt haben. Lange Zeit hatten wir mit dieser Position nur wenige Verbündete, doch inzwischen ist gesellschaftlicher Konsens: Deutschland ist ein Einwanderungsland, Köln eine Einwanderungsstadt.

Große Teile der Stadtgesellschaft ziehen inzwischen an einem Strang, wenn es um das Thema Integration geht. Noch immer aber hakt es vielfach auf kommunaler und institutioneller Ebene, sei es bei der interkulturellen Gerechtigkeit, in Sachen Chancengleichheit oder gesellschaftlicher Teilhabe. Die Hauptursachen dafür sind Gesetze wie das Ausländerrecht, das Flüchtlingsrecht sowie faktische Diskriminierungen zum Beispiel im Schulsystem wie bei der Zuweisung in Förderschulen und in anderen Systemen etwa im Arbeitsmarkt. Es mangelt aber vielfach auch an interkultureller Kompetenz und interkultureller Öffnung, etwa in der Verwaltung.

Moschee(-bau) in Ehrenfeld

Wir Grüne haben den Bau einer repräsentativen Moschee in Ehrenfeld unterstützt. Wir haben wesentlich dazu beigetragen, dass eine deutliche Mehrheit der Stadtbevölkerung sich abgegrenzt hat gegen die antimuslimische und rassistische Hetze von Rechtsextremen im Kontext des Baus. Die inzwischen fast fertiggestellte Moschee wird als Signal der Gleichstellung von Religionen und als Signal von lebendiger Vielfalt in Köln breit begrüßt. Wir Grüne treten für die langfristige Beibehaltung eines Beirates aus der Mitte der Stadtgesellschaft ein.

Die Grünen haben dazu beigetragen, dass Einwanderer und Flüchtlinge in dieser Stadt willkommen sind. Rechte Hetze gegen diese Migration wurde in einzelnen Stadtteilen, in denen Flüchtlingsheime existieren, zurückgewiesen. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass in Köln vor allem der Umgang mit Flüchtlingen an humanen Standards orientiert ist. Es gibt einen Grundsatzratsbeschluss zur Flüchtlingsfrage, der auch Gelder für die nächsten Jahre vorsieht. Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen kümmert sich erfolgreich um die Durchsetzung der beschlossenen „Leitlinien“, Flüchtlinge möglichst schnell in Wohnungen unterzubringen. Der Aufenthalt in den Heimen wurde verkürzt und neue Heime mit abgeschlossenen Wohneinheiten wurden geplant und gebaut. Im Bereich des Aufenthaltsrechtes hat es zahlreiche Umwandlungen von bisher erschreckend langen Duldungen in verfestigte Aufenthaltstitel gegeben, unter anderem durch die Arbeit der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“. Davon haben auch zahlreiche Roma-Familien profitiert.

Einen Schwerpunkt werden wir Grüne auf die Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzepts für den Zuzug aus Südosteuropa legen. Menschen aus Bulgarien und Rumänien haben ab 1.1.2014 nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU das gleiche Recht auf Einreise und Aufenthalt wie alle anderen Unionsbürger.

Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen halten wir an unserer Politik des Flüchtlingsschutzes und der Wahrung der Menschenrechte fest. Seit 20 Jahren haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass „Abschottung“ in Köln keine Mehrheit mehr findet. Wir setzen die bewährte Linie fort, verbesserte Bleibe- und Aufenthaltsrechte eng zu verknüpfen mit humanen Unterbringungsstandards. Dazu müssen auch neue Wohnanlagen gebaut werden – hierbei müssen die großen Wohnungsbaugesellschaften einbezogen werden.

Erfolge grüner Integrations- und Migrationspolitik

- Wir Grüne haben uns für die flächendeckende kommunale Finanzierung der anerkannten interkulturellen Zentren in Köln erfolgreich eingesetzt. In diesen Zentren

- wird Integrationspolitik mit praktischen Angeboten für die ganze Familie umgesetzt.
- Wir haben die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorangetrieben. Der Anteil städtischer Auszubildender mit Migrationshintergrund ist durch die stärkere Berücksichtigung interkultureller Aspekte auf inzwischen etwa 35 Prozent gestiegen.
 - Beim Umgang mit Flüchtlingen ist Kölner Leitlinie, möglichst schnell die Unterbringung in Wohnungen sicherzustellen. Auf unseren Druck hin konnten Aufenthalte in Heimen verkürzt und neue Heime mit separaten Wohneinheiten gebaut werden. Bei massiv ansteigenden Flüchtlingszahlen ist dies allerdings immer wieder gefährdet.
 - Durch die Umwandlung von unsicheren Duldungen in verfestigte Aufenthaltstitel konnten wir die Aufenthaltsrechte für viele Familien stärken.
 - Wir Grüne haben erreicht, dass die Beratungsstellen für „Menschen ohne Papiere“ auch aus kommunalen Mitteln unterstützt werden. Damit konnten wir eine der langjährigen Kernforderungen in diesem Bereich umsetzen. Mit großem Engagement arbeiten einzelne Ärzte und Krankenhäuser im Bereich der gesundheitlichen Versorgung der Menschen ohne Krankenversicherungsschutz.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir werden dafür sorgen, dass die erkämpfte humane Kölner Flüchtlingspolitik auch bei steigenden Zahlen nicht durch Ausnahmeregelungen unterhöhlt wird. Die Planung und Realisierung weiterer dezentral gelegener Wohnungen für Flüchtlinge muss energisch fortgesetzt werden, die Betreuung muss intensiviert werden. Dabei können wir auch das deutliche ehrenamtliche Engagement von Teilen der Kölner Bevölkerung einbeziehen.
- Die wichtige Arbeit der Ausländerrechtlichen Beratungskommission muss dringend fortgesetzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kölner Ausländerbehörden verstärkt für die Einbürgerung werben. Unseren Kurs der verbesserten und sichereren Aufenthaltsrechte wollen wir fortsetzen. Dabei sind insbesondere Kinder, Schwerkranke und Alleinerziehende zu berücksichtigen.
- Die Rechte des kommunalen Integrationsrats wollen wir ausweiten. Statt nur auf Stellungnahmen beschränkt zu sein, sollte der Integrationsrat auch eigene Entscheidungsrechte haben.
- Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-BürgerInnen kommunales Wahlrecht erhalten. Hierfür ist eine Gesetzesänderung auf Bundesebene notwendig.
- Die interkulturellen Zentren müssen auch in Zukunft von kommunaler Seite mit finanziellen Mitteln unterstützt werden.
- Wir Grüne legen weiterhin einen Schwerpunkt auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Insbesondere auf höheren Ebenen gibt es erheblichen Nachholbedarf. Daneben braucht es bessere Weiterbildungsangebote für die Verwaltung.
- Wir treten dafür ein, dass SchülerInnen aller Konfessionen in Primar- und Sekundarstufe gemäß den Vorgaben des Landes jeweils ihren gewünschten Religionsunterricht bekommen können.
- Wir Grüne wollen es zur Regel machen, dass nach einigen Jahren Aufenthalt automatisch ein Aufenthaltsrecht gewährt wird. Damit lösen wir heute beliebig festgesetzte Stichtagsregelungen ab. Die Ausländerbehörde muss ihre Ermessensspielräume entsprechend ausnutzen.
- Die wichtige Arbeit der unabhängigen Flüchtlingsberatungsstelle, des interkulturellen

Flüchtlingszentrums und ähnlicher Hilfseinrichtungen wollen wir auch in Zukunft sicherstellen und ausbauen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Standards bei der Behandlung und Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge verbessert werden und die städtische Unterstützung für „Menschen ohne Papiere“ erhalten bleibt.
- Die von uns mitinitiierte „Infostelle gegen Rechts“ wollen wir ebenso wie das NS-Dokumentationszentrum stärker unterstützen. Beide leisten wertvolle Arbeit, um rechtsextremem und rassistischem Gedankengut aktiv entgegen zu wirken.

12. Eindeutig gegen Rechts

Köln ist geprägt durch unterschiedliche Kulturen, Lebensformen und Szenen, ist lebendig und bunt. Im Sinne der Charta der Vielfalt setzen wir Grüne uns dafür ein, dass alle Menschen politische und soziale Gleichstellung erlangen – in Achtung vor den Menschen und ihren Bedürfnissen, in Achtung ihres Geschlechtes, ihres unterschiedlichen Lebensalters, ihrer Kulturen, religiösen Ausrichtung und sexuellen Orientierung.

Entsprechend lehnen wir alle politischen Kräfte, Äußerungen und Aktionen ab, die diesen im Grundgesetz verankerten Werten entgegenstehen, die versuchen, Ängste und Vorurteile zu schüren und zu Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Polarisierung aufrufen. Wir treten entschieden allen Kräften entgegen, die Themen wie Zuwanderung, Flucht und Asyl für ihre rechten politischen Zwecke missbrauchen und „Bürgerproteste“ gegen Flüchtlinge inszenieren. Wo immer rechte Kräfte ihre Menschen verachtenden Aktionen planen und durchführen, stehen wir – zusammen mit vielen BündnispartnerInnen – diesen entgegen. Wir sind fester Bestandteil der Bündnisse gegen Rechts in Köln!

Mahnmal für die Keupstraße

Die NSU-Anschläge in Köln – im Jahr 2001 in der Probsteigasse und 2004 in der Mülheimer Keupstraße – mit insgesamt 23 Verletzten und die jahrelangen fehlgesteuerten Ermittlungen machen deutlich, dass die Gefahr terroristischer Gewalttaten von Rechts öffentlich zu wenig wahrgenommen worden ist. Hier gilt es zum einen die Opfer zu unterstützen, zum anderen wachsam zu sein, zu informieren und aufzuklären. Dies beinhaltet ein angemessenes Mahnen und Gedenken, das die Vergangenheit reflektiert und auf die Zukunft gerichtet ist. Wir setzen uns für ein Mahnmal für die Opfer des Anschlags in der Keupstraße ein.

Rechten Parteien und Gruppierungen muss durch Aufklärung der Boden entzogen werden. Es gilt, rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern entschieden – vor allem auch präventiv – entgegenzutreten, wie dies zum Beispiel durch das NS-Dokumentationszentrum (NS-DOK) und die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs), geschieht. Die Auseinandersetzung mit aktuellen rechtsextremen Ideologien und Erscheinungsformen soll das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt, friedliches Miteinander und Gewaltfreiheit fördern. Die Stadt Köln hat sich dazu bekannt, auch indem sie der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten ist.

Da sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung bzw. sozialstruktureller

Desintegration und menschenfeindlichem Denken herstellen lässt, setzen wir Grüne uns für tragfähige Lösungen sowie Konzepte gegen „gespaltene Städte“ ein.

Unsere wichtigsten Grundsätze

- Wir wollen eine Stadt, in der unterschiedliche Menschen gemeinsam ihre Lebenswelten gestalten können.
- Die Förderung und Stärkung der IBS und des NS-DOK werden wir fortsetzen.
- Wir wollen ein angemessenes Mahnen und Gedenken sowie Unterstützung für die Opfer rechter Gewalt.
- Wir setzen uns für die Stärkung von Angeboten für Ausstiegswillige aus der rechten Szene ein.
- Wir treten ein für eine Unterstützung des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.
- Wir wollen den Dialog der Kulturen und Religionen fördern und uns für ein friedliches Miteinander in einer Stadt der Vielfalt einsetzen.

13. Frauenrechte in Köln

Auch nach 100 Jahren „Internationaler Frauentag“ müssen wir feststellen, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern bei Weitem noch nicht erreicht ist. Ungleiche Löhne, weniger Repräsentanz in Führungspositionen und Altersarmut bei Frauen machen beispielhaft deutlich, dass Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe in allen politischen Handlungsfeldern bleiben muss. Es wird vor allem die Aufgabe grüner Politik sein, dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichberechtigt leben können. Grüne Gleichstellungspolitik in Köln hat viel erkämpft, damit Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt wird. Durch die vielen engagierten Initiativen und Gruppen der Frauenbewegung und durch unser grünes Engagement haben wir zwar bereits große Schritte nach vorn getan, aber noch immer bleibt viel zu tun. So arbeiten zum Beispiel in der Kölner Verwaltung zwar 63 Prozent Frauen – doch je höher die Hierarchiestufe, desto geringer wird der Frauenanteil. Im höheren und gehobenen Dienst sind es gerade 30 Prozent, auf Ebene von Vorständen und Geschäftsführungen 14 Prozent. Wir Grüne streiten deshalb auch weiterhin für die Verwirklichung der Rechte von Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Ziel unserer Frauenpolitik ist die paritätische Aufteilung von Macht und Verantwortung zwischen den Geschlechtern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Frauenpolitik beginnt dabei mit starker Mädchenpolitik. Rollenklischees und Diskriminierungen wollen wir bereits im jüngsten Alter aufbrechen. Es ist positiv, dass Mädchen und junge Frauen immer stärker männerdominierte Räume erobern und so Vorbilder für mehr Gleichberechtigung sind. Die paritätische Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ist unser Ziel. Aktive Mädchenarbeit ist deshalb ein fester und unverzichtbarer Bestandteil grüner Jugendarbeit.

Wir Grüne wissen, wovon wir reden: Wir besetzen unsere Vorstände und KandidatInnenlisten quotiert mit mindestens 50 Prozent Frauen, wir setzen uns über bestehende Rollenklischees hinweg und wir nutzen in unseren Texten und Reden eine geschlechtergerechte Sprache. Bei uns wird die Quote gelebt. Dementsprechend sind wir auch die Partei mit dem höchsten Frauenanteil in Köln.

Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und die weitere Unterstützung der Hilfeangebote bei häuslicher Gewalt wie auch der Kampf gegen Gewalt im öffentlichen Raum sind

für uns eine Selbstverständlichkeit, sie sind uns weiterhin wichtige Anliegen, ebenso die aktive Vermeidung von Angsträumen bei der städtebaulichen Planung.

Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen hat leider in den letzten Jahren nicht an Aktualität verloren und gehört für Frauen und Mädchen immer noch zum alltäglichen Leben. Neben der finanziellen Absicherung von Schutzeinrichtungen und Anti-Gewalt-Projekten brauchen wir Aufklärung, Prävention und Informationen bereits in den Schulen und in Projekten der Jugendarbeit.

Und wir müssen Migrantinnen den Schutz vor Verfolgung und Zwangsehen gewährleisten, der ihnen zusteht.

Mädchen, denen genitale Verstümmelung durch rituelle Beschneidungen hier oder bei Reisen in ihre Heimatländer droht, müssen in der Stadt AnsprechpartnerInnen haben. Wir brauchen auf kommunaler Ebene Aufklärung von ÄrztInnen und Behörden sowie Schutzmaßnahmen und schnelle Hilfe für bedrohte Mädchen.

Erfolge grüner Gleichstellungspolitik

- Wir Grüne konnten die finanzielle Ausstattung der beiden autonomen Frauenhäuser trotz der allgemeinen Haushaltskürzungen verbessern. Zahlreiche andere Frauen- und Mädchenprojekte konnten wir vor finanziellen Einschnitten schützen.
- Durch unser Engagement für strengere Bedingungen im Stadtwerbevertrag kann die Kommune jetzt deutlich effektiver und zeitnah gegen sexistische und diskriminierende Werbung einschreiten.
- Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass nach Ausweitung des Sperrbezirks im Eigelsteinviertel sowie in der nördlichen Altstadt ein geeigneter Alternativstandort für die Prostituierten gefunden wurde: In der Geestemünder Str. wurde nach dem Vorbild von Utrecht ein gut gesicherter und intensiv von SozialarbeiterInnen betreuter „Platz zum Anschaffen“ gefunden. Durch diese Art der Betreuung sank zum Beispiel die Gewalt- und Misshandlungsquote deutlich.
- Grundlage zur Ermittlung des Bedarfs an psychosozialer Unterstützung und gesundheitlicher Betreuung der Prostituierten im Kölner Süden ist eine wissenschaftliche Erhebung, die wir Grüne initiiert haben.
- Unter aktiver grüner Mitarbeit konnte die Stadt mit der Umsetzung der Europäischen Charta für Gleichstellung auf kommunaler Ebene beginnen. Ziel ist insbesondere die gleichrangige Mitwirkung von Frauen und Männern an lokalen Entscheidungen.
- Fünf der sieben Kölner Dezernate werden von Frauen geleitet. Daran haben wir Grüne mit unseren beiden Dezernentinnen in der Kämmerei und für Soziales, Integration und Umwelt ganz entscheidenden Anteil.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen die Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe fördern. Dazu werden wir einen ehrenamtlichen Fachbeirat für Mädchenarbeit initiieren.
- Gendermainstreaming werden wir nachhaltig in der Stadtverwaltung verankern.
- Die Grünen wollen die Situation von Prostituierten weiter verbessern. Für diejenigen Frauen, die vom Sperrbezirk im Kölner Süden betroffen sind, wird nach geeigneten

Alternativstandorten gesucht. Damit vermeiden wir eine Ausgrenzung und weitere Gefährdung für die Frauen

- Maßnahmen, die die flächendeckende institutionelle Förderung von Frauenhäusern infrage stellen würden, sind für uns Grüne nicht verhandelbar. Frauenprojekte, wie etwa die beiden autonomen Frauenhäuser und das Netzwerk gegen häusliche Gewalt, sind starke PartnerInnen für die Arbeit der Stadt und müssen gefördert werden.
- Die Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene treiben wir weiter voran. Dazu braucht es einen Gleichstellungsaktionsplan für Köln, der auch die Stadtgesellschaft mit einbezieht.
- Wir setzen uns für eine paritätische Quotierung der Aufsichtsräte aller städtischen Gesellschaften ein. Auch die Geschäftsführungen und Vorstände wollen wir geschlechtergerecht besetzen.
- Wir Grüne drängen auf die zügige Umsetzung des kommunalen Frauenförderplans. Auch die städtischen Gesellschaften müssen Frauenförderpläne erarbeiten. Bei Führungspositionen in der Stadtverwaltung achten wir auf paritätische Besetzungen.
- Der Erhalt des Kompetenzzentrums „Frau und Beruf in der Region Köln“ hat für uns hohe Priorität. Die Arbeit des erst Ende 2012 gegründeten Zentrums muss auch in Zukunft gesichert sein.
- Im Rahmen des sogenannten wirkungsorientierten Haushalts, bei dem der Ressourceneinsatz bzw. Budgetzuteilung mit der Erreichung bestimmter Leistungskennzahlen verknüpft wird, legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf eine geschlechtergerechte Haushaltsführung („Gender Budgeting“). Unser Ziel ist, dass alle Einnahmen und Ausgaben gleichstellungsorientiert strukturiert und eingesetzt werden.

14. Wir wollen es gleichgerecht – für LSBTTI

In der ganzen Welt genießt Köln einen Ruf als weltoffene und tolerante Stadt. Auch wir KölnerInnen sind stolz auf diese Grundhaltung. Dennoch widerfährt Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen (kurz LSBTTI) auch in Köln immer noch verdeckte und offene Diskriminierung und Herabwürdigung – sei es im Beruf, in der Schule, in der Familie oder im gesellschaftlichen Leben. Wir Grüne setzen uns seit jeher konsequent für den Abbau jeglicher rechtlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung lesbischer, schwuler, bi-, trans- oder intersexueller Menschen in Köln ein.

Homophobie ist leider noch immer kein Phänomen von gestern. Es ist ein tief sitzendes Ressentiment und aggressives Vorurteil wie Antisemitismus, Antiziganismus oder sozial-rassistische Abwertung. Für uns Grüne ist klar: Wir wollen Köln zur Hauptstadt in Sachen Gleichstellung und Akzeptanz für unterschiedliche Lebensstile innerhalb und außerhalb der gesellschaftlichen Mitte machen.

Erfolge grüner Politik für LSBTTI

- Gegen viele Widerstände in Politik und Verwaltung haben wir die Schaffung des Referats für Lesben, Schwule, Transgender der Stadt Köln durchgesetzt. Die politische Arbeit in diesem Bereich wird nun endlich aus einer Hand gesteuert und koordiniert.

- Der Bereich der Lesbenarbeit wird aufgrund unseres Einsatzes mit einer eigenen Mitarbeiterin im Referat betreut.
- Gemeinsam mit unseren Partnerstädten Turin und Barcelona sowie weiteren Organisationen engagiert sich die Stadt Köln mit unserer Unterstützung bei der Erstellung von Best-Practice-Beispielen für kommunale Arbeit gegen Homophobie.
- Wir haben die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender dank einer aktualisierten an die Bedürfnisse der „Szene“ angepassten Geschäftsordnung neuorganisiert und dadurch, dass mehr Organisationen beteiligt sind, vergrößert. Damit konnten wir die inhaltliche Beratung für Verwaltung, Bezirksvertretungen, Rat und Ausschüsse ausbauen.
- Trotz teils massiver Kürzungsvorschläge der Verwaltung konnten wir die Förderstruktur im Bereich LSBTTI erhalten und schwerwiegende Streichungen verhindern.
- Mit der erfolgreichen Durchführung der Gay Games 2010 und der Unterstützung durch die Stadtverwaltung hat Köln ein sichtbares Zeichen für mehr Vielfalt und seine lebendige LSBTTI-Community gesetzt.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen den Aktionsplan gegen Homophobie des Landes NRW mit einem eigenen kommunalen Plan ergänzen. Neben der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung geht es uns dabei vor allem um den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung und um die Gewährleistung qualifizierter psychosozialer Beratungs- und Selbsthilfestrukturen.
- Die Mittel für die Arbeit des Jugendzentrums anyway und der Youth-Work-Stellen wollen wir ebenso wie die Aufklärungsarbeit an Schulen sichern und ausbauen.
- Wir wollen Köln in Zukunft noch stärker als Stadt der Vielfalt und als Hauptstadt der Toleranz prägen. Ein Gay-City-Management soll den Tourismus in dieser Sparte fördern.
- Mit unseren internationalen Partnerstädten, in denen lesbisch-schwules Leben gar nicht oder nur zurückhaltend gefördert wird, wollen wir über Politik und Verwaltung in einen Dialog kommen. Die dortigen Selbsthilfegruppen wollen wir in ihrer Arbeit unterstützen.
- Wir Grüne wollen die lesbisch-schwulen Beratungszentren weiter stärken. Die dort bereits heute vielfach stattfindende Familienberatung wollen wir durch die Schaffung einer Familienberatungsstelle zum Beispiel für Regenbogenfamilien oder lesbische und schwule Paare mit Kindern unterstützen.
- Die vorbildliche interkulturelle Arbeit in den lesbischen und schwulen MigrantInnengruppen wollen wir weiter fördern. Sie stellt einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Präventions- und Integrationsarbeit dar, den wir nicht aufgeben dürfen.
- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der immer noch vorhandenen Diskriminierung von Lesben und Schwulen im Alter wollen wir auch die lesbisch-schwule Altenarbeit erhalten und die Förderung in Zukunft ausbauen.
- Wir werden die Erstellung und Umsetzung eines Diversity-Konzeptes für Köln vorantreiben, das zum Ziel hat, die sozio-kulturelle Vielfalt zum Beispiel aus MigrantInnen, LSBTTI und Menschen mit Behinderung konstruktiv zu nutzen. Dies betrifft alle Ebenen der Stadtverwaltung, die städtischen Beteiligungen ebenso wie das zivile und wirtschaftliche Leben unserer Stadt.
- Die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender wollen wir sowohl personell als

auch mit Sachmitteln weiter stärken, damit sie ihrer Rolle als Ansprechpartnerin für die Verwaltung und für die BürgerInnen noch besser gerecht wird.

III. STADT DER VERANTWORTUNG UND SOLIDARITÄT

15. Gute Arbeit in Köln

Gerade im europäischen Vergleich erleben wir in Deutschland und auch in Köln eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote sinkt und die Anzahl der Beschäftigten steigt. Allerdings steigt gleichzeitig der Anteil von Zeitarbeit, geringfügiger und befristeter Beschäftigung gegenüber dem Anteil von Normal-Arbeitsverträgen. Auch die Lohnspreizung verschärft sich. Zusätzlich verfestigt sich der Kreis der Langzeitarbeitslosen.

Etwa die Hälfte der 40 000 gemeldeten Langzeitarbeitslosen in Köln hat aufgrund sogenannter Mehrfachhindernisse kaum eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Für diese Gruppe wollen wir mit der Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts die Möglichkeit eröffnen, langfristig gefördert in der Wirtschaft und vor allem in gesellschaftlich notwendigen Bereichen zu arbeiten. Darüber hinaus setzen wir uns bei Bund und Land für die Einführung vorübergehender, flexibler Lohnkostenzuschüsse im ersten Arbeitsmarkt ein.

Durch die Neufassung des Sozialgesetzbuchs und die Grundgesetzänderung, die erstmalig eine gemeinsame Organisation von Bundes- und Kommunalbehörden ermöglicht, hat die kommunale Politik erheblich an Einfluss auf die Politik des Jobcenters verloren. Immer stärker setzt sich eine Arbeitsteilung durch, in der die Agentur für Arbeit Maßnahmen und Beschäftigungspolitik alleine bestimmt, während die Kommune lediglich für Unterkunftskosten Verantwortung und Steuerungsrechte hat. Der Ausschluss der Kommunen aus der Beschäftigungspolitik des Jobcenters macht eine eigenständige flankierende kommunale Beschäftigungspolitik schwieriger, aber nicht weniger notwendig.

Erfolge grüner Beschäftigungspolitik

- Trotz der gesetzlich vorgegebenen Verdrängung der Kommunen aus der Gestaltung des Job-Center-Programms zur Heranführung an und Vermittlung in den Arbeitsmarkt haben wir in Köln den kommunalen Einfluss gestärkt: Ineffektive Maßnahmen wie massenhafte „Ein-Euro-Jobs“ konnten zugunsten besserer Maßnahmen wie Eingliederungshilfen und Qualifizierung zurückgedrängt werden.
- Wir haben uns von städtischer Seite aus erfolgreich dafür stark gemacht, das Jobcenter mit ausreichend Personal auszustatten. Die Qualifizierung der einzelnen MitarbeiterInnen ist flächendeckend vorangetrieben worden. Dadurch verbessert sich spürbar die Beratungsleistung des Jobcenters.
- Seit vielen Jahren unterstützt das Kölner Job-Börsen-Programm zielgerichtet die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Trotz überregionaler Ausschreibung konnten wir erreichen, dass auch weiterhin Kölner freie Träger mit dem Betrieb der stadtteil- und zielgruppenspezifischen Börsen beauftragt wurden.
- Trotz des großen Konkurrenzdrucks haben wir es geschafft, die innovativen und eng an der Lebenslage der arbeitslosen Menschen orientierten Beschäftigungs-

- träger wie „Zug um Zug“ oder „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ zu erhalten.
- Bei der Kostenübernahme der Unterkunftskosten haben wir mit dafür gesorgt, dass die Kölner Linie bestehen blieb, fast keine Zwangsumzüge anzuordnen und die Mietobergrenze für bestehende Wohnungen flexibel zu handhaben. Dies ist notwendig vor dem Hintergrund eines erheblichen Mangels an preiswerten Wohnungen in Köln.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir werden in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt legen. Bei Auftragsvergaben und der Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen ist auch die Stadt in der Verantwortung, auf die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen hinzuwirken. Hierfür sind alle Möglichkeiten des Vergaberechtes auszuschöpfen. Auch das kommunale „Bündnis für Arbeit“ soll sich verstärkt mit Maßnahmen für Langzeitarbeitslose beschäftigen.
- Wir setzen uns für den Erhalt der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) ein, deren Schwerpunkt ältere Arbeitslose sind. Die städtischen Teilprogramme „Win Win“ und „Wir im Quartier“ zur Arbeitsmarktförderung und Stadtteilverschönerung wollen wir ausweiten.
- Wir Grüne setzen uns dafür ein, den Beirat des Jobcenters als Bindeglied zur Stadtgesellschaft zu stärken. Das gilt umso mehr, als dem Jobcenter aus dem kommunalen Haushalt wichtige Mittel für Suchthilfe, Schuldnerhilfe und psychosoziale Betreuung zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel müssen in ausreichender Höhe gesichert bleiben.
- Die Prävention und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat für uns Grüne einen hohen Stellenwert. Wir wollen deshalb die Evaluation der zahlreichen bestehenden Einzelprojekte im Bereich des Übergangs von der Schule zum Beruf vorantreiben. Die Möglichkeiten zu regulären Schul- und Berufsabschlüssen in den Programmen wollen wir stärken.
- Um die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern, machen wir Grüne uns für die verstärkte Förderung von Integrationsbetrieben und die Schaffung von „ausgelagerten Arbeitsplätzen“ aus den Werkstätten für Behinderte in normalen Unternehmen stark. Auch die Stadtverwaltung und stadtnahe Gesellschaften müssen verstärkt Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

16. Köln als soziale Stadt

Auch in Köln ist die verschärfte Spaltung zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft spürbar und sichtbar. Inzwischen verfügen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland, während die ärmere Hälfte lediglich ein Prozent des Vermögens besitzt. Bezogen auf Köln schlägt sich das etwa in einem Armutsrisiko von 20 Prozent nieder – der Bundesdurchschnitt liegt bei 15 Prozent. Die Spaltung zwischen Arm und Reich spiegelt sich auch in den Stadtteilen wider. Kommunalpolitik kann diese Schere nicht schließen, aber sie kann die dramatischen Folgen der Armut zumindest abmildern.

Grüne Sozialpolitik orientiert sich am Gedanken einer „integrativen Stadtgesellschaft“. Wir gehen davon aus, dass erst durch eine Politik von Gerechtigkeit, Chancengleichheit und spezieller Zielgruppenförderung alle BürgerInnen ihre Stärken entfalten können. Sozial-

politik ist somit Gesamtgesellschaftspolitik und kein Politikansatz nur für das „untere Drittel“ der Kölner Bevölkerung oder nur für die ca. 130 000 Köln-Pass-Berechtigten.

Nicht alles aber muss und kann zentral von der Kommune organisiert werden. Wir Grüne setzen deshalb stark auf Subsidiarität und eine aktive Stadtgesellschaft statt auf eine zentralistische Stadtverwaltung. Neben der Kommune übernehmen dabei freie Träger, Initiativen von Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen ebenso wie bürgerschaftlich engagierte BürgerInnen viele wichtige und wertvolle Aufgaben. Die Stadt lebt von diesem Engagement. Natürlich hat die Stadt auch weiterhin die Verantwortung, aber wir Grüne wollen die Einflussnahme von BürgerInnen sowie von Bürgergruppen und Vereinigungen auf politische Entscheidungsprozesse stärken.

Erfolge grüner Sozialpolitik

- Wir konnten in enger Zusammenarbeit mit unserer Kämmerin die Stadt Köln vor dem Abrutschen in den Nothaushalt bewahren und die Bereiche Soziales und Jugend in weiten Teilen vor den Sparmaßnahmen schützen. Das breite Netz der Hilfs- und Beratungseinrichtungen – zum Beispiel für Arbeitslose und SeniorInnen, für Frauen in Notsituationen, Drogenabhängige, Obdachlose und Straffällige – ist stabil geblieben und konnte weiterentwickelt werden. Innovative Träger konnten wir stärken.
- Wir haben den Köln-Pass gegen diverse Angriffe verteidigt und sowohl den Berechtigtenkreis als auch das Leistungsspektrum stabil gehalten. So konnten wir dafür sorgen, dass für Arbeitslose und GeringverdienerInnen der Zugang zu den Angeboten der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), der Bäder, des Zoos und der Theater erhalten bleibt und vereinfacht wird.
- Erst auf grüne Intervention hin konnte sichergestellt werden, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket genutzt werden, um die Barrierefreiheit der Kölner Bürgerzentren und Bürgerhäuser zu verbessern.
- Mit der kommunalen Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen haben wir Grüne den Durchbruch zu einem eigenen präventiven Ansatz zur Vermeidung von Hei-munterbringung von SeniorInnen in die Wege geleitet. Durch städtische Mitfinanzierung können für geringes Geld Haushaltsdienste wie Einkaufen, Fensterputzen usw. angefordert werden.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Trotz des Zwangs zur Haushaltssanierung werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, das Sozialbudget gesondert zu behandeln und von pauschalen Kürzungsquoten auszunehmen
- Wir Grüne setzen uns dafür ein, einen gesonderten kommunalen Armuts- und Reichtumsbericht für Köln zu erstellen, denn nur mit einer soliden Datenbasis lässt sich wirksam und zielgerichtet Politik gestalten.
- Auch in Zukunft werden wir Grüne uns entschieden für den Erhalt des Köln-Passes einsetzen, ihn gegen alle Angriffe verteidigen und ohne Abstriche erhalten.
- Wir werden kommunalpolitisch umsetzbare Konzepte erarbeiten, um steigende Energiekosten insbesondere für einkommensschwächere Haushalte abzumildern. Gleichzeitig wollen wir auch Anreize zu Energieeinsparung stärker fördern.

- Wir werden die Erfahrungen des Kölner Sozialraumkonzeptes auswerten und in die kommunale Politik umsetzen. Wir setzen alles daran, dass nicht ganze Stadtquartiere abgehängt werden.
- Auch angesichts der knappen städtischen Mittel werden wir das vorhandene Netz von Hilfen für Menschen in schwierigen Lebenslagen erhalten und an die neuen Herausforderungen anpassen. Dabei setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Prävention. So sollte beispielsweise die Schuldnerhilfe neben der konkreten Entschuldungsberatung auch die präventive Arbeit zum Beispiel in Schulen verstärken.

17. Grüne Wohnungspolitik für Köln

Ein Kernziel grüner Politik für Köln ist es, gutes und bezahlbares Wohnen in einer lebenswerten Stadt für alle zu ermöglichen. Dies gilt für das Wohnen zur Miete ebenso wie für das Wohnen im Eigenheim. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, denn auch nach Jahren erfolgreicher Mitgestaltung städtischer Wohnungspolitik im Rat werden die Herausforderungen nicht weniger. Sie stehen vor allem im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung, mit Veränderungen in den sozialen Lebenslagen der Menschen und mit Veränderungen auf dem Immobilienmarkt. Hinzu kommen Sanierungs- und Modernisierungsaufgaben, die dem Klimaschutz dienen oder auch notwendig sind, um das Wohnangebot für Menschen mit besonderen Bedürfnissen wie alte Menschen und Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Mit dem drohenden Verlust an sozialer Balance in der Stadt und in ihren Vierteln finden wir uns nicht ab. Denn Wohnen ist für uns keine Ware, auf die man verzichten kann. Der Anspruch auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht.

Doch nicht alle Entscheidungen, die für gutes und bezahlbares Wohnen in Köln notwendig sind, liegen dabei in der Hand der städtischen Politik. Wichtige Rahmenbedingungen setzen die Bundesregierung in Berlin und die Landesregierung in Düsseldorf. Aber die Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene steuernd in den Wohnungsmarkt einzugreifen, sind beträchtlich. Wir Grüne wollen diesen Spielraum entschlossen nutzen!

Mehr Wohnraum für eine wachsende Bevölkerung

Köln wächst. Nach aktuellen Schätzungen werden 2020 etwa 50 000 Menschen mehr in der Stadt leben als derzeit. Besonders viele junge Menschen ziehen nach Köln. Das ist eine gute Entwicklung, ein Zeichen für die Attraktivität unserer Stadt und eine große Chance. Viele Wohnungssuchende haben es allerdings schon heute schwer, etwas Passendes zu finden. Wir brauchen deshalb mehr Wohnungen in Köln. Dies geht nur durch verstärkte Anstrengungen für einen gemeinwohlorientierten Wohnungsbau. Insgesamt müssen in den nächsten Jahren 5000 Wohneinheiten pro Jahr geschaffen werden, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden.

Da die meisten Menschen, die es in die Stadt zieht, in urbanen Lagen wohnen wollen, müssen wir in den bestehenden Siedlungsräumen mehr Dichte erzielen. Unser grünes Motto lautet deshalb: Verdichten nach innen (durch Baulückenschließungen, Dachaufstockungen und Nachverdichtung auf minderbebauten Grundstücken) geht vor Neuerschließen. Das ist ökonomisch sinnvoll, weil in der Stadt bereits alle notwendige Infrastruktur vorhanden ist, aber auch ökologisch, weil randstädtische zusammenhängende Freiflächen so erhalten bleiben. Die Verdichtung muss allerdings behutsam erfolgen, um in der Stadt auch weiterhin ausreichende Flächen für Freizeit, Sport und Spiel vorhalten zu können, und sie erfordert umfassende

Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen angesichts der Veränderungen, die im vertrauten Wohnumfeld entstehen.

Wir wollen außerdem, dass leerstehende Bürogebäude, wenn sie sich nicht in einer reinen Bürolage befinden und wenn sie zentrumsnah und gut an den Nahverkehr angebunden sind, öfter als bisher in Wohnraum umgewandelt werden. Und wir wollen Industriebrachen durch mischgenutzte urbane Bebauung reaktivieren. Falls es sich nicht vermeiden lässt, auch neue Wohngebiete in Randlage der Stadt zu erschließen, kommen für uns nur Gebiete in Frage, die verkehrlich gut anzubinden sind.

Bezahlbare Mieten als Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Die Mieten steigen. Dafür ist nicht nur die wachsende Nachfrage an Wohnraum verantwortlich. Die Finanz- und Eurokrise hat eine große Spekulationswelle auf den großstädtischen Immobilienmärkten ausgelöst, weil globales Kapital und regionale Kleinanleger Sicherheit und Rendite im Grundvermögen suchen. Die Folgen sind steigende Immobilienpreise, Luxuswohnungsbau und Eigentumsumwandlungen. Hinzu kommen auslaufende Mietpreisbindungen, die Zweckentfremdung von Wohnraum, unnötige Luxusmodernisierungen und spekulative Mietsteigerungen ohne Investitionsleistungen.

Die Einkommen vieler KölnerInnen halten mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Über 40 Prozent wären deshalb eigentlich berechtigt, eine öffentlich geförderte Wohnung zu beziehen. Und ein weiterer beträchtlicher Teil der Bevölkerung liegt nur knapp über dieser Einkommensgrenze. Wir brauchen deshalb mehr Wohnungen in Köln, die bezahlbar sind. Dies ist für uns Grüne eine Kernfrage der sozialen Gerechtigkeit. Mit „bezahlbar“ meinen wir Mietwohnungen, die dem spekulativen Wohnungsmarkt entzogen sind – entweder durch Mietpreisbindung oder durch eine auf Dauer angelegte Konzeption wie zum Beispiel durch Wohnungsgenossenschaften.

Die in den vergangenen Jahren trotz schwieriger Haushaltslage verstärkten Anstrengungen zum Bau von preisgünstigen und öffentlich geförderten Wohnungen wollen wir weiter vorantreiben. Wichtige Weichen haben wir dafür in der vergangenen Ratsperiode gestellt: durch ein kommunales Wohnungsbauförderprogramm und durch die Richtlinie zum „kooperativen Baulandmodell“, die Neubauprojekte von Immobilieninvestoren künftig an die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum koppelt.

Beim Bau neuer Sozialwohnungen kommt es uns entscheidend darauf an, dass dadurch soziale Mischung und Integration gestärkt werden. Deshalb wollen wir günstigen Wohnraum kleinteilig und kreativ in allen Stadtteilen fördern, auch in stark nachgefragten und teuren Vierteln. Massenwohnungsbau und die Errichtung neuer Großsiedlungen auf der grünen Wiese sind mit uns nicht zu machen. Sozialwohnungen gehören in lebendige Stadtteile.

Darüber hinaus setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Stadt alle rechtlichen Möglichkeiten konsequent ausschöpft und koordiniert anwendet, um den anhaltenden Verlust von bezahlbarem Wohnraum zu stoppen, indem der Zweckentfremdung von Mietwohnungen ein Riegel vorgeschoben wird und die Spielräume für unnötige, spekulative und leistungslose Wohnkostensteigerungen geschlossen werden.

Die Fehlentwicklungen auf dem Immobilienmarkt und die daraus folgenden sozialen

Schief lagen drohen sich zunehmend in einer gegensätzlichen Entwicklung der Stadtteile zu verfestigen. Statt einer Verbesserung der Lebensumstände überall in der Stadt entwickeln sich die Stadtteile sehr unterschiedlich. In bestimmten Vierteln konzentrieren sich zunehmend Armut und prekäre Lebenslagen. Andere Viertel werden zunehmend attraktiver, haben aber mit den Negativfolgen der Gentrifizierung (siehe Kasten) zu kämpfen. In beiden Fällen nimmt soziale Vielfalt ab. Die soziale Mischung, die Urbanität auch ausmacht, wird so infrage gestellt.

Was ist Gentrifizierung?

Der Begriff charakterisiert Veränderungsprozesse in Stadtvierteln und beschreibt den Wechsel von einer finanzschwächeren zu einer finanzstärkeren Einwohnerschaft. Meist geht dies mit einer baulichen Aufwertung, der Veränderung der Eigentümerstruktur und steigenden Mietpreisen einher. Die Aufwertungsprozesse bewirken oft die Verdrängung sowohl der alteingesessenen, gering verdienenden Bevölkerung als auch der lang ansässigen Geschäfte, die dem Zuzug der neuen kaufkräftigeren Bevölkerung und deren entsprechend veränderter Nachfrage weichen müssen. Solche Prozesse verlaufen selten konfliktfrei. Wenn Gentrifizierung mit einer Verdrängung einkommensschwacher Haushalte einhergeht, steigen auch die kommunalen Ausgaben für diejenigen Bevölkerungsschichten, die sich ihre alten Wohnungen aufgrund von Mietpreissteigerungen nicht mehr leisten können. Die teuren Mieten muss die Stadt dann finanzieren. In Köln sind es zum Beispiel Ehrenfeld, das Agnesviertel oder Deutz, wo man beobachten und gegebenenfalls gegensteuern muss, damit es zu einer Aufwertung ohne Verdrängung kommt.

Mehr soziale Gerechtigkeit kann nur geschaffen werden, wenn die sozialräumliche Spaltung der Stadt gestoppt wird. Wir Grüne wollen, dass niemand wegen eines zu geringen Einkommens aus seinem Stadtteil verdrängt wird – auch dann nicht, wenn das Viertel für Menschen mit mehr Geld immer attraktiver wird. Hierzu müssen Mietsteigerungen wirksam gebremst werden. Viertel, in denen ein Bevölkerungsaustausch droht oder schon begonnen hat, müssen zur Erhaltung der Zusammensetzung der Bevölkerung per Satzung unter einen besonderen Schutz gestellt werden („Milieuschutzsatzung“). Luxussanierungen und Nutzungsänderungen werden auf diese Weise erschwert. Außerdem wollen wir Stadtteile mit einer hohen Konzentration verschiedener Problemlagen sozial, baulich und infrastrukturell nachhaltig verbessern. Hierbei geht es um direkte Wohnumfeldverbesserungen (z. B. durch Dachgärten, Mietergärten und öffentliche grüne Treffpunkte), um die Aufwertung des Wohnungsbestands, um eine bessere Ausstattung von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und im sozialen Bereich um einen Ausbau von präventiven Beratungs- und Unterstützungsangeboten vor Ort, die die Menschen in ihrer Selbstständigkeit stärken. Unser Ziel, die soziale Mischung in allen Vierteln zu verbessern, gilt auch hier. Deshalb wollen wir erreichen, dass schrittweise auch höherwertige freifinanzierte Wohnangebote eingemischt werden.

Bedarfsgerechte Wohnungen – auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Nicht nur die Einwohnerzahl Kölns wird zukünftig wachsen. Auch die Zahl der Haushalte wächst. Besonders stark nehmen Single- und kinderlose Haushalte zu. Gleichzeitig

werden die Menschen immer älter, und immer mehr alte Menschen wollen möglichst lange in der eigenen Wohnung leben. Auch das heute geltende Leitbild zur Inklusion behinderter Menschen beinhaltet, dass diese möglichst selbstständig in einer eigenen Wohnung oder Wohngemeinschaft leben können, wenn sie das wollen. Diese gesellschaftlichen Veränderungen führt dazu, dass sich die Anforderungen an Wohnraum immer weiter ausdifferenzieren.

Uns Grünen ist es wichtig, dass Vielfalt und Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Wohnformen bestehen. Dies geht nur, wenn das Wohnungsangebot die besonderen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt. Wir machen uns deshalb dafür stark, dass sowohl im Wohnungsneubau als auch bei Umbaumaßnahmen im Bestand mehr differenzierte Wohnangebote geschaffen werden: für altersgerechtes Wohnen, für individuelle Lebensplanungen, alternative Lebensentwürfe sowie gemeinschaftliche Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen, Jugendwohnprojekte und Wohngruppen für Menschen mit Behinderungen. Der barrierefreie Umbau des Wohnungsbestands und der Bau bezahlbarer barrierefreier Mietwohnungen ist für uns eine besondere Priorität.

Flächenmanagement

Eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ist nicht möglich ohne ein aktives Flächenmanagement. Grundstücke dürfen nicht unter Verzicht auf wohnungspolitische und soziale Auflagen einfach an den bestzahlenden Investor vergeben werden, um mithilfe der Grundstückspolitik kurzfristig Einnahmen zu erzielen. Vielmehr müssen die nachhaltigen Bedürfnisse der Stadt und ihrer BewohnerInnen im Mittelpunkt stehen. Mehr und insbesondere mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hat hierbei Vorrang.

Wir Grüne wollen deshalb, dass die Stadt Köln weiterhin durch kluges Flächenmanagement mittel- und langfristig genügend eigene Flächen identifiziert und ausweist, damit der benötigte zusätzliche Wohnraum tatsächlich geschaffen werden kann – gemeinwohlorientiert, sozial und ökologisch verantwortlich. Es geht darum, für Köln und seine BewohnerInnen zu bauen, nicht für InvestorInnen.

Erfolge grüner Wohnungspolitik

- 2006 beschloss der Rat unter Rot-Grün, dass alle städtischen Wohnbaugrundstücke grundsätzlich zu 30 Prozent mit öffentlich geförderten Wohnungen bebaut werden müssen und dafür der Grundstückspreis um 25 Prozent reduziert wird.
- In Anlehnung an das erfolgreiche Münchner Modell der „sozialgerechten Bodennutzung“ sind für Köln im „Kooperativen Baulandmodell“ Anteile des öffentlich-geförderten Wohnungsbaus bei Wohnungsbauvorhaben festgeschrieben worden. Zudem ist die Beteiligung der Investoren an den technischen und sozialen Folgekosten sichergestellt worden.
- Mit rot-grünem Ratsbeschluss ist ein kommunales Wohnungsbauförderprogramm für Köln aufgelegt worden, mit dem das vom Land NRW bereitgestellte Fördervolumen vorläufig für die nächsten fünf Jahre um 35 Millionen Euro jährlich aufgestockt wird. Auf diese Weise soll in Köln ein jährlicher Neubau von 1000 öffentlich geförderten, preisgünstigen Mietwohnungen erreicht werden.
- Wir haben ein Wohnungsbauforum gegründet, das den Dialog mit den maßgeblichen Marktakteuren führt, um sich zu den Anliegen des privaten und

- öffentlichen Wohnungsbaus auszutauschen.
- Trotz Haushaltskonsolidierung konnten wir dafür sorgen, dass die Arbeit in allen elf Sozialräumen des Konzepts „Lebenswerte Veedel“ fortgeführt wurde. Zudem haben wir erreicht, dass der integrierte Ansatz durch die Aspekte lokale Ökonomie, Wohnen, Stadtplanung und Stadtentwicklung verstärkt wird.
- Durch eine schönere Gestaltung des Nahversorgungszentrums in Finkenberg fand auf grüne Forderung hin eine Aufwertung des öffentlichen Raums statt und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass in Köln eine Zweckentfremdungssatzung erlassen wird, die den Leerstand von Wohnungen und die Umnutzung zu Gewerbezwecken wirksam unterbindet. Von der Stadtverwaltung fordern wir, dass sie ihre schon 2012 begonnene Arbeit daran zügig zum Abschluss bringt.
- Insgesamt sollen 5000 Wohnungen pro Jahr in Köln geschaffen werden.
- Wir Grüne wollen, dass Genossenschaften und Genossenschaftsgründungen stärker unterstützt werden.
- Wir werden dafür sorgen, dass bei der Grundstücksvergabe städtischer Grundstücke neben der Vergabe nach Höchstpreis auch eine sogenannte Konzeptvergabe für genossenschaftliche oder gemeinwohlorientierte Wohnprojekte, und Baugemeinschaften erfolgt.
- Für die Verbesserung der Wohnsituation und für eine lebendige Nachbarschaft in Stadtvierteln mit großen sozialstrukturellen und baulichen Herausforderungen wollen wir noch öfter kreative neue Kräfte, erfahrene Akteure und stadtpolitische EntscheiderInnen zusammenbringen.
- In Chorweiler ist der Erwerb der zwangsverwalteten Hochhäuser durch ein Konsortium sozialverantwortlich handelnder Wohnungsgesellschaften mit Beteiligung der stadteigenen GAG und mit Unterstützung des Landes und der Kommune anzustreben.
- Wir treten dafür ein, dass in Großwohnsiedlungen wie Chorweiler bereits existierende soziale Netzwerke und Selbsthilfeeinrichtungen mit ihren Beratungs-, Aktivierungs- und sonstigen Unterstützungsangeboten – wie etwa das Mieterkontaktbüro in der Osloer Str. in Chorweiler – nachhaltig finanziell gefördert werden.
- Eine Mieterberatung vor Ort, wie sie in Porz-Finkenberg modellhaft durchgeführt wird, fordern wir auch für Chorweiler, damit die MieterInnen ihre Rechte durchsetzen können und die Stadt Wohngeld nur für Wohnungen zahlt, die auch einen angemessenen Wohnwert besitzen.
- Die von der Stadt Köln geplante „Task Force Chorweiler“ muss unverzüglich eingesetzt werden. Dabei geht es um zwei Ziele: erstens alle Möglichkeiten der Wohnungs-, Bau- und Gesundheitsaufsicht zu nutzen, um eine Verbesserung der Wohn- und Stadtteilsituation zu erreichen; und zweitens die Wohnungseigentümergeinschaften zu verantwortungsvoller, nachhaltiger Wohnungsbewirtschaftung zu veranlassen.

18. Kinder, Jugend, Familie und Bildung

Köln ist eine wachsende Stadt mit steigenden Geburtenzahlen und somit auch immer mehr Kindern und SchülerInnen. Uns Grünen ist es ein zentrales politisches Anliegen, die

Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle in Köln lebenden Kinder und Jugendlichen die Chance auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben bekommen. Wir setzen uns für eine konsequente und vielschichtige Unterstützung von Familien mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen ein. Familie ist dort, wo Kinder heranwachsen: in „klassischen“ Familien ebenso wie in Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien oder Ein-Eltern-Familien.

Die Chancen im Leben sind immer noch abhängig von sozialen, kulturellen und materiellen Bedingungen. Möglichkeiten für Bildung, Integration und Teilhabe werden so oft eingeschränkt oder gar verhindert. Wir wollen dieser Entwicklung entgegenwirken und setzen dabei auf Prävention vor Intervention: Alle Kinder, Jugendlichen und Familien müssen frühzeitig die Unterstützung erhalten, die sie in den unterschiedlichen Lebenslagen brauchen. In Köln lebt jedes vierte Kind in Armut oder ist davon bedroht, in manchen Stadtteilen sogar jedes dritte Kind. Der Köln-Pass ermöglicht vielen Kindern mehr Teilhabe, indem sie ein kostengünstiges Mittagessen und reduzierte Eintrittspreise zum Beispiel in die Bäder bekommen.

Bildung ist der Schlüssel zur Verwirklichung der persönlichen Lebenschancen, zu gesellschaftlicher Teilhabe, zur individuellen Entfaltung und zu beruflichen Perspektiven. Bildung schafft Zukunft. Sie ist die zentrale Investition in das zukünftige Leben unserer Gesellschaft. Deshalb schaffen wir zukunftsfähige Bildungsorte und Bildungsinstitutionen, die wirklich allen offen stehen und arbeiten für ein inklusives und durchlässiges Bildungssystem, an dem alle teilhaben können.

Unterstützung von Familien

Wir wollen die familiäre Erziehung und Bildung stärken, denn die Familie ist für Kinder und Jugendliche der bedeutsamste Ort der Orientierung. Frühe Hilfen leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Beziehungs- und Erziehungskompetenz zum Kinderschutz und zur Prävention. In Köln wollen wir diese niedrighwelligen Angebote weiter ausbauen.

Alleinerziehende, geschiedene und alte Frauen sind in größerem Ausmaß von Armut betroffen, denn die klassische Rollenaufteilung der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sind Ursachen für Lücken in der Berufsbiografie von Frauen, die sich beim Lohn und in der sozialen Absicherung negativ auswirken. Deshalb müssen wir auf die Förderung und Qualifizierung von (jungen) Müttern und die schnelle Reintegration in den Arbeitsmarkt besonderes Augenmerk legen.

Wir setzen uns außerdem für einen bedarfsgerechten Ausbau der Familienberatungsstellen ein, damit Familien in Krisensituationen schnelleren Zugang zu Beratung haben.

Kinder brauchen Platz, um sich gut entwickeln zu können. Familien brauchen Wohnraum, der ihren Bedürfnissen entspricht. Wir Grüne wollen mehr familiengerechten Wohnungsbau, der sich an den finanziellen Möglichkeiten von Familien orientiert.

Wir Grüne stehen für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Einkommensarmut stellt das größte Entwicklungsrisiko für Kinder dar und betrifft insbesondere Alleinerziehende. Unser Ziel ist es Betreuungsplätze bedarfsgerecht auszubauen - sowohl in der Qualität wie auch der Quantität. Dazu gehört auch der Offene Ganzttag an den Schulen. Er ist stadtweit ein Erfolgsmodell, weil die Eltern wissen, dass in

Köln eine Angebotsstruktur geschaffen worden ist, die einen Mindeststandard an pädagogischer Qualität garantiert. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in Zukunft so bleibt.

Beim Anmelde- und Vergabeverfahren von Betreuungsplätzen setzen wir uns für ein bürgerInnenfreundliches Verfahren ein. Eltern und Alleinerziehende brauchen in einem angemessenen Zeitraum eine Rückmeldung, um Familie und Berufstätigkeit stressfrei organisieren zu können.

Angebote für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind neugierig, wissensdurstig, experimentierfreudig und begeisterungsfähig. Sie haben unterschiedliche Begabungen, Talente, Vorlieben und verschiedene Ausgangslagen. Kinder und Jugendliche sind individuelle Persönlichkeiten. Aufgabe aller Bildungsorte und Bildungseinrichtungen ist es, diese Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Unterschiedlichkeit zu fördern. Köln braucht dazu seine offene Kinder- und Jugendarbeit. Vor allem Stadtteile die stark unterversorgt sind, müssen in Zukunft ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder und Jugendliche haben. Die Anforderungen an die offene Kinder- und Jugendarbeit haben sich geändert. Darauf werden wir reagieren. Eine Ausweitung der aufsuchenden und mobilen Kinder- und Jugendarbeit ist notwendig.

Kinder und Jugendliche brauchen mehr Platz im öffentlichen Raum, jeder Stadtteil braucht ausreichende Spielmöglichkeiten für Kinder und Freizeitflächen für Jugendliche. Wir Grüne haben daher den Ausbau und die Attraktivierung von Bolzplätzen im gesamten Stadtgebiet und die Neugestaltung des Jugendparks in Köln-Mülheim umgesetzt sowie zahlreiche Spielplätze gebaut und erneuert. Auch weiterhin setzen wir uns für den Bau von Spielplätzen ein, so wie es der Spielplatzbedarfsplan vorsieht. Wir wollen aber auch mehr Flächen, auf denen Jugendliche Street Art und Graffiti legal betreiben dürfen.

Partizipation und Teilhabe

Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei den sie betreffenden Angelegenheiten ist der Schlüssel zu Bildung, zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit und zur Entwicklung eines demokratischen Verständnisses vom Zusammenleben in einer Gesellschaft. Wir Grüne wollen damit schon bei den Kleinsten altersgerecht anfangen und Jugendliche verstärkt in die sie betreffenden Angelegenheiten einbinden.

Wir wollen konkrete Partizipationskonzepte in Kölner Kindertageseinrichtungen einführen und die Vorhaben und Ziele der Initiative „Kinderfreundliche Kommune“ in Köln durch geeignete Beteiligungskonzepte für und mit Kindern und Jugendlichen umsetzen.

Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Im Elementarbereich halten wir an einem Mix aus Kitas, Großtagespflege (Zusammenschluss von Tagesmüttern) und Tagespflege fest. Dieser soll sich bedarfsentsprechend aus 80 Prozent Plätzen in Kitas und 20 Prozent in Tages- und Großtagespflege zusammensetzen. Für 40 Prozent der Aller kleinsten (U3) haben wir bereits einen Betreuungsplatz geschaffen. Dies ist die zweithöchste Versorgungsquote im NRW-Großstadt-Vergleich. Durch zahlreiche Maßnahmen wie zum Beispiel die freiwillige Unterstützung freier Kindergartenträger bei der Miete haben wir die höchste Ausbaudynamik erreicht: 7,6 Prozent.

Wir Grüne fordern weiterhin einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen und dabei mehr Qualität durch den Abbau von Überbelegungen in den Kitas, ausreichend Räume und mehr qualifiziertes Personal. Darum haben wir für die Entlastung des pädagogischen Personals in städtischen Kindergärten durch den Einsatz hauswirtschaftlicher Unterstützungskräfte gesorgt.

Mehrsprachigkeit sehen wir als Chance an. Durch eine Kombination aus in den Alltag integrierter Förderung in der deutschen Sprache und der Wertschätzung der in der Familie gesprochenen Sprache können Kitas diese individuelle Ressource stärken. Wir machen uns stark für den Einsatz bilingualer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen.

Schule

Eltern wünschen sich für ihre Kinder eine Schule, die jedes Kind bestmöglich fördert. Schülerinnen und Schüler wünschen sich eine Schule, in der ihre Lernlust und Entdeckungsfreude gefördert wird, in der sie ihre Talente und Fähigkeiten erproben und erweitern können und in der sie die Zeit, die sie dort verbringen, als sinnvoll erfahren können. Alle an der Schule Arbeitenden wünschen sich eine Schule, die ihren Arbeitseinsatz durch gute Rahmenbedingungen unterstützt. Ein solches ideales Schulleben gibt es nur im Zusammenspiel von Landespolitik, die die Regeln für den Unterricht vorgibt, der Stadt als Schulträger, die für die örtlichen Bedingungen verantwortlich ist, und der einzelnen Schule, die Lernen und Leben konkret gestaltet.

Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass beim Neubau, bei der Erweiterung und der Instandhaltung der Kölner Schulen die pädagogischen Erfordernisse im Vordergrund stehen. Als echte „Häuser des Lernens“ ermöglichen sie eine Atmosphäre, in der sich lernen, soziales Leben, kreatives Spiel und Entspannung miteinander verbinden.

Dem Wunsch vieler Eltern entsprechend haben wir die Plätze an Gesamtschulen erheblich ausgebaut, nicht nur durch die Neugründung der Gesamtschule Nippes, sondern auch durch die Erhöhung der Plätze an den bestehenden Gesamtschulen. Für 2014 und 2015 ist ein weiterer Ausbau um ungefähr 300 Plätze beschlossen.

Dort, wo sich Eltern für eine Umwandlung einer Bekenntnisgrundschule in eine Gemeinschaftsgrundschule einsetzen, werden wir diese Vorhaben unterstützen.

Kinder und Jugendliche brauchen gesunde, frische und saisonale Ernährung. Viele Kinder essen heute in Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen. Die Ernährungs- und Geschmacksgewohnheiten von Kindern werden dort entscheidend für das ganze Leben geprägt. Wir wollen ein Speiseangebot, das gesund, frisch und saisonal ist. Dies fördert nicht nur die Leistungsfähigkeit der Kinder, sondern wirkt sich auch präventiv und langfristig auf die Gesundheit der Kinder aus.

Da der Schulerfolg von Kindern, trotz zahlreicher Maßnahmen in der Fläche immer noch sehr stark von der sozialen Herkunft abhängt, fordern wir Grüne dringend eine Evaluation der vielfältigen Maßnahmen.

Erfolge grüner Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik

- Wir Grüne haben durch einen stetigen Ausbau der U3-Betreuung auf mittlerweile 40

- Prozent mit für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesorgt.
- Unter grüner Beteiligung wurde beschlossen, dass Eltern von Kindergartenkindern 16 Monate vor dem Schuleintritt von den Kindergartengebühren befreit werden, die Elternbeiträge sozial gestaffelt wurden und Geschwisterkinder weiterhin beitragsbefreit sind. Wir Grüne haben uns erfolgreich für eine bessere Bezahlung der Tagespflege eingesetzt, sodass die Eltern nicht mehr neben den üblichen und sozial gestaffelten Elternbeiträgen zusätzliche Entgelte an die Tagespflegeeltern zahlen müssen.
- Auch dank uns Grünen wurde die Betreuung in der Offenen Ganztagsgrundschule von 40 Prozent auf 75 Prozent ausgebaut sowie der gebundene und Offene Ganztags in den weiterführenden Schulen aufgestockt – bei mehr Qualität durch mehr Projekte aus dem Bereich der kulturellen Bildung (zum Beispiel Theater, Tanz, Musik).
- Die Zahl der SchülerInnen mit Behinderung, die inzwischen in einer allgemeinen Schule unterrichtet werden, ist durch unseren Einsatz von 12 Prozent auf 34 Prozent angewachsen. Diese Zahlen belegen den Erfolg des Kölner Inklusionsplans für die Schulen.
- Trotz einer prekären kommunalen Finanzlage konnten schwerwiegende Kürzungen im Bereich der offenen Jugend- und Mädchenarbeit vermieden werden.
- Die städtischen Streetworker konnten erhalten und die Schulsozialarbeit auf nun 132 SchulsozialarbeiterInnen erweitert werden.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir Grüne wollen den Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote beginnend bei den Aller kleinsten (U3) bis zu den Schulkindern fortsetzen. Dabei fordern wir weiterhin mehr Qualität in den Kitas und Offenen Ganztags Schulen. Durch den Abbau von Überbelegungen, ausreichend Raum zum Spielen sowie durch mehr qualifiziertes Personal wollen wir dies erreichen.
- Familienunterstützende Einrichtungen und Angebote wie Frühe Hilfen oder Familienberatungsstellen wollen wir bedarfsgerecht ausbauen.
- Weiterhin werden wir den Neubau von Spielplätzen – so wie es im Spielplatzbedarfsplan beschlossen wurde – fördern. Spielplätze sollen Stadträume sein, die gemeinsam mit Kindern geplant werden und zum Toben und Entdecken einladen.
- Wir Grüne wollen die offene Kinder- und Jugendarbeit bedarfsgerecht ausbauen. In Stadtteile wie Kalk oder Nippes, die gar keine Jugendeinrichtung haben, müssen mehr Räume für Jugendliche und ihre Bedürfnisse bereitgestellt werden.
- Wir setzen uns aktiv für mehr Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und werden gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen Konzepte erarbeiten, die einer echten Partizipation gerecht werden.
- Das Angebot an kultureller Bildung an Schulen, Kindergärten und den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit wollen wir weiter ausbauen.
- Als wichtiges Instrument zur Vermeidung der ausgrenzenden Folgen von Kinderarmut wollen wir den Köln-Pass erhalten.
- Wir Grüne wollen die Selbständigkeit von Schulen durch Erweiterung ihres Budgetrechts fördern.
- Streitschlichtungsprojekte und Netzwerke gegen Gewalt an Schulen sowie das

- Projekt „Schule ohne Rassismus“ wollen wir weiter fördern.
- Das Projekt der Inklusiven Universitätsschule (IUS) soll in Köln-Ehrenfeld umgesetzt werden. Es stellt eine bedeutende pädagogische Innovation für Unterricht und Lehrerbildung dar. In ihm wird das Konzept einer inklusiven schulischen Bildung und individueller Förderung und einer alle Jahrgänge umfassenden schulischen Bildung konsequent mit wissenschaftlicher Begleitung und der Lehrerbildung verknüpft.
- Die 2013 eingerichtete Koordinationsstelle im Bereich Übergang Schule/Beruf wollen wir stärken. Die Stelle soll dazu beitragen, dass die zersplitterten Angebote in diesem Bereich gebündelt werden, um erfolgreicher dafür zu sorgen, dass alle jungen Erwachsenen, die eine Berufsausbildung anstreben, eine Berufsperspektive erhalten.
- Wir setzen uns für die unbefristete Fortsetzung der Schulsozialarbeit ein und fordern die Finanzierung dieser über den Bund.

19. Es lebe der Sport

Mehr als die Hälfte aller KölnerInnen ist sportlich aktiv. Etwa drei Viertel der Sporttreibenden tun das selbstorganisiert: sie joggen, schwimmen, klettern, fahren Fahrrad oder betreiben Fitnesstraining. Daneben bieten über 800 Vereine die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Sport zu machen. Diese Sportvereine übernehmen wichtige soziale Aufgaben für unsere Stadt. Sie führen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran, sie sind Orte der sozialen Integration und bringen Menschen zusammen. Wir Grüne verstehen uns als Interessenvertreter des Breiten- und Freizeitsports – egal ob selbstorganisiert oder im Verein – in Köln.

Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der kommunalen Sportpolitik, sowohl Räume für den vereinsungebundenen Freizeitsport bereitzustellen und instand zu halten, als auch die Sportvereine bei der Schaffung und dem Erhalt der Infrastruktur zu unterstützen. Dazu gehört für uns Grüne auch die stärkere Vernetzung der Kölner Sportlandschaft, damit wertvolle Ressourcen nicht unnötig verschwendet werden (siehe Kasten). Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass das Kölner Sportangebot in Zukunft noch stärker mit den Bedürfnissen einer alternden, multikulturellen und zunehmend gesundheitsorientierten Gesellschaft in Einklang gebracht wird. Gerade für KölnerInnen, die nur wenig Geld zur Verfügung haben, wollen wir den Zugang zu Sportangeboten ermöglichen und erleichtern.

Sport in Metropolen – Netzwerk Sport und Bewegung

Mit Ratsbeschluss vom Juli 2011 wurde die Fortführung von „Sport in Metropolen“ als dauerhafte Aufgabe der Stadt Köln anerkannt. Um den BürgerInnen, den Sportvereinen und weiteren sozialen Einrichtungen eine Anlaufstelle im Bezirk zu bieten, wurde in den Bürgerämtern Mülheim und Nippes jeweils ein Netzwerkbüro eingerichtet. Das Netzwerkteam holt Vereine und Institutionen an einen Tisch, um kreativ und übergreifend zu arbeiten. Es initiiert stadtteil- und themenorientierte Arbeitskreise und Aktionstage und bietet regelmäßig Sprechstunden an.

Erfolge grüner Sportpolitik

- Wir Grüne haben uns dafür eingesetzt, dass in Köln ein modernes und leistungsfähiges Angebot an Schwimmbädern sichergestellt ist. So wurden in den letzten Jahren 150 Millionen Euro in die Sanierung und den Neubau von Schwimmbädern in-

- vestiert, das Angebot an Wasserflächen damit insgesamt sogar vergrößert.
- Das von uns Grünen mitbeschlossene Programm „Sicher schwimmen!“ hat erfolgreich dazu beigetragen, die NichtschwimmerInnenquote unter Kindern und Jugendlichen zu senken.
 - Gemeinsam mit dem Land NRW haben wir in Köln das Projekt „Sport in Metropolen – Netzwerk Sport und Bewegung“ ins Leben gerufen (siehe Kasten).
 - Mit dem Programm „Kids in die Clubs“ haben wir Köln-Pass berechtigten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Sportvereinen erleichtert. Die Jugendbeihilfe, mit der die Sportvereine in ihrer Jugendarbeit finanziell unterstützt werden, konnte außerdem in der bisherigen Höhe beibehalten werden.
 - Wir Grüne haben mit dafür gesorgt, dass ein Programm zum Bau von jährlich vier Kunstrasenplätzen gestartet wurde, um die Attraktivität der Kölner Sportanlagen zu steigern. Mit dem Lentpark und der Skate-Anlage am Rheinauhafen haben wir zudem weitere attraktive Sport- und Freizeiteinrichtungen geschaffen.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Räume und Möglichkeiten für den Breiten- und Freizeitsport wachsen. Dafür brauchen wir eine umfassende und transparente Sportentwicklungsplanung, die das wohnortnahe Sportstättenangebot sicherstellt und den erforderlichen Ausbau der Sportstätten in den nächsten Jahren weiter vorantreibt.
- „Sport in Metropolen – Netzwerk Sport und Bewegung“ (siehe Kasten) soll auf weitere Stadtteile übertragen werden.
- Wir Grüne werden in den kommenden Jahren unsere Anstrengungen gegen Gewalt und Diskriminierung im Sport verstärken. Maßnahmen wie die Aktion „Rote Karte gegen sexualisierte Gewalt im Sport“ haben dabei Vorbildcharakter.
- Wir Grüne setzen uns für die Schaffung von „Bewegungsräumen“ mit Sportgelegenheiten im öffentlichen Raum ein, zum Beispiel von Fitnessparcours in städtischen Parkanlagen, Laufstrecken, Skate-Anlagen oder Basketballplätzen – auch als altersgerechte Sportangebote und Mehrgenerationenplätze.
- Wir wollen mehr Kinder und Jugendliche für Sport und Bewegung gewinnen. Um das zu erreichen, setzen wir uns für eine bessere Verknüpfung von Schulen und Sportvereinen ein und unterstützen entsprechende Kooperationsmodelle. Die Fortführung des Projekts „Sicher Schwimmen!“ für Grundschulkindern wollen wir sicherstellen.
- Auch im Sport gibt es verschiedene Bedürfnisse. Wir wollen deshalb spezielle Sportangebote für Frauen und Mädchen fördern. Beispielhaft sind dabei etwa spezielle Schwimmangebote für muslimische Mädchen und Frauen, die wir fortsetzen wollen.
- Wir Grüne wollen die Förderung der Inklusion im Breiten- und Vereinssport weiter ausbauen. Dafür bedarf es mehr barrierefreier Sportstätten, aber auch Fortbildung für Übungsleiterinnen und Übungsleiter.

20. Inklusion – eine Stadt für alle

Wir Kölner Grüne setzen auf eine inklusive Politik. Inklusion als gesellschaftspolitischer Ansatz erfordert, sich damit auseinanderzusetzen, wie ein Gemeinwesen mit der Unterschiedlichkeit ihrer Mitglieder umgeht. Er betrifft nicht nur die Menschen mit Behinderung. Diese Diskussion wollen wir Grüne aktiv in die Stadtgesellschaft

hineintragen.

Die Leitlinien grüner Behindertenpolitik ergeben sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention. Bei ihrer Umsetzung geht es nicht um die passive Zubilligung der dort beschriebenen Menschenrechte, sondern um aktive Unterstützung zur Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe behinderter Menschen in allen Lebensbereichen. Das Prinzip der Selbstbestimmung steht dabei im Vordergrund.

Im Veedel und der Kommune findet das Leben statt, und hier müssen sich politische Ansprüche und Ziele auch zeigen. Deshalb gehört es zu den zentralen Aufgaben kommunaler Politik, die Inklusionsplanung vor Ort voranzutreiben und nicht nur auf Bundes- und Landespolitik zu verweisen. Wir Grüne wollen alle Beteiligten an einen Tisch holen – angefangen bei den Anbietern sozialer Dienstleistungen wie den Wohlfahrtsverbänden über die Kostenträger, wie zum Beispiel den Landschaftsverband Rheinland (LVR), die Arbeitsagentur oder die Kranken- und Pflegekassen, bis zu den Organisationen behinderter Menschen. Ziel muss es dabei sein, gemeinsam die Entwicklung inklusiver Sozialräume und Quartiere voranzutreiben, die barrierefrei sind und notwendige Unterstützungsfunktionen erfüllen.

Erfolge grüner Inklusionspolitik

- Durch intensive bauliche Maßnahmen seitens der Kölner Verkehrsbetriebe konnte die Barrierefreiheit öffentlicher Verkehrsmittel und Haltestellen in den letzten Jahren unter Rot-Grün stark ausgeweitet und verbessert werden. Auch die Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren konnten durch zusätzliche Finanzmittel für mehr barrierefreie Zugänge sorgen.
- Wir konnten die Maßnahmen für einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung in allen Schulformen deutlich intensivieren. Im Schuljahr 2012/13 besuchte mehr als ein Viertel der Kinder mit Behinderung eine allgemeine Schule. Zusätzlich haben wir die Erarbeitung eines schulischen Inklusionskonzepts für die Weiterentwicklung der Schulbildung unterstützt.
- Trotz aller Sparzwänge konnten wir die Arbeit von Behindertenvereinen, Selbsthilfeorganisationen sowie den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung unterstützen.
- Die Lebenslagen behinderter Menschen werden immer öfter bei kulturellen Angeboten berücksichtigt. Positivbeispiele sind dabei etwa das „Arsch Huh“-Konzert, die lit.cologne oder das Sommerblutfestival.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir werden die Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen.
- Beim Neubau und der Modernisierung von bezahlbaren Wohnungen müssen die Bedürfnisse behinderter und älterer Menschen gleichrangig berücksichtigt werden, unter anderem durch Ermöglichung neuer gemeinschaftlicher Wohnformen.
- Wir wollen vorrangig bedarfsdeckende ambulante pflegerische, alltagstechnische und pädagogische Hilfen ausbauen in dem Bewusstsein, dass es auch zukünftig einer stationären Infrastruktur bedarf. Besonders unterstützen wollen wir die persönliche Assistenz und persönliche Budgets, die es behinderten Menschen durch eine

Geldleistung ermöglichen, ihren Assistenz- und Hilfebedarf selbst zu organisieren und sicherzustellen.

- Wir Grüne wollen, dass Kinder mit Behinderung oder drohender Behinderung in inklusiv arbeitenden Kitas gefördert werden. Die Schaffung der personellen, organisatorischen und baulichen Voraussetzungen für eine flächendeckend inklusive Schullandschaft in Köln muss intensiviert werden. Für Eltern von behinderten Kindern muss für alle Lebenslagen ein geeignetes Beratungsangebot zur Verfügung stehen.
- Der Inklusionsplan für Kölner Schulen muss umgesetzt werden. Das liegt nicht nur in der Hand der Kommune. Die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes, beispielsweise durch Zuweisung benötigter Lehrer, müssen genutzt und eingefordert werden.
- Die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird in ihren Kompetenzen gestärkt, um eine wirksame politische Partizipation zu ermöglichen.
- Wir werden die inklusive Jugendarbeit in der Stadt deutlich verbessern. Als ersten Schritt wollen wir, dass mindestens ein Jugendzentrum pro Stadtbezirk in den nächsten fünf Jahren ein inklusives Angebot für Jugendliche bereitstellt.
- Wir wollen die wichtige Arbeit des Kölner Zentrums für selbstbestimmtes Leben auch in Zukunft fördern. Das dort vorhandene Know-how von behinderten Menschen wollen wir stärker mit der Arbeit von Verwaltung und Politik verknüpfen.
- Wir Grüne setzen uns dafür ein, die Anzahl durchgängig geöffneter barrierefreier Toiletten im Kölner Stadtgebiet deutlich zu erhöhen.

21. Gesundes Leben in Köln

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Köln gesunde Lebensbedingungen für alle Einwohnerinnen und Einwohner bietet. Für uns Grüne geht es dabei nicht nur um gute Krankenversorgung, sondern um ganzheitlich gesundes Leben in der Metropole Köln. Dazu gehören die Umsetzung ambitionierter Klimaschutzziele und die Reduzierung der Luftbelastung durch eine Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs auf den Straßen ebenso wie früh ansetzende Präventionsmaßnahmen vor allem für Kinder und Jugendliche.

„Jusch“ und Familienhebammen als präventive Angebote

Jusch (Jung und schwanger) ist ein umfassendes Hilfs- und Beratungsangebot, das sich besonders an junge Mütter bis 23 Jahre richtet. Neben Hausbesuchen bilden betreute Gruppen im Gesundheitsamt, in denen junge Schwangere sich austauschen können, einen Schwerpunkt dieses Programms. Ein weiteres wichtiges präventives Angebot sind die Familienhebammen. Sie haben die Aufgabe, besonders belastete Familien und Alleinstehende aufzusuchen und vor der Geburt und bis zu einem Jahr nach der Geburt in allen Fragen um die Schwangerschaft, Geburt und ums Kind und die damit zusammenhängenden sozialen Fragen zu beraten. Auch die Unterstützung bei Anträgen und die Organisation weiterer Hilfen gehören dazu. Beide Leistungen sind eng miteinander verknüpft; wir haben uns für die unbefristete Verlängerung dieser beiden sinnvollen Projekte eingesetzt und dies auch erreicht.

Erfolge grüner Gesundheitspolitik

- Die wichtigen kommunalen Angebote „Jung und schwanger“ (siehe Kasten), die Schwangerschaftskonfliktberatung, die Betreuung durch Familienhebammen (siehe

Kasten) und die Aidsprävention konnten trotz enormen Konsolidierungsdrucks im Stadthaushalt gesichert werden. Dies wollen wir auch in Zukunft sicherstellen.

- Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, die regelmäßigen Untersuchungen von unter und über Dreijährigen sowie vierjährigen Kindern auszubauen. Das ist eine der wichtigsten Maßnahmen in der frühen Prävention.
- Wir haben uns in den letzten Jahren erfolgreich dafür stark gemacht, die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle im Gesundheitsamt zu erhalten.
- Mit der Einrichtung einer „Clearingstelle für frühe Hilfen“ im Gesundheitsamt konnten wir die Beratung, Begleitung und Vermittlung von Hilfsangeboten für Schwangere und Familien mit Kleinkindern an zentraler Stelle bündeln und ausbauen.
- Wir Grünen haben uns dafür eingesetzt, den überfälligen Prozess der Reorganisation der städtischen Kliniken zu beginnen. Dieser Prozess soll sicherstellen, dass die städtischen Kliniken medizinisch an der Spitze bleiben und auch wirtschaftlich auf Dauer schwarze Zahlen schreiben, um eine Privatisierung zu vermeiden.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir setzen uns dafür ein, dass bereits in Kindertagesstätten und bei der Betreuung unter Dreijähriger gesunde Ernährung und sportliche Betätigung ausgebaut werden.
- Auch die Frühförderung insbesondere für Kinder mit Behinderungen im vorschulischen Alter wollen wir beibehalten. Die Kooperation mit inklusiven Kindereinrichtungen wollen wir verbessern, die Leistung muss dabei in den KiTas erbracht werden.
- Wir wollen den Zugang zum Gesundheitswesen für alle KölnerInnen erleichtern. Dazu gehört etwa eine kultursensible Öffnung der Krankenhäuser. Das Kölner Gesundheitszentrum für MigrantInnen ist unverzichtbar für die kommunale Gesundheitspolitik.
- Die Gesundheitsberatung sollte im Regelfall vor Ort im Viertel angeboten werden. Wir befürworten deshalb eine stärkere Verbindung der Gesundheitsversorgung mit dem Konzept der Sozialräume und den Sozialraumkoordinatoren der Stadt Köln.
- Wir setzen uns dafür ein, einen 24-Stunden-Kriseninterventionsdienst einzurichten, der beim betreuten selbständigen Wohnen Hilfe leistet in Alltagssituationen, die für Menschen mit Behinderungen nicht ohne Weiteres zu bewältigen sind.
- Aidsprävention darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir treten deshalb dafür ein, KölnPass-InhaberInnen kostenlos Verhütungsmittel zur Verfügung zu stellen. Auch die wertvolle präventive Arbeit der freien Träger wollen wir stärken und ausbauen.
- Die repressiven Ansätze in der Drogenpolitik sind weitestgehend gescheitert. Wir Grüne nehmen die Abhängigen in den Blick und unterstützen Gesundheitsräume und die kontrollierte Abgabe von Suchtmitteln in geschützter Umgebung.
- Wir Grüne wollen die städteübergreifende Kooperation im Rahmen des Gesunde-Städte-Netzwerks und der Kölner Gesundheitskonferenz ausbauen.
- Die Stadt selbst und stadtnahe Betriebe müssen in Sachen Gesundheitsvorsorge mit gutem Beispiel vorangehen. Das beinhaltet auch ein Konzept der betrieblichen Gesundheitsförderung, wie es andere Kommunen schon längst entwickelt haben.
- Wir wollen das sehr erfolgreiche, aber Ende 2013 auslaufende Modellprojekt der Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern (KipE) zur Regelleistung machen und in Kooperation mit Gesundheitsamt und Jugendamt fortführen und finanzieren.
- Wir Grüne unterstützen den Ausbau von Pflegewohngemeinschaften im Viertel und die Kooperation mit ambulanten Pflegehilfen und Unterstützung im Haushalt. Selbstbestimmtes Altwerden im Veedel, das ist für uns das Ziel.

22. Gutes Leben auch im Alter

Es ist gut, dass die Menschen in Köln immer älter werden und dabei länger gesund und agil bleiben. Die Teilhabe am öffentlichen Leben und Selbstbestimmung bei der Gestaltung des eigenen Lebens darf jedoch nicht enden, wenn Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit auftreten. Zu einem guten Leben bis ins hohe Alter hinein tragen ein engagiertes Miteinander aller Generationen, altersgerechte Wohnmöglichkeiten, barrierearme Nahversorgung und eine gute Versorgungs- und Pflegeinfrastruktur bei.

Uns Grünen ist daran gelegen, dass alle Generationen im Miteinander ihr Lebensumfeld gestalten können. Hierzu bedarf es öffentlicher Räume, in denen sich Jung und Alt begegnen und austauschen sowie in die Quartiersgestaltung einmischen können. Wir unterstützen die Entwicklung neuer Wohnformen und das generationenübergreifende Zusammenleben.

Gerade ältere und auch gebrechliche Menschen wollen nicht nur Empfänger von Hilfe sein. Sie können und wollen sich auch selbst einbringen mit ihren Lebenserfahrungen, ihren Kompetenzen und weiteren Möglichkeiten. Dies zeigen die gute Entwicklung der Seniorennetzwerke oder Vorleseinitiativen älterer Menschen zur Sprachförderung und Integration von Kindern unterschiedlicher Herkunft. Diese Entwicklung werden wir weiter vorantreiben.

Auch im hohen Alter und bei Pflegebedürftigkeit wollen und sollen Menschen selbstbestimmt und in höchstmöglicher Selbstständigkeit leben. Wir unterstützen daher Wohnformen und ambulante Pflegestrukturen, die dies ermöglichen. Hierzu zählen für uns Mehrgenerationenwohnprojekte, Seniorenwohngemeinschaften und wohnortnahe kostengünstige Versorgungsangebote in allen Stadtteilen, wie es sie beispielsweise in Bielefeld nach dem Bielefelder Modell (siehe Kasten) gibt. Wir wollen dieses Modell auch in Köln erproben.

Das Bielefelder Modell

Das Bielefelder Modell ist ein quartiersbezogener Ansatz des Wohnens mit Versorgungssicherheit ohne die sogenannte Betreuungspauschale (Betrag, den alle BewohnerInnen einer betreuten Wohnanlage pauschal entrichten – unabhängig von den tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen). Einbezogen in bestehende Wohnquartiere und in guter infrastruktureller Anbindung bietet die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung komfortable und barrierefreie Wohnungen. Kombiniert ist dieses Angebot mit einem Wohncafé als Treffpunkt und Ort der Kommunikation, der allen Menschen in der Nachbarschaft offen steht. Gleichzeitig ist ein sozialer Dienstleister mit einem Servicestützpunkt und einem umfassenden Leistungsangebot rund um die Uhr im Quartier präsent. Alle MieterInnen können auf die Hilfs- und Betreuungsangebote zurückgreifen, müssen diese aber nur im tatsächlichen Bedarfsfall bezahlen.

Kastenende

Erfolge grüner SeniorInnenpolitik

- Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass direkt gewählte SeniorInnenvertreterInnen Rederecht in allen relevanten Ratsausschüssen und Bezirksvertretungen haben und von diesen eingebunden werden.

- Die selbstorganisierten SeniorInnennetzwerke konnten wir auf über 30 Stadtteile ausweiten und die Anschubphase durch den Einsatz von SozialarbeiterInnen unterstützen.
- Trotz der schwierigen Haushaltslage der Stadt Köln kann das von uns Grünen mitinitiierte Pilotprojekt „Hauswirtschaftliche Hilfen“ als präventiver Ansatz zur Vermeidung von Heimunterbringung weitergeführt werden. Über das Jobcenter werden hierbei Langzeitarbeitslose mit hauswirtschaftlichen Arbeiten bei alten, kranken oder behinderten Menschen zuhause betraut.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir wollen altersgerechte Räume und Plätze erhalten und schaffen, in bzw. an denen Generationen sich begegnen können.
- Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass die selbst organisierten SeniorInnennetzwerke ausgeweitet und die SeniorInnenvertretungen gestärkt werden.
- Wohnortnahe und quartiersbezogene Strukturen der Versorgung und Beratung sollen in allen Stadtteilen gestärkt werden.
- Wir wollen barrierefreien Wohnraum mit guter Nahversorgung schaffen.
- Familiäre und ehrenamtliche Pflege wollen wir durch Weiterbildung und professionelle Beratung unterstützen.
- Die Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK) soll in öffentlicher Hand bleiben.

IV. STADT DER WISSENSCHAFT UND KÜNSTE

23. Kultur in Köln

Köln ist eine Kunst- und Kulturstadt mit eigener Lebensart und großer Vielfalt. Kunst und Kultur sind eine Energiequelle der Stadt. Wir wollen für alle Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur in dieser Stadt ermöglichen. Investitionen in Kunst und Kultur sind Investitionen in die Stadtgesellschaft.

Wir Grüne stehen für die Realisierung der UN-Charta „Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht“ durch Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt und deren Infrastruktur. Dazu braucht es kulturfreundliche Rahmenbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende, die Möglichkeit für alle KölnerInnen kulturelle und künstlerische Angebote wahrzunehmen und das Anerkennen kultureller Vielfalt als Gewinn und Bereicherung für das städtische Leben.

Wir Grüne stehen dafür, dass die Freiheit der Kunst nicht der Wirtschaftlichkeit unterstellt wird. Künstlerische und kulturelle Freiräume müssen auch mit kommunalen Mitteln erhalten werden.

Der Kulturentwicklungsplan – kurz KEP – (siehe Kasten) bildet für uns Grüne den Masterplan für die Grundlage einer zukunftsfähigen Kultur in der Stadt – entsprechend muss er laufend evaluiert, aktualisiert und neu justiert werden.

Kulturentwicklungsplan

Am 30. Juni 2009 hat der Rat der Stadt Köln nach einem langen partizipativen Prozess den Kulturentwicklungsplan (KEP) verabschiedet. Konzipiert wurde dieser als eine Art Charta, die die Grundsätze und Lösungswege der zukünftigen Kulturpolitik beschreibt. Neben einer Bestandserhebung dient der KEP vor allem der strategischen Kulturentwicklungsplanung. Wichtigster Bestandteil ist der Paradigmenwechsel, Institutionen und Freie Szene als gleichberechtigte Säulen des kulturellen Lebens in Köln anzuerkennen.

Für uns Grüne gilt der Grundsatz: „Eine Kultur – viele Kulturen“. Denn das Kölner Kulturleben ist international. Die in Köln lebenden Menschen aus etwa 180 Nationen sind auch BotschafterInnen und MittlerInnen ihrer Kultur. Dem wollen wir Raum geben. Interkulturelle Einrichtungen, wie auch die Akademie der Künste der Welt haben hier eine besondere Bedeutung. Auch die Partnerstädte sollen hier stärker einbezogen werden.

Einer der Schwerpunkte grüner Kulturpolitik liegt außerdem in der kulturellen Bildung aller KölnerInnen. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, von Klein auf, seine eigene künstlerische und kulturelle Ausdrucksform zu entfalten und zu entwickeln. Besonders wichtig sind uns dezentrale künstlerische Angebote und Kooperationen im Rahmen von Schulen, Kitas und offener Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen bis hin zu Seniorentreffs.

Wir GRÜNE stehen für internationale Vernetzungen, (inter-)kulturellen und kreativen Austausch.

Wir Grüne setzen uns auch für spartenübergreifende kulturelle Projekte ein, da in der künstlerischen Praxis verstärkt die Aufteilung in Film, Musik, Literatur, Tanz, Bildende Kunst, Medienkunst, Video, Sprechtheater und Games und so weiter aufgehoben wird zugunsten neuer Formate. Wir streben auch unter Einbeziehung der Hochschulen eine intensive Auseinandersetzung mit Medienkunst und neuen Medien, Design und Games an.

Gute Bedingungen für die Freie Szene

Die Kulturverwaltung der Stadt Köln soll weiterhin Dienstleister für die Freie Szene sein und Aufgaben von der Vermittlung von Kontakten und Arbeitsräumen bis zur Moderation zwischen den Ämtern und die Weiterentwicklung von Beteiligungsverfahren übernehmen.

Grünes Ziel ist es, nicht nur den Institutionen, sondern auch der freien Szene möglichst stabile Rahmenbedingungen für die künstlerische Produktion zu geben. Dies bedeutet, die Förderkonzepte immer wieder zu aktualisieren, die Finanzierung und die Rahmenbedingungen weiterhin zu sichern und zu verbessern.

Uns Grünen gilt der Grundsatz dass Institutionen und Freie Szene zwei gleichberechtigte Säulen des kulturellen Lebens in Köln bilden. Diesen Grundsatz gilt es langfristig ökonomisch zu untermauern, sodass Fördergelder für die Freie Szene in einem fest definierten Verhältnis zu kulturellen Institutionen festgelegt werden.

Wir Grüne unterstützen weitere Veränderungen, Neukonzeptionierungen und die

Sanierung der Stadtbibliothek und stehen für die Weiterführung des Bücherbusses. Pro Stadtbezirk muss es weiterhin mindestens eine Stadtteilbibliothek geben. Auch hier ist die Flexibilisierung der Öffnungszeiten zum Beispiel durch Samstagsöffnung ein Erfolg.

Wir Grüne streben außerdem eine stärkere Öffnung und Kooperation zwischen Institutionen und freier Szene sowie kulturpädagogischen Einrichtungen an – bis hinein in die einzelnen Stadtteile.

Kulturelle Institutionen

Die 2000-jährige Geschichte von Köln hat uns eine Fülle von Zeugnissen des gesellschaftlichen und künstlerischen Lebens und Schaffens hinterlassen. Diesen Reichtum gilt es zu bewahren und den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft anzupassen. Dazu gehört eine ausreichende Finanzierung. Museen, Archive und Bibliotheken sind unser kulturelles Gedächtnis, welches auch den uns nachfolgenden Generationen erhalten bleiben muss. Sie sind ein wichtiger Anziehungspunkt für TouristInnen aus aller Welt, sollen aber für die BewohnerInnen dieser Stadt nicht nur eine finanzielle Verpflichtung, sondern auch ein Teil ihrer Lebenswelt sein. Deshalb setzen wir Grüne uns für eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten sowie die Beibehaltung des „Kölntages der Museen“ ein, an dem alle Kölner Bürger kostenlos die Museen besuchen können.

Die Kölner kulturellen Institutionen – wie die Bühnen der Stadt, das Gürzenich-Orchester oder die Philharmonie – arbeiten sehr erfolgreich, sind weit über Köln hinaus bekannt und prägen das kulturelle Leben nachhaltig. Für sie gilt es, eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die die Einzigartigkeit dieser Einrichtungen respektiert und befördert. Arbeitsmöglichkeiten und -abläufe sollen optimiert und mittelfristige Planungssicherheit für den Betrieb und die Weiterentwicklung gewährleistet werden. Dadurch können ihre künstlerischen Freiräume und ihre erfolgreiche Arbeit gesichert werden.

Neue Kulturbauten

Wir begleiten und unterstützen den Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall. Außerdem unterstützen wir die Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) bei der Schaffung einer archäologischen Zone und eines Jüdischen Museums, denn diese Projekte leisten einen wichtigen Beitrag zu Erinnerungskultur – weit über Köln hinaus. Dabei ist es uns wichtig, dass diese Bauvorhaben im vorgegebenen finanziellen Rahmen umgesetzt werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft

In Köln gibt es ein großes kultur- und kreativwirtschaftliches Potenzial, das die Unterstützung aus der Wirtschafts-, Kultur- und Bildungspolitik braucht. Wir Grüne setzen uns für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen der Akteure aus der Kultur- und Kreativwirtschaft ein. Es gilt, deren Aktivitäten und Veranstaltungen zu fördern und bei der Erlangung von Veranstaltungserlaubnissen nachhaltige Unterstützung zu geben.

Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Räume nutzbar sind für kulturelle und kreative Aktivitäten. Das Angebot für Zwischennutzungen leerstehender Räumlichkeiten für Startups und Kreative soll erweitert werden.

Außerdem soll es einen engen Austausch zwischen KölnTourismus und Kultureinrichtungen geben. Das kreative Potenzial und das kulturelle Angebot Kölns sollen bei der Weiterentwicklung der „Marke Köln“ eine zentrale Rolle spielen.

Den Kulturwirtschaftsbericht Köln, für den 2010 zuletzt Zwischenergebnisse vorgelegt wurden, gilt es fortzuführen, damit die Daten aktualisiert werden können, die im Rahmen des ersten Kulturwirtschaftsberichts Köln gesammelt wurden.

Erfolge grüner Kulturpolitik

- Wir Grüne haben uns für die Erstellung und Umsetzung der Förderkonzepte und den Erhalt der Fördermittel für die Freie Szene sowie für ein Rede- und Berichtsrecht der Freien Szene im Kulturausschuss eingesetzt.
- Oper und Schauspiel werden saniert – wir Grüne haben dies maßgeblich befördert und sind dem Bürgerbegehren zur Schauspielsanierung beigetreten.
- Die Akademie der Künste der Welt wurde unter Rot-Grün in Köln etabliert.
- Archäologische Zone und das Museum der jüdischen Geschichte und Kultur befinden sich durch starke Grüne auf dem Weg zur Umsetzung.
- Die Kunstmesse „ArtFair“ wurde in Köln gehalten, das Fortbestehen des Kölner Filmhauses gesichert, die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsradikalismus fortgeführt und das NS-Dokumentationszentrum erweitert.
- Durch grüne Initiative wurde die Öffnung kultureller Angebote für KölnPass-InhaberInnen erreicht.
- Den freien Eintritt in die Kölner Museen für alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Jugendlichen unter 18 Jahren haben Grüne maßgeblich befördert, ebenso die freie Nutzung der Stadtbibliothek für Schülerinnen und Schüler.
- Wir haben uns für den Erhalt der KMB (Kunst- und Museumsbibliothek) eingesetzt.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir Grüne wollen, dass ein spartenübergreifendes Produktionshaus und ein Präsentationszentrum für die Freie Szene errichtet werden, damit die freie Szene langfristig bessere und verlässlichere nationale und internationale Produktions- und Vernetzungsmöglichkeiten hat.
- Wir werden uns für eine verlässliche Finanzsicherheit für die kulturellen Institutionen und die Freie Szene einsetzen.
- Uns Grünen ist eine nachhaltige Ausrichtung der Museen mit Montagsöffnung wichtig. Dadurch werden die Museen zukunftsfähig. Die Montagsöffnung führt zu einer Attraktivierung und höherer Nutzung.
- Wir wollen das Beratungsangebot des Kulturamtes als Dienstleister für die Freie Szene ausweiten.
- Der Kulturentwicklungsplan soll aktualisiert werden.
- Wir Grüne wollen künstlerische und kulturelle Zwischennutzungen fördern.

- Die Orangerie im Volksgarten soll als Spielstätte erhalten und saniert werden.
- Die Akademie der Künste wollen wir stärker mit der Stadt verzahnen.
- Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Kultur in den Stadtbezirken gefördert wird.

24. Bildung ab 18

Hochschule, Wissenschaft und Studierende

Köln ist eine Stadt, die von der Universität und den Fachhochschulen, den dort Arbeitenden und den Studierenden deutlich geprägt wird. Besonders das studentische Leben und die studentische Kultur bereichern den Charakter der Stadt. Die Attraktivität der Fachhochschule und der Universität und ihre ausgewiesenen Exzellenz wollen wir Grüne von städtischer Seite unterstützen und Köln als Universitätsstandort weiterhin sichern.

Mit dem „Masterplan Uni Köln“ hat die Universität einen Zukunftsrahmen ihrer künftigen Entwicklung vorgelegt, der für die Stadtplanung eine wichtige Orientierung bietet. Als Universitätsstadt mit fast 60 000 Studierenden braucht Köln dringend mehr preiswerten Wohnraum. Die Zahl der Studierenden wird durch den doppelten Abiturjahrgang und den Wegfall des Ersatzdienstes weiter steigen. Die Wohnheime des Studentenwerks sind voll ausgelastet, und die Mieten in Uninähe sind gerade für Studierende ohne finanzielle Unterstützung oder für Bafög-BezieherInnen kaum finanzierbar. Hier sehen wir Grüne die Lösung in einem ausgewogenen, kreativen Konzept und nicht darin, Studierende in Stadtteile mit fehlender KVB-Anbindung zu verbannen. Alternativ sollen Wohnheimen auch in Uninähe neu gebaut werden und mögliche Doppelnutzungen oder Umnutzungen geprüft werden.

Die Studierenden sind auf gute Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs angewiesen, um auf dem großen Campus und in den kooperierenden Hochschulen oft mehrmals am Tag schnell und pünktlich zwischen den weit entfernten Hörsälen zu pendeln. Der Campus muss hier besser verbunden werden. Das gilt auch für unkomplizierte Radwege und Radabstellanlagen, da immer mehr Studierende mit dem Fahrrad unterwegs sind.

Lebenslanges Lernen

Die Volkshochschule (VHS) bildet die zentrale Säule der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens in der Stadt. Mehr als 70 000 Menschen besuchen jährlich ihre Veranstaltungen, die von der Vermittlung von Schulabschlüssen über berufsbegleitende Qualifizierung bis hin zu künstlerischen Projekten reichen. Vor allem die Sprachkurse bilden einen wichtigen Baustein bei der Förderung der Sprachkompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund. Die VHS leistet somit einen wichtigen Anteil zur Integration.

Qualität und Umfang des VHS-Angebotes gilt es zu erhalten. Die Leistungen der DozentInnen müssen angemessen honoriert werden.

Berufsbildendes Schulwesen

Mehr als 40 000 SchülerInnen besuchen ein Berufskolleg in Köln. Damit die Qualität der Ausbildung gewährleistet ist, muss es eine Ausstattung geben, die den aktuellen Anforderungen der über 100 Berufsfelder entspricht. Weiter setzen wir uns dafür ein, dass die vielfältigen Chancen, die diese Schulform bietet (z. B. Abitur mit beruflicher Qualifikation) durch intensive und transparente Information besser bekannt werden.

Dadurch wollen wir auch frühzeitig darauf hinwirken, dass das nach wie vor existierende geschlechterspezifische Berufswahlverhalten sich ändert.

Erfolge grüner Hochschulpolitik

- Wir Grüne haben uns dafür eingesetzt, dass geeignete Grundstücke für den Bau von Wohnheimen schneller bereitgestellt werden, und wir haben dabei kreative Lösungen – etwa die Umnutzung der ehemaligen Polizeistation Kalk – unterstützt.
- Wir haben erfolgreich für die Bus-Linie 142, die Haupt-Uni, Aachener Str. und Ehrenfeld verbindet, gekämpft.
- Mit uns Grünen wurde eine studierendenfreundliche Taktverdichtung im KVB-Nachtverkehr realisiert.

Die wichtigsten Vorhaben für die nächsten sechs Jahre

- Wir setzen uns im Bereich des studentischen Wohnens für den Ausbau und Neubau von Wohnheimen und für kreative, kurzfristige Lösungen – etwa in bisher anderweitig genutzten Gebäuden – ein.
- Wir wollen einen schnelleren Hörsaalwechsel ermöglichen mit der Campus-Buslinie (Verbindung Haupt-Uni, Humanwissenschaftliche Fakultät und Sporthochschule).
- Wir Grüne setzen uns für einen fahrradfreundlichen Campus ein.
- Zum besseren Informationsaustausch soll es einen Runden Tisch mit der Stadt und der Uni sowie mit StudierendenverteterInnen geben.